



Vom Grossen Stadtrat  
genehmigt am  
21. April 2016

## Protokoll Nr. 46

über die Verhandlungen  
des Grossen Stadtrates von Luzern  
Donnerstag, 28. Januar 2016, 10.00–16.50 Uhr  
im Rathaus am Kornmarkt

**Vorsitz:**  
Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann

**Präsenz:**  
Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder.

**Entschuldigt:**  
Franziska Bitzi Staub den ganzen Tag,  
Roger Sonderegger am Vormittag.  
Daniel Furrer muss die Sitzung vor dem Mittag und am  
Nachmittag früher verlassen.

Der Stadtrat ist am Vormittag vollzählig anwesend.  
Stadtpäsident Stefan Roth ist am Nachmittag ent-  
schuldigt.

### **Vereidigung von Ernst Brunner als neues Ratsmitglied durch die Ratspräsidentin (Nachfolger von Dieter Haller, SVP-Fraktion)**

<b>Verhandlungsgegenstände</b>	<b>Seite</b>
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission (Nachfolge von Dieter Haller)	4
3. Wahl Stimmzähler/in (Nachfolge von Dieter Haller)	4
4. Genehmigung der Protokolle 42 vom 22. Oktober 2015 und 43 vom 12. November 2015	4
5.1 Bericht und Antrag 35/2015 vom 18. November 2015: <b>Veloparkierungskonzept Innenstadt von Luzern. Umsetzung erste Etappe</b>	5
5.2 Postulat 283, Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion und Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. Juli 2015: <b>Zusätzliche Veloabstellplätze an der Frankenstrasse</b>	14
6. Bericht und Antrag 36/2015 vom 2. Dezember 2015: <b>Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen. Verein Südpol Luzern. Stiftung Kleintheater Luzern</b>	31

7.	Bericht und Antrag 37/2015 vom 2. Dezember 2015: <b>Evaluation Frühe Förderung</b>	43
8.	Bericht und Antrag 38/2015 vom 9. Dezember 2015: <b>Verträge Plakatierung auf öffentlichem Grund und Grundstücken der Stadt Luzern. Ausschreibungsverfahren. Ermächtigung des Stadtrates zur Unterzeichnung der Plakatverträge</b>	50
9.	Bericht und Antrag der Geschäftsleitung vom 11. Dezember 2015: <b>Vorberatung der Wahlen in die Einbürgerungskommission. Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates und des Reglements über die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern</b>	56
10.	Postulat 284, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, vom 13. August 2015: <b>Lesehilfe für Sekundarschulzeugnisse</b>	60
11.	Interpellation 277, Theres Vinatzer und René Meier namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Juni 2015: <b>Wie weit ist der Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich?</b>	63
12.	Interpellation 281, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 9. Juli 2015: <b>Planungsrechtliche Voraussetzungen für die Bewilligungsfähigkeit des Parkhauses Musegg</b>	67

## Eingänge

1. Einladung zur 46. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 28. Januar 2016
2. Einladung 40 Baukommission vom 7. Januar 2016
3. Einladung 31 Bildungskommission vom 7. Januar 2016
4. Einladung 36 Geschäftsprüfungskommission vom 7. Januar 2016
5. Einladung 26 Sozialkommission vom 7. Januar 2016
6. Einladung 41 Baukommission vom 21. Januar 2016
7. Einladung 13 zur Sitzung der Geschäftsleitung vom 28. Januar 2016
8. Protokoll 42 Grosser Stadtrat vom 22. Oktober 2015
9. Protokoll 43 Grosser Stadtrat vom 12. November 2015
10. Protokoll 40 Baukommission vom 7. Januar 2016
11. Protokoll 31 Bildungskommission vom 7. Januar 2016
12. Protokoll 36 Geschäftsprüfungskommission vom 7. Januar 2016
13. Bericht und Antrag 36/2015 vom 2. Dezember 2015: „Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen. Verein Südpol Luzern. Stiftung Kleintheater Luzern“

14. Bericht und Antrag 38/2015 vom 9. Dezember 2015: „Verträge Plakatierung auf öffentlichem Grund und Grundstücken der Stadt Luzern. Ausschreibungsverfahren. Ermächtigung des Stadtrates zur Unterzeichnung der Plakatverträge“
15. Bericht und Antrag 39/2015 vom 16. Dezember 2015: „Spitalstrasse. Finanzierung der Verbesserungsmassnahmen Etappe 1“
16. Bericht und Antrag 40/2015 vom 16. Dezember 2015: „Bestattungs- und Friedhofwesen. Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofwesen. Kredit für die Sanierung der Friedhofanlagen“
17. Bericht und Antrag 41/2015 vom 16. Dezember 2015: „Initiative ‚Für Ordnung statt Wildwuchs beim Mobilfunk‘“
18. Bericht und Antrag der Geschäftsleitung vom 11. Dezember 2015: „Vorberatung der Wahlen in die Einbürgerungskommission. Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates und des Reglements über die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern“
19. Postulat 303, Noëlle Bucher und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 14. Dezember 2015: „Einführung Mittagstisch in der Sekundarschule“
20. Postulat 304, Martina Akermann und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, sowie Albert Schwarzenbach, vom 23. Dezember 2015: „Luzern wird eine Fair Trade Town“
21. Interpellation 305, René Meier, Mario Stübi und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 30. Dezember 2015: „Verkehrspolitik im Zeichen der smarten Mobilität (Mobilität 4.0)“
22. Interpellation 306, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Januar 2016: „Was kostet das Parking Musegg den Steuerzahler bereits heute?“
23. Interpellation 307, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Januar 2016: „Fragen zur Weiterentwicklung des städtischen Verkehrsmanagements“
24. Interpellation 308, Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, vom 8. Januar 2016: „Berufliche Integration von Sozialhilfeempfängern/Sozialhilfeempfängerinnen“
25. Interpellation 309, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 12. Januar 2016: „Investment Carbon Exposure der städtischen Pensionskasse“
26. Interpellation 310, András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 12. Januar 2016: „Fragen zur ‚Stadtplanung‘ Luzern Süd“
27. Antwort auf die Interpellation 277, Theres Vinatzer und René Meier namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Juni 2015: „Wie weit ist der Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich?“
28. Antwort auf die Interpellation 281, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 9. Juli 2015: „Planungsrechtliche Voraussetzungen für die Bewilligungsfähigkeit des Parkhauses Musegg“
29. Stellungnahme zum Postulat 284, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, vom 13. August 2015: „Lesehilfe für Sekundarschulzeugnisse“

## **Vereidigung von Ernst Brunner als neues Ratsmitglied durch die Ratspräsidentin (Nachfolger von Dieter Haller, SVP-Fraktion)**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** begrüsst alle zur Ratssitzung. Heute wird Ernst Brunner als Nachfolger von Dieter Haller (SVP-Fraktion) vereidigt. Dieter Haller wird nach der Mittagspause zur Verabschiedung noch einmal kurz in den Rat kommen.

Die Ratspräsidentin verliest die Gelübdeformel:

„Ernst Brunner: Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.“

**Ernst Brunner** bekräftigt die Gelübdeformel mit den Worten: „Das alles gelobe ich.“

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** begrüsst Ernst Brunner im Grossen Stadtrat und wünscht ihm für seine politische Arbeit alles Gute.

Die Anwesenden heissen Ernst Brunner als neues Ratsmitglied mit einem Applaus willkommen.

## **Beratung der Traktanden**

### **1. Mitteilungen der Ratspräsidentin**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

### **2. Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission (Nachfolge von Dieter Haller)**

Ernst Brunner wird einstimmig in die Bildungskommission gewählt.

### **3. Wahl Stimmenzähler/in (Nachfolge von Dieter Haller)**

Ernst Brunner wird einstimmig als Stimmenzähler gewählt.

### **4. Genehmigung der Protokolle 42 vom 22. Oktober 2015 und 43 vom 12. November 2015**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Im Protokoll 42 der Ratssitzung vom 22. Oktober 2015 hat sich im Zahlenteil des Beschlusses des Voranschlags 2016 und im Voranschlag selber

ein Fehler eingeschlichen. Die Korrektur wurde bereits vorgenommen; die Zahlen sind in der elektronischen Fassung korrekt abgebildet. Das Missverständnis entstand, weil an der Ratssitzung ein Blatt ausgetauscht werden musste. In den Dokumenten ist aber jetzt alles richtig.

**Das Protokoll 42 vom 22. Oktober 2015 wird genehmigt.**

**Das Protokoll 43 vom 12. November 2015 wird genehmigt.**

## **5.1 Bericht und Antrag 35/2015 vom 18. November 2015: Veloparkierungskonzept Innenstadt von Luzern. Umsetzung erste Etappe**

### **EINTRETEN**

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Die Baukommission hat an ihrer Sitzung vom 7. Januar 2016 den B+A 35/2015: „Veloparkierungskonzept Innenstadt von Luzern. Umsetzung erste Etappe“ behandelt. Sie ist mit 9 : 0 : 0 Stimmen auf den B+A eingetreten. Sie sieht den Bedarf zur Umsetzung des Veloparkierungskonzepts und begrüsst, dass damit in zwei von drei Zonen Verbesserungen angestrebt werden. Die Situation von wild parkierten Fahrrädern soll so verbessert werden. Teilweise sind mehr Parkplätze wünschenswert, vor allem in der Zone rund um den Bahnhof. Dies soll mittels Monitoring weiter geprüft und in einer weiteren Umsetzungsphase optimiert werden.

Die Baukommission steht hinter der Aufhebung der Autoparkplätze beim Zurgilgenhaus zugunsten von Veloparkplätzen. Dadurch lässt sich die Situation für die Fussgänger verbessern, indem die Velos nicht mehr auf dem Gehweg abgestellt werden und ein Durchkommen verunmöglichten. Die Baukommission setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass der Abbau der Autoparkplätze beim Zurgilgenhaus allfälligen privaten Parkhausprojekten als bereits erfolgte Minimierung im Aussenraum angerechnet werden soll.

Die Baukommission spricht sich für die Montage von Bügelpfosten aus. Diese sollen aber nicht flächendeckend, sondern nur dort montiert werden, wo es auch Sinn macht. Bei der Parkieranlage Seehofstrasse soll mittels Signaletik der Zugang zum Parkplatz verbessert werden. Die Anzahl der Veloparkplätze dort soll in einem geringeren Rahmen als geplant reduziert werden.

Beim Treppenabgang an der Zentralstrasse soll die Schieberinne wenn immer möglich installiert werden. Über die Planung einer Nutzung des hintersten Teils des Posttunnels soll weiter verhandelt werden.

Sehr kritische Worte fand die Baukommission dafür, dass rund um den Bahnhof mit der Umsetzung der ersten Etappe keine massgeblichen Verbesserungen erzielt werden. Sie nimmt zur Kenntnis, dass man die Analyse der Problemzonen zwar gut durchgeführt hat, kritisiert aber die schlechte Auswertung der zur Verfügung stehenden Datenbasis zur Berechnung der benötigten Veloparkplätze. Weiter ist die Baukommission enttäuscht, dass im B+A das Projekt Nutzung des Posttunnels für Veloparkplätze nicht weiterentwickelt wird und dass rund um den Bahnhof nur wenige konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorhanden sind.

Eine Einführung einer Gebühr für Veloparkplätze an vereinzelt Orten sieht die Baukommission als nicht umsetzbar. Ebenfalls spricht sie sich gegen den Einsatz von doppelstöckigen Veloparkplätzen an der Zentral- und Frankenstrasse aus. Im Bereich der bestehenden Velostation verzichtet die Kommission auf weitere Verhandlungen für zusätzliche Veloparkplätze mit der Universität Luzern. Die Serviceleistung der bestehenden Velostation soll bekannter gemacht werden, aber nicht mittels Werbung.

Die Baukommission wird zu einzelnen Punkten diverse Protokollbemerkungen und Anträge stellen. Sie empfiehlt dem Grossen Stadtrat, in der Schlussabstimmung Ziffer I mit zustimmender Kenntnisnahme zu genehmigen. Zustimmende Kenntnisnahme wurde hier einer ablehnenden Kenntnisnahme gegenübergestellt. Das Resultat für zustimmende Kenntnisnahme war 8 : 1 : 0 Stimmen. Bei Ziffer II empfiehlt die Baukommission mit 9 : 0 : 0 Stimmen, den Kredit von 1,63 Mio. Franken zu bewilligen und mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung Parkraum zu finanzieren. Bei Ziffer III schlägt die Baukommission mit 9 : 0 : 0 Stimmen vor, die Motion 419 abzuschreiben. Hingegen hat sie sich bei Ziffer IV mit 9 : 0 : 0 Stimmen dafür ausgesprochen, das Postulat 301 **nicht** abzuschreiben. Mit 9 : 0 : 0 empfiehlt sie bei Ziffer V die Abschreibung des Dringlichen Postulats 224.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** weist darauf hin, dass das Postulat 283 (Traktandum 5.2) in der Detailberatung bei Punkt 7.4 behandelt wird.

**Rieska Dommann:** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für den sehr umfangreichen B+A. Im ersten Moment sind die Mitglieder der Fraktion ein bisschen erschrocken: der B+A ist immerhin dicker als die Gesamtplanung 2016–2020. Es muss also offensichtlich ein wichtiges Thema sein, über das der Grosse Stadtrat heute Morgen berät.

Eines der Fünfjahresziele der Gesamtplanung 2016–2020 sieht vor, dass sich der Veloanteil am Modalsplit bis 2020 von heute 2 % auf 4 % verdoppelt. Damit das geschehen kann, müssen verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden. Genau gleich wie die Automobilisten oder die Motorradfahrer sind auch die Velofahrer darauf angewiesen, ihr Gefährt an geeigneter Stelle parkieren zu können. Nachdem bereits die heutige Situation einigermassen prekär ist, besteht offensichtlich Handlungs- beziehungsweise Planungsbedarf.

Interessanterweise zeigt der Bericht auf, dass sich der Bau des Parkhauses Musegg sehr positiv auf die Veloparkierung auswirken würde. Zum einen könnten Oberflächenparkplätze für Autos abgeschafft werden, die dann zur Nutzung als Veloparkplätze zur Verfügung stünden, und zum anderen besteht die Chance einer komfortablen Velostation beim Zugangsstollen, das heisst an bester Lage.

Weil der zukünftige Bedarf an Veloabstellplätzen schwierig einzuschätzen und die vorhandene Datenbasis nach Einschätzung der FDP-Fraktion sehr dünn ist, begrüsst die Fraktion das geplante schrittweise Vorgehen. So kann auf die tatsächlichen Bedürfnisse flexibel reagiert werden. Mit dem geplanten Monitoring sollte es dann möglich sein, den tatsächlichen Bedarf besser einzuschätzen und Veränderungen rechtzeitig zu erkennen. Für die Fraktion ist unverständlich, wie man eine derart umfangreiche Planung auf einer so unsicheren Datenbasis initiieren konnte. Der Stadtrat hätte in den letzten Jahren genug Zeit gehabt, relevante Zählungen durchzuführen. Stattdessen wurden die Velos im November gezählt.

Eine Diskussion über Gebühren für Veloparkplätze lehnt die FDP-Fraktion aus heutiger Sicht ab. Fahrräder können bekanntlich an beliebigen Stellen sogenannten wild parkiert werden, sodass es sinnlos wäre, an normalen Abstellplätzen Gebühren zu verlangen.

Aus Sicht der Fraktion ist es aber eine ärgerliche Unsitte, dass die Stadt Luzern immer noch sehr viel Geld aufwenden muss, um falsch abgestellte Fahrräder umzuplatzieren. Hier erwartet die Fraktion, dass diese Kosten zukünftig, wenn es dann ausreichend Abstellmöglichkeiten gibt, wenn immer möglich verursachergerecht weiterverrechnet werden. Auch müssen die zuständigen Stellen beim Bahnhof endlich für Ordnung sorgen. Es gibt dort immer noch viel zu viele Fahrräder, die länger als erlaubt abgestellt sind.

Insgesamt fällt die Bilanz der FDP-Fraktion eher durchgezogen aus. Nebst einigen sehr sinnvollen und gut nachvollziehbaren Massnahmen – der Sprechende erwähnt beispielhaft die 80 neuen Parkplätze an der Pilatusstrasse – findet sich auch eine Reihe unverständlicher Entscheidungen, so z. B. an der Bahnhofstrasse, wo aus Sicht der Fraktion mit Sicherheit, wenn allenfalls auch nur vorübergehend für die nächsten paar Jahre, mehr Veloparkplätze hätten geschaffen werden können. Die geplante Aufhebung der Autoparkplätze vor dem Zurgilgenhaus zugunsten von Veloparkplätzen trägt die FDP-Fraktion mit, wenn auch nicht mit Begeisterung. Für ihre Entscheidung wichtig ist, dass die Zufahrt für Autos zu diesen Parkplätzen relativ gefährlich ist.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird vom geplanten Vorgehen zur Optimierung der Veloparkierung zustimmend Kenntnis nehmen. Dem Kredit von 1,63 Mio. Franken sowie der Abschreibung der Motion 419 und des Postulats 224 wird sie zustimmen. Die Abschreibung des Postulats 301 lehnt sie gemäss dem Antrag der Baukommission ab. Zu den diversen Protokollbemerkungen wird sich der Sprechende in der Detailberatung äussern.

**Markus Mächler:** Mit diesem B+A erfüllt der Stadtrat einen vor acht Jahren erteilten Auftrag, geschrieben von Ratskollege Albert Schwarzenbach. Die CVP-Fraktion hat den Expertenbericht und auch den Bericht des Stadtrates aufmerksam gelesen und ist mit vielen, ja den meisten Analysen, Handlungsfeldern und Massnahmen einverstanden. Leider ist der Referent der Fraktion, Roger Sonderegger, jetzt gerade an einer Beerdigung, weshalb der Sprechende versucht, die Fraktionshaltung einigermaßen korrekt und verständlich vorzutragen.

Wer mit diesem B+A einen grossen Wurf erwartet hat, wird sicherlich enttäuscht sein. Wie beim MIV oder auch beim ÖV muss man feststellen, dass in der Stadt zu wenig bis kein Platz vorhanden ist, um die vielfältigen und berechtigten Anliegen der Velofahrenden erfüllen zu können. Es gilt, sich nach der Decke zu strecken, oder wie es der Stadtrat hier tut, mit kleinen Eingriffen und Justierungen das Bestmögliche herauszuholen. Vor diesem Hintergrund und im Blick auf die beschränkten finanziellen Mittel ist der B+A eben doch als gut gelungen zu bezeichnen. Die CVP-Fraktion will auf die Vorlage eintreten, sie kann den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und die 1,63 Mio. Franken bewilligen. Aus ihrer Sicht sind folgende Punkte aus dem Bericht speziell zu erwähnen:

- Der erste Punkt ist die Theorie und Praxis bei der Beurteilung von Abstellplätzen und der Anzahl möglicher Velos, die dort abgestellt werden sollten. Weil Velos auch verschachtelt und verkeilt in Ständer gezwängt werden können, klaffen dann Wunsch und Wirklichkeit zum Teil weit auseinander.
- Die neue Anlage am Schwanenplatz, vor allem vor dem Zurgilgenhaus, wäre ein zweiter Punkt. Zwar wird auch die CVP-Fraktion die paar wegfallenden Autoparkplätze vermissen.

Sie versteht aber den Zusammenhang mit dem Grendel und dem klar ausgewiesenen Bedarf nach Veloabstellplätzen an eben diesem Ort. Sie unterstützt auch das etapierte Vorgehen bei dieser Einrichtung und kann sich daher dahinter stellen.

- Drittens ist erwähnenswert, dass die Erarbeitung nicht nur von Ingenieuren im stillen Planungskämmerlein vorgenommen wurde. Es gab eine Begleitgruppe von direkt Interessierten, die sich beziehungsweise ihre Meinung eingeben konnten. Das, so haben die Mitglieder der CVP-Fraktion verschiedentlich vernommen, wurde von den Beteiligten sehr geschätzt.
- Der vierte Punkt ist die längst angedachte und noch immer nicht spruchreife Anlage Velotunnel von der Habsburgerstrasse her. Die Fraktion versteht jedoch die komplexe Situation im Zusammenhang mit der Planung des Durchgangsbahnhofs. Sie unterstützt auch hier die Haltung des Stadtrates, der jetzt keine hohen Summen und Ressourcen in eine Planung stecken will, die sich dann möglicherweise als vergeblich herausstellen kann. Hier lautet die Devise: Optimierung des Vorhandenen und punktuelle Verbesserungen. Das empfindet die CVP-Fraktion als richtig.

Der Sprechende hat es bereits gesagt: Die CVP-Fraktion will auf den B+A eintreten und kann ihm zustimmen.

**Urs Zimmermann:** In der Mobilitätsstrategie wird zum Ziel gesetzt, den Veloanteil von heute 2 % auf 4 % zu erhöhen, bis 2035 sogar auf 10 %. Ob dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann, steht noch in den Sternen. Den Planungssperimeter des Veloparkierungskonzepts mit Alt-, Neu- und Kleinstadt erachtet die SVP-Fraktion als sinnvoll und richtig. An gewissen Orten in der Stadt Luzern gibt es Probleme mit Veloparkplätzen; das ist unbestritten. Vor allem das wilde Parkieren ist ein Problem, dass Velos einfach irgendwo hingestellt werden, wo sie nicht stehen sollten. Aus städtebaulichen und touristischen Aspekten ist das sicherlich nicht optimal. Das durch ein externes Planungsbüro erstellte Konzept enthält fundierte Analysen und ist nachvollziehbar. Die SVP-Fraktion findet an diesem B+A positiv, dass der Ausbau von weiteren Parkplätzen auf bestehenden Flächen erfolgt, also eine Verdichtung stattfindet. Das Konzept mit Velopfosten überzeugt die Fraktion, da diese unterhaltsarm sind und den gewünschten Effekt einer geordneten Parkierung haben. Es handelt sich dabei um eine pragmatische und gute Lösung. Sehr positiv wertet die SVP-Fraktion auch, dass man jetzt eine erste Etappe angeht und nicht Parkplätze auf Vorrat erstellt. Somit kann später mit einem Monitoring überprüft werden, ob sich der gewünschte Effekt eingestellt hat oder nicht. Negativ betrachtet die Fraktion selbstverständlich den Abbau der neun Autoparkplätze vor dem Zurgilgenhaus. Weil aber mit dem Grendelprojekt Veloparkplätze im Sinn einer Aufwertung gestrichen wurden und man diese jetzt beim Zurgilgenhaus kompensieren will, kann die SVP-Fraktion dem zähneknirschend zustimmen.

Die kurzfristigen Massnahmen in diesem B+A, also die erste Etappe, werden von der SVP-Fraktion unterstützt. Der B+A führt aber noch diverse Massnahmen auf, die langfristig angedacht sind, wie z. B. einen Velotunnel, eine zukünftige Velostation im Musegg Hügel oder den Abbau von Motorradparkplätzen. Mit diesen Massnahmen ist die SVP-Fraktion nicht ganz einverstanden. So ist es für sie unerklärlich, warum man die Planung für einen Velotunnel forcieren will, wenn man nicht genau weiss, wie es mit dem Tiefbahnhof weitergeht. Die SVP-Fraktion steht hinter dem Tiefbahnhof. Sie kann jetzt auf keinen Fall einem Projekt in Millionenhöhe zustimmen, das dann in ein paar Jahren nicht mehr kompatibel ist mit dem Tief-

bahnhof. Aus diesem Grund ist der Fraktion auch schleierhaft, warum der Stadtrat jetzt den Kredit von 180'000 Franken für eine Planung bewilligen will. Dazu wird die Fraktion in der Detailberatung noch eine Protokollbemerkung beantragen.

Auch gegenüber einer Velostation im Musegghügel ist die SVP-Fraktion sehr skeptisch. Sie möchte dann nicht eine weitere Velostation, die nur zu einem Drittel ausgelastet ist.

Momentan ist der Abbau von Motorradparkplätzen noch kein Thema, könnte es jedoch in einer weiteren Etappe werden. Für diese Parkierung erwartet die SVP-Fraktion ein durchdachtes Konzept.

Die SVP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und wird dem Kredit für die kurzfristigen Massnahmen zustimmen. Sie wird aber wegen der langfristigen Massnahmen ablehnende Kenntnisnahme des Berichts und Antrags beantragen.

**Nico van der Heiden:** Die Stadt Luzern ist an einer Velooffensive, von welcher dieser B+A einen Teil darstellt. Das ist natürlich eine erfreuliche Sache. Jeder, der sich bewegt, will irgendwie von A nach B, so auch der Velofahrer und die Velofahrerin. A ist meistens zu Hause und B häufig irgendwo in der Innenstadt. Als Vertreter der Velolobby betont der Sprechende immer, dass der Weg von A nach B matchentscheidend ist. Wenn der Weg nicht gut ist, hilft alles nichts. Aber natürlich sind auch A und B wichtig, also A, die Abstellplätze daheim, und B, die öffentlichen Abstellplätze, um die es heute geht.

Der Anlass zu diesem B+A ist sehr erfreulich: Es hat viele Velos im Zentrum. Eigentlich ist es erstaunlich, dass es nur 2 % des Gesamtverkehrs sind. Man stelle sich einmal vor, die Stadt Luzern hätte einen Veloanteil wie Amsterdam oder Kopenhagen von 35–40 %: Wohin würde sie auch mit all diesen Velos? Und obwohl der Platz in der Stadt Luzern für mehr Veloabstellplätze eng ist, macht es doch Sinn, die Stossrichtung dieses Berichts und Antrags zu unterstützen, denn, wie der Sprechende auch bei jeder Gelegenheit sagt, jeder Autofahrer und jede Busbenutzerin müssen um all die froh sein, die zu den Stosszeiten mit dem Velo in die Innenstadt an den Bahnhof fahren. Würden alle Velofahrer an einem Morgen einmal das Auto oder den Bus nehmen, gäbe es den totalen Verkehrskollaps.

Wofür wird mit diesem B+A Geld gesprochen? Primär für die Optimierung der bestehenden Veloabstellanlagen. Dagegen ist nichts einzuwenden; es ist tatsächlich eine Verdichtung angedacht, was natürlich gut ist. Der Sprechende hat aber bei diesem B+A auch ein bisschen den Eindruck, dass man die wirklich heiklen Massnahmen einfach auf 2020 vertagt hat. Wie sein Vorredner schon gesagt hat, wird die Umnutzung von Töff- und Autoparkplätzen sicher noch zu reden geben. Jedoch nicht heute, denn das ist nicht Teil des Kredits, um den es in diesem B+A geht. Der Sprechende ist aber überzeugt, dass man diese Diskussion irgendwann führen müssen, denn gerade rund um den Bahnhof, das zeigt der Bericht sehr eindrücklich, hat es heute schon zu wenig Veloabstellplätze, und irgendwann kann man dieses Problem nicht mehr durch Optimieren lösen.

Die SP/JUSO-Fraktion hat diverse Protokollbemerkungen zu Punkten, wo sie im B+A Verbesserungspotenzial sieht. Einige werden erfreulicherweise vonseiten der Baukommission beantragt, und andere, die dort noch keine Mehrheit fanden, wird die Fraktion in der Detailberatung gern erneut vorbringen.

Der B+A ist ein kleiner, aber wichtiger Mosaikstein auf dem Weg zu einer velofreundlicheren Stadt Luzern. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich insbesondere über die zusätzlichen Abstellplätze vor dem Zurgilgenhaus; im Gegensatz zu den Vorrednern des Sprechenden trauert die Frakti-

on diesen neun Autoparkplätzen in keinster Art und Weise nach, sondern freut sich, dass dort dann sehr viel mehr Leute ihr Velo abstellen und direkt bei den Geschäften in der Altstadt einkaufen gehen können, als heute ein paar wenige Autofahrer.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und folgt den Anträgen aus der Baukommission: sie nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis, stimmt dem Kredit zu, ist mit der Abschreibung der Motion 419 und des Postulats 224 einverstanden, aber nicht mit der Abschreibung des Postulats 301.

**Korintha Bärtsch:** Eigentlich ist es fast nicht zu glauben: Gerade nur 2 % aller Verkehrsteilnehmenden in der Stadt Luzern seien mit dem Velo unterwegs. Das wäre so, als wäre heute nur eine einzige Person aus dem ganzen Grossen Stadtrat mit dem Velo gekommen. In ihrer Mobilitätsstrategie will die Stadt das Velo fördern, auf 4 % im Jahr 2020 und auf 10 % im Jahr 2035. Das aus gutem Grund: Mit dem Velo ist man schnell und klimaschonend unterwegs und gibt erst noch dem ÖV und dem wirtschaftlich notwendigen Individualverkehr den Vortritt, indem man wenig Platz braucht. Die Veloförderung ist also richtig und wichtig. Die Sprechende ist mit dem Velo da, eine Quotenvelofahrerin sozusagen. Und wie immer an einem Donnerstag, wenn eine Ratssitzung stattfindet, hat sie ihr Velo am Löwengraben parkiert, hat die Velos, die schon dort standen, ein bisschen näher zusammengestellt, sodass ihr Velo auch noch Platz hatte. Sie geht davon aus, dass heute von den Mitgliedern des Grossen Stadtrates doch mehr als die eine statistische Person mit dem Velo kamen. Einen vollen oder gar überfüllten Veloparkplatz kennen viele der Anwesenden, insbesondere wenn sie ihr Velo einmal am Bahnhof abgestellt haben. Darum und mit Blick auf die Ziele der Veloförderung der Stadt ist es höchste Zeit, sich mit der Veloparkierung konzeptionell zu beschäftigen. Der Stadtrat hat den Auftrag der Motion, ein Veloparkierungskonzept, ausgearbeitet. Vor dem Hintergrund der heutigen Probleme und der kommenden Herausforderungen ist das Veloparkierungskonzept aber leider kein grosser Wurf. Das Konzept optimiert überwiegend im Bestand, und nur gerade eine Anlage, ein Veloparkplatz, wird vergrössert, indem man Autoparkplätze streicht. Die G/JG-Fraktion hat sich das progressiver vorgestellt. Optimieren im Bestand ist für sie grundsätzlich eine Daueraufgabe, dafür braucht es nicht ein eigentliches Konzept. Und gerade dort, wo eines der grössten Probleme vorliegt, am Bahnhof, findet der Stadtrat keine wirkliche Lösung. Die Situation am Bahnhof ist sehr unbefriedigend. Die G/JG-Fraktion hat dazu auch schon etliche Vorstösse eingereicht. Sie ist enttäuscht, dass der Stadtrat gerade dort die Probleme weiterhin verschiebt, wie er es schon seit Jahren tut. Mit ihrem Postulat für mehr Veloparkplätze an der Frankenstrasse und einer weiteren Protokollbemerkung wird die Fraktion versuchen, die Situation am Bahnhof doch noch zu verbessern. Nicht zuletzt sieht sie das Licht am Ende des Tunnels beim angedachten Posttunnel, auch wenn dieser erst in ein paar Jahren kommt. Der Posttunnel kann zu einer massiven Entschärfung des Veloparkierungsproblems am Bahnhof führen. Die Fraktion unterstützt deshalb die Realisierung des Posttunnels ausnahmslos. Aber bevor der Posttunnel kommt, braucht es Lösungen, um die kombinierte Mobilität, Velo und Zug, zu fördern, Lösungen, die schnell umgesetzt werden können. Auch die SBB hätte wahrscheinlich Freude an höheren Fahrgastzahlen. Darum könnte man sie wieder einmal auf die Idee bringen, die kombinierte Mobilität und damit auch die Veloparkierungsmöglichkeiten am Bahnhof Luzern stärker zu unterstützen. Natürlich muss die Velostation besser ausgelastet werden, da sind sich alle einig. In der Detailberatung wird man ja noch näher darauf zu sprechen kommen.

Noch einmal zurück zum Optimieren im Bestand. Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht, mit den Parkierungssystemen könne die Dichte an Velos erhöht werden. Die G/JG-Fraktion ist da anderer Meinung. Schon heute wird an stark frequentierten Standorten deutlich unter 50 cm pro Velo parkiert. Das muss man weiterhin ermöglichen, sonst verbessert man nicht, sondern nimmt Veloparkplätze weg. An gewissen Standorten wie z. B. auf dem Mühlenplatz, wo man einen grossen Platz zur Verfügung hat, macht es Sinn, wenn man eine Veloparkierung orchestriert. An anderen Orten, wo es nur einen Streifen hat wie z. B. am Löwengraben, würde man diese Veloparkplätze reduzieren. Nach Ansicht der G/JG-Fraktion wäre das kontraproduktiv. Die Parkierungssysteme, vor allem die Pfosten, sollen nur dort, wo sie wirklich sinnvoll und notwendig sind, realisiert werden. Dazu wurde in der Baukommission eine Protokollbemerkung überwiesen.

Wenn man jetzt schon über Veloparkierung spricht, möchte die G/JG-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung wieder einmal mitgeben, neue Veloparkplätze, insbesondere Langzeitparkplätze, bedeckt zu realisieren. So könnte man vielleicht den einen oder die andere Schönewetterfahrer/in abholen. Regen macht ja bekanntlich schön, aber natürlich nur, wenn das Velo fährt, nicht wenn es steht.

Alles in allem wird die G/JG-Fraktion auf den B+A eintreten, im Detail noch Verbesserungen anstreben, dann aber zustimmen.

**Jules Gut:** Sachlich und unaufgeregt stellt die GLP-Fraktion fest, dass die Erarbeitung des vorliegenden Berichts und Antrags acht Jahre gedauert hat. Als Grünliberale wären die Fraktionsmitglieder sehr gerne bereit, die Veloförderung proaktiver und verstärkter an die Hand zu nehmen. Die im Stadtraum wild abgestellten Velos stören sie überhaupt nicht, auch diejenigen an der Bahnhofstrasse nicht. Das ist für sie kein Zeichen einer Verschandelung, sondern ein Zeichen einer lebendigen, lebenswerten Stadt. Die im B+A vorgeschlagenen Massnahmen unterstützt die GLP-Fraktion und freut sich jetzt schon auf den zweiten Teil des Berichts und Antrags der Veloförderung inklusive Posttunnel im Frühjahr 2017. Abgesehen vom Postulat 301 stimmt die Fraktion der Abschreibung der Vorstösse zu. Sie tritt auf den B+A ein und nimmt zustimmend Kenntnis.

**UVS-Direktor Adrian Borgula** dankt für die durchgezogene, aber doch weitgehend eher positive Aufnahme des Veloparkierungskonzepts. Als Vorbemerkung will er noch einmal Folgendes klären: Das Veloparkierungskonzept, das den Anhang zu diesem B+A bildet, wurde vom Stadtrat in Auftrag gegeben. Daraus hat der Stadtrat diesen Bericht erarbeitet, der jetzt zur Diskussion vorliegt. Wichtig ist auch der Zusatz im Titel des Berichts und Antrags: „Umsetzung erste Etappe“. Es geht heute um beides: um die Grundprinzipien der zukünftigen Veloparkierung und um die Umsetzung einer ersten Etappe.

Der Stadtrat ist bereit, die Protokollbemerkungen der Baukommission mehrheitlich zu übernehmen. Möglicherweise wird man darauf in der Detailberatung noch zurückkommen. Der Stadtrat hat einen Kompromisskurs eingeschlagen, aber er kann in diesem Zusammenhang natürlich nicht alle Anliegen erfüllen, denn sie gehen zum Teil diametral auseinander.

Wie Nico van der Heiden richtig bemerkte, ist der Weg zwischen A und B etwas ganz Wichtiges; er ist auch ein Teil der Mobilitätsstrategie, und die Stadt arbeitet daran. Wichtig ist aber dann wie bei den anderen Verkehrsarten auch der Platz, wo man sein Gefährt abstellen kann,

sei es, um arbeiten oder einkaufen zu gehen, sei es, um einen Kulturanlass oder ein Bildungsangebot zu besuchen.

Wie der Sprechende aus den Voten herausgehört hat, wird das schrittweise, pragmatische Vorgehen begrüsst. Das hat der Stadtrat gezielt so gemacht, denn man kann nicht genau prognostizieren, wie sich die Veloförderung weiterhin entwickelt. Deshalb soll in einem ersten Schritt das umgesetzt werden, was sich gut umsetzen lässt. Dann wird man feststellen, welche Wirkung sich zeigt und wie die weiteren Bedürfnisse aussehen.

Der Sprechende gibt Rieska Dommann recht: auch er hätte sich mehr Veloparkplätze an der Bahnhofstrasse erhofft. Im Vergleich zu heute wird es tatsächlich ein bisschen mehr haben. Das Ziel an der Bahnhofstrasse ist es eben, die Promenade an der Reuss freizubekommen und die Veloparkierung auf die Gebäudeseite hinüberzunehmen. Das ist jetzt so für den Wettbewerb festgelegt, mit der Aufgabe, mindestens 400 Veloparkplätze unterzubringen. Falls sich eine überzeugende Lösung mit mehr Veloparkplätzen zeigt, würde man sie natürlich gern aufnehmen.

Markus Mächler hat betont, dass der Auftrag vor acht Jahren ergangen ist. Das ist eine lange Zeit, aber der Stadtrat hat eben den Auftrag aus eigenem Antrieb räumlich ausgeweitet, und die Erweiterung des Perimeters wurde namentlich von Urs Zimmermann als positiv beurteilt. Das Veloparkierungskonzept sei kein grosser Wurf, wurde von Verschiedenen gesagt. Der Wurf geht jedoch weiter, mit dem B+A wird jetzt einfach ein erster Wurf gemacht. Der Stadtrat hätte auch noch warten können, bis abgeklärt ist, was am Bahnhof allenfalls möglich wäre. Es ist sicher nicht so, dass man jetzt die Hände in den Schoss legt. Selbstverständlich wird die Situation mit dem Posttunnel weiter geprüft. Mit dem Bereich rund um den Bahnhof beschäftigt sich die Stadt intensiv, denn dort gibt es ja erwiesenermassen die grössten Defizite. Der Sprechende versteht die Enttäuschung, dass die Stadt dort noch nicht weiter ist, aber der Stadtrat kann nicht Lösungen vorschlagen, die einfach noch nicht definitiv vorhanden sind. Die Massnahmen, die der Stadtrat im B+A vorschlägt, sollen im Zeitraum bis 2020 umgesetzt werden. Es wäre aber ein Missverständnis zu meinen, bis 2020 werde nichts anderes dazukommen. Der Stadtrat hat ja signalisiert, dass z. B. die Planung im Bereich Posttunnel weitergeht. Damit wird nicht bis 2020 gewartet. Der Stadtrat denkt selbstverständlich weiter. Dazu, ob das wilde Parkieren ein Problem ist oder nicht, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Im Rahmen der Datenaufnahme konnte man feststellen, dass viele ihr Velo tatsächlich auf den Veloparkplätzen abstellen, obwohl sie es nicht müssten. Der Anteil von sogenannten wild, aber nicht illegal parkierten Velos ist also jetzt schon tief, und er wird sich noch weiter verringern, wenn es gelingt, die Veloparkierungsmöglichkeiten zu optimieren.

Die SVP-Fraktion beantragt aufgrund der langfristigen Massnahmen zwar ablehnende Kenntnisnahme, aber immerhin hat der Fraktionssprecher nur formuliert, die Fraktion sei „nicht ganz einverstanden“. Da sieht der Sprechende einen Lichtschimmer, dass man mit guter Überzeugungsarbeit auch die SVP-Fraktion noch gewinnen kann. Selbstverständlich wird der Stadtrat ein durchdachtes Motorradparkkonzept vorlegen; der Stadtrat versucht immer, alles durchdacht zu machen, was er dem Parlament vorlegt.

Die Freude über die Lösung vor dem Zurgilgenhaus ist geteilt, zum Teil ist sie gross, zum Teil wird der Lösung nur zähneknirschend zugestimmt. Aus Sicht des Stadtrates ist diese konkrete Massnahme ein guter Schritt in Richtung einer velofreundlicheren Stadt. Es wird dadurch auch ein Verkehrssicherheitsproblem behoben, denn die Überfahrt über eine sehr stark begangene Fussgängerpassage zu diesen Parkplätzen ist natürlich mit dem Auto sehr viel heik-

ler als mit dem Velo. Nico van der Heiden hat zudem darauf hingewiesen, dass durchaus auch der Veloverkehr ein wirtschaftlich notwendiger und wirtschaftlich interessanter Verkehr ist, und dass mit den Velos, die dann dort abgestellt werden können, mehr Personen kommen als mit neun Autos. Nico van der Heiden hat auch gefragt, was passieren würde, wenn man einen markant höheren Veloanteil hätte. Bezüglich der Flächeneffizienz schneidet ja das Velo sehr positiv ab. Wenn die Stadt Luzern einen höheren Veloanteil hätte, wäre der Platzbedarf bei den anderen Verkehrsarten wohl weniger gross.

Der Sprechende versteht in einem gewissen Mass die Enttäuschung der G/JG-Fraktion, dass man für den Bereich um den Bahnhof nicht konkretere Massnahmen vorschlagen kann. Wie er schon sagte, ist die Stadt daran, intensiv zu prüfen, wie sich die Situation verbessern lässt. Das Konzept legt klar dar, dass dort die grössten Probleme liegen, und dort wird man auch am intensivsten weiterarbeiten.

**Joseph Schärli:** Veloförderung Ja, aber wenn man sagt, beim Bahnhof sei das grösste Problem, muss der Sprechende einfach feststellen, dass dort für über 1 Mio. Franken aus Autogeldern eine Velostation gebaut wurde, die schwach belegt ist. Bis die Velostation dort wirklich ausgelastet ist, kann der Sprechende von einem solchen Bericht nicht im positiven Sinn Kenntnis nehmen. Es kommt noch etwas anderes dazu: Wenn er mit dem Auto in die Stadt fährt, muss er in ein Parkhaus und dann zu dem Geschäft oder zu dem Ziel hinlaufen, zu dem er will. Wenn er mit dem Velo in die Stadt fährt – der Sprechende fährt allerdings nicht Velo –, dann könnte er fast bis vor die Ladentüre fahren. Es ist ein bisschen Bequemlichkeit, wenn man verlangt, an jeder Ecke müsse es Veloabstellplätze geben. Der Sprechende kann nicht verstehen, dass man so viel Geld dafür ausgeben will, und bezahlen müssen es die Automobilisten über die Parkgebühren. Dessen muss man sich bewusst sein und soll nicht immer das Auto verteufeln. Der Sprechende wird vom B+A ablehnend Kenntnis nehmen.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 35/2015: „Veloparkierungskonzept Innenstadt von Luzern. Umsetzung erste Etappe“ eingetreten.**

DETAIL

*Seite 19 f. 6.3.3 Ausstattung der Veloparkplätze*

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Die Baukommission beantragt mit 8 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung folgende Protokollbemerkung:

**Anlehnbügel oder Velopfosten werden nur dort realisiert, wo sie wirklich notwendig und sinnvoll sind.**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** bemerkt, dass der Stadtrat gemäss StB 49 dieser Protokollbemerkung nicht opponiert. Sie fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat einen Antrag stellt, die Protokollbemerkung abzulehnen. – Sie stellt fest, dass das nicht der Fall ist.

**Somit hat der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung überwiesen.**

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** In der Baukommission wurden zum Kapitel Altstadt zwei Protokollbemerkungen überwiesen. Die erste lautet wie folgt:

**Die Erreichbarkeit der Anlage Seehofstrasse soll verbessert werden, beispielsweise durch Signaletik. Die Anzahl Veloabstellplätze wird weniger reduziert.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 2 : 0 Stimmen gutgeheissen.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Auch mit dieser Protokollbemerkung ist der Stadtrat gemäss StB 49 einverstanden

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.  
**Somit ist die Protokollbemerkung überwiesen.**

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Die zweite Protokollbemerkung aus der Baukommission lautet:

**Die aufzuhebenden Autoparkplätze beim Zurgilgenhaus werden als Kompensation an private Parkhausprojekte angerechnet.**

Sie wurde mit 5 : 2 : 2 Stimmen gutgeheissen.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Auch dieser Protokollbemerkung opponiert der Stadtrat nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.  
**Somit ist die Protokollbemerkung überwiesen.**

An dieser Stelle lässt Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann das Postulat 283 behandeln.

## **5.2 Postulat 283, Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion und Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. Juli 2015: Zusätzliche Veloabstellplätze an der Frankenstrasse**

**Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.**

**Ali R. Celik:** Als Teillösung des Veloparkierungsproblems am Bahnhof haben die G/JG-Fraktion und die SP/JUSO-Fraktion mit einem Postulat die Prüfung von zusätzlichen Veloabstellplätzen an der Frankenstrasse gefordert. In der Baukommission wurde zum gleichen Inhalt eine Protokollbemerkung beantragt. Der Sprechende möchte an dieser Stelle das Anliegen der Grünen ein bisschen differenzierter erläutern.

Die Grundhaltung der städtischen Politik ist ja, dass die Benutzung der Velos gefördert werden soll. Dazu gehört selbstverständlich, dass man das Velo abstellen kann, damit die Erreichbarkeit der Stadt beziehungsweise des Bahnhofs einfacher wird. Dies ist jedoch einfacher

gesagt als getan. Nicht nur der G/JG-Fraktion, sondern auch vielen anderen Ratsmitgliedern und dem Stadtrat ist klar, dass es rund um den Bahnhof wesentliche Veloabstellprobleme gibt. Es ist schwierig, Ordnung und Sicherheit zu schaffen, weil zu wenige Abstellplätze vorhanden sind. Die Velofahrer/innen haben nicht genügend Platz, um ihre Velos abzustellen und schnell den öffentlichen Verkehr zu nehmen.

Der vorgelegte B+A bringt zwar einige Verbesserungen, aber nicht genügend nachhaltige Lösungen. Gemäss der Bedarfsfeststellung im B+A kann im Gebiet des Bahnhofs die notwendige Anzahl Veloabstellplätze nicht erreicht werden. Die Folgen des Projekts Tiefbahnhof will der Sprechende nicht ausführlich erwähnen. Aber dann wären noch für weitere zirka 4000 Velos Abstellplätze nötig.

Wenn die Stadt heute für genügend Veloabstellplätze am Bahnhof keine nachhaltige Lösung sucht beziehungsweise findet, wird sie vermutlich in einem Jahr oder in den nächsten Jahren wieder vor dem gleichen Problem stehen. Deshalb muss sie heute handeln und alle Lösungsmöglichkeiten prüfen.

Der Stadtrat gibt in seiner Stellungnahme zum Postulat keine plausible Antwort, weshalb diese Strasse für zusätzliche Veloabstellplätze nicht geeignet wäre. In der Frankenstrasse existiert ein Abstellplatz von nur 6,5 Laufmetern, und zwar vor dem McDonald's. Dieser Abstellplatz ist immer voll besetzt. Kann jemand sagen, ob es einen besseren Platz in der Umgebung des Bahnhofs als die Frankenstrasse gibt?

Die Frankenstrasse ist eine der besten Möglichkeiten in der Umgebung des Bahnhofs und hat genügend Raum zur Gestaltung für weitere Veloabstellplätze. Es braucht nur die Bereitschaft für eine nachhaltige Lösung. Der Nutzungsanspruch könnte wohl geprüft und die notwendigen Schritte könnten in die Wege geleitet werden.

Die G/JG-Fraktion und die SP/JUSO-Fraktion hoffen, dass der Grosse Stadtrat in dieser Frage lösungsorientiert handelt und das Postulat überweist.

**Markus Mächler:** Die CVP-Fraktion hat das Postulat ausführlich diskutiert und kam zum Schluss, dass sie es nicht unterstützen wird. An der Frankenstrasse gilt zurzeit ein spezielles Regime für das Anhalten von Cars und für Taxis. Dieses System funktioniert gut und ist nach Ansicht der CVP-Fraktion sogar vorbildlich. Es gibt in der Stadt nur wenige ähnliche solche Regimes. Die Fraktion ist der Überzeugung, dass man das hier an der Frankenstrasse nicht torpedieren sollte. Klar ist der Platz um den Bahnhof beschränkt. Mehr Veloabstellplätze wären nötig. Die Fraktion meint aber, dass nicht nur die Frankenstrasse in Frage käme. Da könnte auch die Habsburgerstrasse im Fokus stehen, denn dort beginnt ja die Unterführung, und sie wäre sicher ein sehr beliebter Abstellort. Bei der CVP-Fraktion hat aber den Ausschlag gegeben, dass der Grosse Stadtrat vor noch nicht langer Zeit über das ganze Regime Hirschmattquartier abgestimmt hat. Da wusste man, was an der Frankenstrasse geschehen soll. Es geht nicht an, nur ein paar Monate später zu sagen, die Situation sei jetzt anders, und alles wieder umzustossen. Die CVP-Fraktion will bei dem damals beschlossenen Regime bleiben und denkt, dass sie damit der Bevölkerung den besseren Dienst erweist.

**Rieska Dommann:** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Sie ist mit der Antwort sehr einverstanden und wird das Postulat ebenfalls ablehnen. Die Bauarbeiten für die Gesamterneuerung Hirschmatt sind voll im Gang, und schon kommen wieder neue Forderungen. Diese Forderungen führen offensichtlich dazu, dass weitere Auto-

parkplätze abgeschafft werden. Über die Anzahl der Parkplätze, welche im Rahmen der Gesamterneuerung Hirschmatt abgebaut werden, wurde nicht nur in diesem Parlament lange diskutiert und gerungen. Es wird jetzt ein Konzept umgesetzt, mit welchem immerhin rund 80 Oberflächenparkplätze abgebaut werden. Die FDP-Fraktion ist überrascht und findet es einigermaßen unverständlich, dass schon wieder neue Forderungen kommen, bevor das Konzept überhaupt umgesetzt ist.

**Mario Stübi:** Die SP/JUSO-Fraktion sieht zwar das Argument, dass die Umgestaltung des Hirschmattquartiers jetzt läuft, sie wird aber dem Postulat dennoch zustimmen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist der Bedarf vorhanden und die Kapazitätserweiterung am Bahnhof ist im Hinblick auf diesen Bedarf in der ersten Etappe des Veloparkierungskonzepts aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion zu gering. Zweitens ist es erst ein paar Monate her, dass der Stadtrat gerade auf der anderen Seite der Strasse sogar Veloabstellplätze abbauen wollte, Stichwort Tourist Info. Das ist für die SP/JUSO-Fraktion Grund genug, um dem Postulat zuzustimmen.

**Urs Zimmermann** dankt seinen Vorrednern aus den Fraktionen der CVP und der FDP. Die SVP-Fraktion kann sich diesen Äusserungen anschliessen und wird das Postulat ablehnen.

**Jules Gut:** Es stört die GLP-Fraktion, dass die Geschichte mit der Veloparkierung, wie bereits erwähnt wurde, seit acht Jahren am Köcheln ist und man nun argumentiert, man habe, als man das Hirschmattquartier umplante, nicht gewusst, dass es zu wenig Veloparkplätze hat. Es scheint, dass man sich nicht entscheiden kann, was man will. Aber die Fraktion sieht natürlich auch ein, dass man jetzt das Hirschmattprojekt umsetzt, und wenn man da noch einmal irgendwie etwas ändern würde, gäbe das böses Blut. Deshalb lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

**Ali R. Celik:** Rieska Dommann hat erwähnt, es würden hier vielleicht Autoparkplätze verloren gehen. Wenn man aber die ganze Strasse in den Blick nimmt, sieht man ein paar andere Möglichkeiten. Der Sprechende hat bewusst nicht Autoparkplätze thematisiert. Da gibt es einmal die Taxiplätze. Auf den 1. Januar 2018 werden diese Plätze neu ausgeschrieben. Dann gibt es recht grosszügige Anlieferungsflächen usw. Wenn man realistisch ist, muss man zugeben, dass die Strasse genügend Kapazität aufweist, um die Veloparkplätze zu erweitern. Daher würde eine Prüfung doch Sinn machen. Aber wenn man natürlich ideologisch bleibt und weitere Veloabstellplätze aus Prinzip ablehnt, wird man für das Gebiet um den Bahnhof herum keine optimalen Lösungen finden. Vielleicht müsste man sich doch noch einmal überlegen, was das Postulat genau bedeutet.

**UVS-Direktor Adrian Borgula** will zu einigen Äusserungen kurz Stellung nehmen; der Stadtrat hat in der Antwort auf das Postulat ja ausführlich Stellung genommen. Das Defizit an Veloabstellplätzen rund um den Bahnhof herum ist erkannt. Es ist klar, dass man die Auslastung der Velostation weiter optimieren will. Es werden auch Lösungen gesucht, die nicht den öffentlichen Grund betreffen. So wurden zum Beispiel im Hirschmattquartier Erdgeschossnutzungen abgeklärt, wo dann nicht auf öffentlichem Grund Veloabstellplätze zur Verfügung stehen würden. Da ist im Moment etwas am Köcheln, um das Wort von Jules Gut aufzunehmen, aber der Sprechende kann noch nicht mehr dazu sagen.

Zu Ali R. Celik bemerkt er, dass die Eignung nicht das Thema ist. Die Frankenstrasse wäre für die Veloparkierung sehr wohl geeignet. Aber der Stadtrat hat in einem langen Prozess mit dem Hirschmattquartier und dann auch mit dem Parlament festgelegt, wie man das Quartier in den nächsten Jahren auslegt. Davon möchte er nicht bereits nach kurzer Zeit abweichen, denn dadurch ginge auch ein Stück weit die Glaubwürdigkeit verloren. Sollte das Parlament jedoch jetzt zu einem anderen Schluss kommen, dann würde der Stadtrat selbstverständlich Folge leisten.

Die Veloparkierung rund um den Bahnhof wurde in den letzten acht Jahren doch um einiges ausgeweitet, z. B. namentlich gerade an der Ecke Habsburgerstrasse-Murbacherstrasse. Wenn Jules Gut sagt, das sei jetzt schon acht Jahre am Köcheln und man wisse immer noch nicht weiter, so scheint das dem Sprechenden eine Unterstellung zu sein, die er nicht teilen kann. Bei den Taxistandplätzen wird es keine Reduktion geben. Es ist klar festgelegt, auf wie viele Taxistandplätze die Ausschreibung erfolgt. Der Stadtrat würde gegen Treu und Glauben verstossen, wenn er diese Taxistandplätze aufheben wollte. Es sind Taxistandplätze im Bahnhofstandard, also im höchsten Standard. Zudem ist bekannt, dass auch bei den Taxistandplätzen am Bahnhof ein Platzproblem besteht. Aus Sicht des Stadtrates wäre es falsch, zusätzliche Veloabstellplätze zulasten von Taxistandplätzen zu realisieren. Der Stadtrat möchte das auch nicht zulasten von Grünraum und Grünrabatten tun, die allerdings an der Frankenstrasse relativ bescheiden vertreten sind. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, den Weg, den man mit der Bevölkerung des Hirschmattquartiers und mit dem Parlament in einem langen, aber guten Prozess eingeschlagen hat, nicht zu verlassen, sondern das Postulat abzulehnen.

**Ali R. Celik** kann einigermassen verstehen, dass sich der Stadtrat an gemachte Zusagen halten will. Was bedeutet das aber? Darf man in den nächsten Jahren in diesem Gebiet überhaupt keine Änderungen mehr vornehmen und nichts umgestalten? Das Postulat bedeutet, dass der Grosse Stadtrat den Auftrag gibt, weitere Möglichkeiten und eine andere Gestaltung zu prüfen. Der Grosse Stadtrat muss sich ja die Zusagen und Versprechen des Stadtrates nicht zu eigen machen. Geht es um irgendein Versprechen des Stadtrates oder geht es um den Bedarf an Veloabstellplätzen und um die Suche nach Möglichkeiten? Wenn es um diesen Bedarf geht, muss der Grosse Stadtrat das Postulat doch überweisen.

**Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 283 ab.**

Fortsetzung der Beratung zum B+A 35/2015: Veloparkierungskonzept

*Seite 29 ff. 7.4 Neustadt, Hirschmattquartier, Bahnhofareal (Sektor C)*

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** In der Baukommission wurde entsprechend zum Postulat 283 folgende Protokollbemerkung beantragt und mit 4 : 5 Stimmen abgelehnt:

<b>Zur Behebung der Veloparkplatzengpässe am Bahnhof werden in der Frankenstrasse weitere Veloparkplätze erstellt.</b>
--

**Der Grosse Stadtrat lehnt diese Protokollbemerkung ab.**

**Markus Mächler** möchte beim Problem anschliessen, das sich um den Bahnhof herum zeigt. Die Situation ist unbefriedigend; es gibt dort Veloleichen, die Unordnung ist zum Teil gross, weil einfach der Druck sehr gross ist. Das Problem ist nur bedingt dadurch lösbar, dass man mit der Caritas spricht und sie ins Gebet nimmt, damit sie alles versucht, um Ordnung zu schaffen. Eine Lösung könnte darin bestehen, dass man die dort parkierenden Velos erkennbar macht, z. B. mit einer Vignette. Das würde aber bedeuten, dass man diese Parkplätze geldmässig bewirtschaftet. Im B+A heisst es, der Stadtrat habe sich dazu Gedanken gemacht, er sehe aber keine Umsetzung. Nach Ansicht der CVP-Fraktion zeigt sich darin die Haltung „Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg.“ Die Fraktion beantragt hier eine Protokollbemerkung und fordert den Stadtrat auf, eben diesen Weg aufzuzeigen. Natürlich müsste man rechtlich bestimmte Voraussetzungen schaffen. Es würde sich lohnen abzuklären, wie man das machen könnte. Es würde sich auch lohnen abzuklären, welchen Perimeter man bewirtschaften sollte und wie eine technische Umsetzung möglich wäre. Der Sprechende hat vorhin eine Vignette erwähnt; das ist ein Vorschlag, eine Idee, die ihm in den Sinn kam, als er darüber nachdachte, aber es gibt sicher auch andere Möglichkeiten. Der CVP-Fraktion geht es einfach darum, das Problem des knappen Guts Veloabstellplätze um den Bahnhof herum zusammen mit der SBB auch marktwirtschaftlich zu lösen, genau wie es vor 30, 40 Jahren mit den Autofahrenden geschehen ist. Davon verspricht sich die CVP-Fraktion etwas mehr Ordnung in diesem ganzen Bereich.

Die Protokollbemerkung lautet:

**Der Stadtrat klärt die Möglichkeit einer Gebührenpflicht mit Blick auf die rechtlichen Voraussetzungen, einen möglichen Perimeter und die technische Umsetzung ab. Er erstattet dem Parlament Bericht.**

Die Berichterstattung kann z. B. in der nächsten Etappe geschehen, die ja angekündigt ist und in wenigen Jahren folgen wird.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Diese Protokollbemerkung wurde auch in der Baukommission beantragt und mit 3 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Korintha Bärtsch:** Die G/JG-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung konsequent ab. Sie will das nicht einmal ausarbeiten lassen. Ihrer Ansicht nach schlägt die CVP-Fraktion da eine völlig falsche Richtung ein. Die CVP will die Heiratsstrafe abschaffen, aber eine Pauschalstrafe einführen. Natürlich ist es lästig, wenn Velos über Tage oder noch länger am Bahnhof liegen bleiben. Aber es kann nicht sein, dass alle, die ihr Velo am Bahnhof abstellen wollen, bestraft werden. Denn die Mehrheit dieses Parlaments findet doch, dass es eine gute Sache ist, wenn die Leute mit dem Velo an den Bahnhof fahren und dann den Zug nehmen. Das ist besser, als wenn sie allein in ein Auto sitzen. Das Velofahren sollte man unterstützen und nicht bestrafen, denn es ist klimagünstig und auch aus einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise gut. Wenn Markus Mächler meint, das sei ein marktwirtschaftliches Instrument und bei den Autoparkplätzen habe man ein ähnliches Problem gehabt, so muss man sich vor Augen führen, dass auf einem Autoparkplatz 14 Velos abgestellt werden können. Wenn man da eine Kostenwahrheit herstellen wollte, müsste man, je nachdem, wie teuer eine solche Velovignette sein würde, den Autoparkplatz massiv verteuern. Die G/JG-Fraktion will diese Diskussion in Zukunft gar nicht führen und lehnt daher die Protokollbemerkung ab.

**Peter With:** Die SVP-Fraktion ist neuen Gebühren gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt, und so auch dieses Mal bei den Velofahrern. Das Ziel der Stadt Luzern ist klar: man will den Veloverkehr erhöhen und damit auch dafür sorgen, dass die Strassen freier werden. Es entspricht diesem Ziel mit Sicherheit nicht und ist der falsche Weg, wenn man Gebühren für die Velofahrer einführen würde. Bei der Umsetzung würden sich viele Haken zeigen. Eine Kontrolle ist kaum möglich, vor allem wenn es um Parkgebühren geht, denn die parkierten Velos können ohne grossen Aufwand umgestellt werden. Kinder und Jugendliche, also Minderjährige, müssten auch gebüsst werden, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Insgesamt wird alles komplizierter. Wie will man, wenn jemand keine Vignette am Velo hat, herausfinden, wer das ist? Eine Vignettenpflicht gibt es ja nicht. Und was die Veloparkierung grundsätzlich betrifft, sieht die übergeordnete Gesetzgebung eben so aus, dass Velos überall abgestellt werden dürfen. Der Sprechende möchte das nicht zu laut sagen; er ist sehr froh, dass die meisten Velofahrer nicht wild parkieren, sondern ihr Velo bei den zur Verfügung stehenden Parkplätzen abstellen. Das soll auch weiterhin so geschehen. Würde man für Veloabstellplätze vermehrt Gebühren verlangen – was man ja nur bei Velostationen machen könnte –, ist die Gefahr gross, dass die Velofahrer vom Recht Gebrauch machen würden, ihr Velo überall abstellen zu dürfen. Dann hätte man plötzlich mitten auf allen Plätzen der Stadt Luzern Velos, was sicher keiner will. Wie gut Gebühren für die Veloparkierung ankommen, sieht man bei der Velostation am Bahnhof. Die SVP-Fraktion hat diese Velostation vehement bekämpft, denn sie war von Anfang an der Meinung, dass man da sehr viel Geld für etwas ausgibt, das am Schluss nicht benutzt wird. Aber man wollte ein Leuchtturmprojekt und hat diese Velostation gebaut, die eben immer noch zu wenig genutzt wird. Es ist sicher nicht zweckmässig, jetzt an anderen Orten weitere Gebühren einzuführen.

Ein Problem bei der Umsetzung sind auch die Kosten. Ganz gleich welche Variante man wählt, es wird Umsetzungsgebühren geben. Man müsste die Veloparkplätze so einrichten, dass es möglich wäre, die Velos festzuketten, damit niemand sie umstellen kann. Man müsste Kontrollen durchführen, man müsste allenfalls Gebührenkästen installieren oder eine Kasse, wo man die Gebühr bezahlt. All das verursacht Kosten, und im Gegenzug würde man ein paar Rappen erhalten, die man pro Stunde für ein abgestelltes Velo verlangen könnte. Korintha Bärtsch hat gesagt, wie viele Velos auf einem Autoparkplatz Platz hätten. Wenn man 2,50 Franken durch diese Anzahl Velos teilt, bleibt pro Stunde kein grosser Betrag übrig, den man allenfalls erheben dürfte. Das macht einfach keinen Sinn. Am Schluss ist das Ganze ein Nullsummenspiel, das nicht zu mehr Ordnung führt. Vielleicht würde es die kostenpflichtigen Veloparkplätze ein bisschen entlasten, aber die Velos würden einfach irgendwo anders stehen, irgendwo auf einem Trottoir oder auf einem Platz. Die SVP-Fraktion sieht das grundsätzlich nicht, aus Gründen der Umsetzung und auch aus Gründen der Zielsetzung. Das Ziel muss sein, den Veloverkehr zu erhöhen, und das kann man sicher nicht erreichen, indem man ihn mit Gebühren belastet.

**Jules Gut:** Die GLP-Fraktion hoffte, dieser Antrag werde im Parlament nicht noch einmal gestellt. Jetzt ist er aber da. Es gab einmal eine GLP-Initiative, die schlussendlich etwa 8 % Zustimmung fand. Wahrscheinlich wird auch diese Protokollbemerkung mit diesem Stimmenverhältnis untergehen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das eine absurde Forderung; sie lehnt sie ab.

**Nico van der Heiden** kann sich dem SVP-Sprecher im Wahlkampf nur anschliessen. Er hat alle Argumente genannt, die sich anführen lassen, um die Protokollbemerkung abzulehnen. Zwei kleine Ergänzungen zum Thema möchte der Sprechende noch machen. Er ist der Auffassung, dass der erste Teil der Forderung der CVP-Fraktion erfüllt ist. Der Stadtrat hat die rechtlichen Voraussetzungen bereits sehr sauber abgeklärt und im B+A dargelegt, dass eine Gebühr für Veloabstellplätze aktuell nicht mit dem übergeordneten Recht vereinbar ist. Selbstverständlich könnte man eine Protokollbemerkung machen oder ein Postulat einreichen und verlangen, dass sich der Stadtrat beim Kanton dafür einsetzt, diese Bestimmung zu ändern. Es ist aber gerade der CVP-Sprecher, der den Sprechenden, wenn er eine solche Forderung stellt, hier im Rat immer sehr pointiert darauf hinweist, dass man diese Ebenen auseinanderhalten soll: was beim Kanton ist, solle beim Kanton sein, und was beim Bund ist, solle beim Bund sein.

Fast ein bisschen zynisch weist der Sprechende darauf hin, dass es auf nationaler Ebene eine Vignette gab, aber die bürgerliche Mehrheit inklusive CVP hat sie damals im nationalen Parlament versenkt. Jetzt gibt es diese Vignette nicht mehr, was viele Probleme geschaffen hat. Es ist falsch zu meinen, dass man das jetzt in der Stadt Luzern mit einer Gebühr lösen könnte. Die Stadt Luzern wäre die erste Stadt, die eine solche velofeindliche Gebühr auf öffentlichem Grund einführen würde. Was für ein heiteres Signal für die Veloförderung! Der Sprechende glaubt, die Problematik einer Vignette müsste man allenfalls andernorts wieder angehen.

**Rieska Dommann:** Auch die FDP-Fraktion wird die Protokollbemerkung ablehnen. Der Sprechende kann sich bezüglich der Argumentation Peter With anschliessen. Man kann auf eine erneute Abklärung und einen Bericht ans Parlament getrost verzichten. Die Abklärungen wurden gemacht, das Ergebnis ist im B+A abgebildet. Das Fazit lautet: Eine Gebührenpflicht ist gemäss dem kantonalen Strassengesetz gar nicht zulässig.

**Markus Mächler** will hier nicht auf die wahltaktischen Äusserungen eingehen. Er möchte nur noch einmal begründen, weshalb sich die CVP-Fraktion etwas von einer Gebührenpflicht verspricht.

Der Votant kann einiges, was jetzt gesagt wurde, insbesondere von Peter With, zwar nachvollziehen, aber er stellt einfach fest, dass Peter With die Augen nicht offen hat, denn Kontrollen und einen Ordnungsdienst gibt es schon heute, das muss gemacht werden und wird auch gemacht. Unter diesem Aspekt entsteht überhaupt kein Mehraufwand.

Korintha Bärtsch hat von Kostenwahrheit gesprochen. Der Votant versteht nicht, was sie damit sagen wollte. Es geht in keiner Weise um irgendeine Wahrheit, es geht nur darum, mit der Gebührenpflicht oder z. B. mit einer Vignette mehr Ordnung zu schaffen. Es besteht kein Zweifel, dass man das auf diesem Weg erreichen würde. Dass das natürlich etwas kostet, ist klar, und diese Kosten müssten irgendwie abgegolten werden. Wahrscheinlich könnte man es aber ergebnisneutral gestalten. So stellt es sich die CVP-Fraktion zumindest vor. Solche Gebühren kennt man ja schon; bei der Velostation muss man ja auch bezahlen. Sie bietet einen gewissen Komfort, und der wird offenkundig geschätzt. Die Velostation ist tatsächlich schlecht gestartet, aber wie man hört, wird sie jetzt voller und voller, sie hat immer mehr Zulauf. Offenbar ist es diesen Benützern möglich, einen kleinen Obolus zu bezahlen, wenn sie dafür eine Gegenleistung erhalten. So etwas könnte sich die CVP-Fraktion eben rund um den

Bahnhof herum auch vorstellen. Daher glaubt sie, die Einführung einer solchen Gebühr wäre sinnvoll, auch wenn man dann im kantonalen Recht eine Korrektur vorzunehmen hätte. Der Sprechende ist im Übrigen dezidiert der Überzeugung, dass diese Problematik nicht nur die Stadt Luzern betrifft. In wenigen Monaten oder vielleicht schon heute, das weiss er zu wenig, manifestiert sich dasselbe Problem ja auch z. B. am Bahnhof in Sursee oder dann bei den drei Hubs, die jetzt forciert werden, Ebikon, Emmen und Mattenhof, oder auch in Rothenburg. Da wird sich dieses Problem auch zeigen, und der Kanton wird eine Lösung anbieten müssen.

**UVS-Direktor Adrian Borgula** kann sich kurz fassen, weil das Wesentliche schon gesagt wurde. Am Bahnhof mehr Ordnung zu schaffen ist auch im Sinn des Stadtrates. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Grosse Stadtrat vor zwei Monaten über den Veloordnungsdienst und die entsprechende Leistungsvereinbarung diskutiert. Allerdings sind der rechtlichen Möglichkeit, Velos zu verschieben, enge Grenzen gesetzt. Ein weiteres Element, um mehr Ordnung zu schaffen, sind optimierte Anlagen. Mit einer zusätzlichen Gebühr würde man jedoch erstens eine Situation schaffen, die in der Umsetzung sehr problematisch wäre, und zweitens würde man die Niederschwelligkeit des Velofahrens vermindern. Das will der Stadtrat wirklich nicht. Die Stadt will das Velofahren weiterhin fördern. Die Abklärung, die verlangt wird, ist effektiv bereits gemacht: eine generelle Gebührenpflicht widerspricht dem kantonalen Strassengesetz. Natürlich könnte die Stadt beim Kanton noch einmal fragen, wie es rechtlich ist, aber diese Antwort kennt sie schon genau. Wenn man wirklich diesen Weg gehen möchte, muss man eben im kantonalen Parlament vorstellig werden. Der Sprechende würde aber eine generelle Gebührenpflicht nicht für zweckmässig halten, und um die geht es ja. In diesem Sinn bittet er die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dem Stadtrat diesen Auftrag nicht zu geben. Peter With hat gesagt, Velos dürfe man überall parkieren. Das ist nicht zutreffend. Man darf sie nur dann auf dem Trottoir parkieren, wenn noch 1,5 m frei bleiben, und man darf selbstverständlich keine Ausgänge blockieren und keine Hindernisse schaffen, sodass z. B. Rettungsfahrzeuge nicht mehr durchkommen könnten. Die Aussage, man dürfe Velos überall parkieren, stimmt also nicht einfach so.

Noch eine etwas späte Replik zum Votum von Joseph Schärli in der Eintretensdebatte. Joseph Schärli hat auch die Kostenfrage angesprochen. Es ist richtig, dass die Veloparkierungsanlagen oder auch die Konzepte zur Carparkierung, zur Autoparkierung, zur Veloparkierung aus dem Parkingmeter-Fonds finanziert werden. Der Sprechende will aber auf etwas hinweisen, was man immer vergisst: Die gesamten Aufwendungen für die Gemeindestrassen laufen über allgemeine Steuergelder, und das ist in der Stadt Luzern ein grosser, erheblicher Anteil. Die Abnützung der Strassen, welche die Velos oder Fussgängerinnen und Fussgänger gegenüber den Autos verursachen, sieht jedoch wesentlich anders aus. Das muss man in Bezug auf Kostenwahrheit auch bedenken. Man muss dabei gar nicht noch externe Kosten einrechnen, das würde diese Rechnung zusätzlich kompliziert machen. Das alles ist auch rechtskonform in den städtischen Reglementen abgebildet.

#### **Die Protokollbemerkung der CVP-Fraktion**

**Der Stadtrat klärt die Möglichkeit einer Gebührenpflicht mit Blick auf die rechtlichen Voraussetzungen, einen möglichen Perimeter und die technische Umsetzung ab. Er erstattet dem Parlament Bericht.**

**wird vom Grossen Stadtrat abgelehnt.**

**Korintha Bärtsch** kommt noch einmal auf die Velostation zu sprechen. Sie ist gleicher Meinung wie Joseph Schärli: Es ist schlecht, dass die Velostation nur zu einem Drittel ausgenutzt wird. Die Sprechende macht aber nicht die Faust im Sack, sondern möchte erreichen, dass sich das ändert. In der Velostation ist ein grosses Potenzial vorhanden, aber man muss einiges dafür tun, dass die Ausnützung zunimmt. Es sieht so aus, dass etliche Leute im Moment nicht auf die Idee kommen, ihr Velo dort zu parkieren. Warum das so ist, ist nicht immer ganz klar. Aus dem B+A wird nach Ansicht der G/JG-Fraktion viel zu wenig deutlich, dass der Stadtrat wirklich daran ist, die ganze Sache noch einmal zu überprüfen. Deshalb beantragt die G/JG-Fraktion folgende Protokollbemerkung:

**Im Rahmen der Veloförderung trifft der Stadtrat Massnahmen, insbesondere im Bereich Service, zur Attraktivierung der Velostation am Bahnhof.**

Mit Service meint die Sprechende die Überprüfung der Öffnungszeiten, der Bezahlmöglichkeiten wie auch der Preisgestaltung.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** In der Baukommission wurde diese Protokollbemerkung in einer anderen Formulierung beantragt. Grundsätzlich stellt sich die Baukommission natürlich hinter Fördermassnahmen für die Velostation. Sie hat aber die Formulierung, die auch das Wort „Werbung“ enthielt, mit 4 : 5 Stimmen abgelehnt. Die neue Formulierung ist also zu begrüssen.

**Rieska Dommann:** Die Velostation am Bahnhof hat offensichtlich einen schweren Stand. Trotz wachsender Nachfrage nach Abstellplätzen für Velos rund um den Bahnhof stehen dort hinten immer noch Hunderte von Parkplätzen leer. Aus Sicht der FDP-Fraktion muss die Auslastung der Velostation dringend erhöht werden. Die Fraktion fordert darum vom Stadtrat, dass nicht nur die Signaletik verbessert wird, was ja bereits geschehen ist, sondern dass man weitere Massnahmen prüft, wie es die Protokollbemerkung verlangt. Die FDP-Fraktion erwartet insbesondere, dass der Stadtrat versucht, die Auslastung durch einen günstigeren Preis zu erhöhen. Wenn die Auslastung dank tieferen Preisen markant gesteigert werden könnte, wäre eine solche Preissenkung ja wahrscheinlich sogar kostenneutral umsetzbar. Die FDP-Fraktion wird die Protokollbemerkung unterstützen.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion:**

**Im Rahmen der Veloförderung trifft der Stadtrat Massnahmen, insbesondere im Bereich Service, zur Attraktivierung der Velostation am Bahnhof.**

**Nico van der Heiden** beantragt eine Protokollbemerkung, die in der Baukommission unterlag:

**Bei Bedarf wird die Installation von doppelstöckigen Veloabstellplätzen an der Zentral- und Morgartenstrasse geprüft.**

Eine Möglichkeit der Verdichtung besteht darin, in die Höhe zu bauen. Das kennt man von anderen Bereichen, und es gibt diese Möglichkeit eben auch bei Veloabstellplätzen, indem man doppelstöckige Anlagen realisiert. Es gibt mittlerweile solche Anlagen, die hohen ästhetischen Anforderungen genügen. Dem Sprechenden persönlich gefällt z. B. die Anlage beim Bahnhof Sursee sehr gut. Die SP/JUSO-Fraktion regt mit dieser Protokollbemerkung einfach an, dass man die Installation solcher doppelstöckigen Veloabstellplätze dort noch einmal prü-

fen soll, weil dort die Nachfrage wirklich sehr gross ist. Es geht nur um eine Prüfung. Die Vor- und Nachteile dieser Anlagen wurden in der Baukommission diskutiert; selbstverständlich muss man städtebauliche Argumente und Sicherheitsargumente berücksichtigen. Aber wenn es dann 2020 vielleicht darum geht, in der Neustadt Autoparkplätze oder Töffparkplätze zugunsten von Veloparkplätzen aufzuheben, wäre es für den Verkehrsfrieden unter Umständen sinnvoller, man würde für die Velofahrer in die Höhe bauen und könnte so dieser Diskussion, die wahrscheinlich dann heisser geführt wird hier drin, allenfalls ein bisschen ausweichen. Mit dieser Protokollbemerkung bittet die SP/JUSO-Fraktion, dass eine solche Abwägung zukünftig noch einmal gemacht wird, denn alles andere wäre ja ein Denkverbot in dieser Sache.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Nico van der Heiden hat es schon gesagt: die Idee wurde in der Baukommission sehr eingehend diskutiert. Der Sprechende glaubt, dass niemand etwas gegen das System selber hat, sondern der Grund der Skepsis lag mehr im Ort und in den Gefahren, die sich mit den grossen Pendlerströmen ergeben. Dementsprechend knapp war das Abstimmungsresultat in der Baukommission: nachdem sich zweimal das Stimmenverhältnis 4 : 4 : 1 ergeben hatte, wurde die Protokollbemerkung mit Stichentscheid des Sprechenden abgelehnt.

**Rieska Dommann:** Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Doppelstöckige Veloabstellplätze können tatsächlich an geeigneter Stelle für eine Entlastung sorgen. An der Zentral- und an der Morgartenstrasse sind sie aber leider nicht geeignet. Der Stadtrat hat das im Rahmen des vorliegenden Konzepts geprüft. Die räumlichen Verhältnisse auf dem Trottoir an der Zentralstrasse würden in Verbindung mit den Pendlerströmen zu grossen Konflikten führen. An der Morgartenstrasse spricht gegen die doppelstöckigen Veloabstellplätze, dass die oberen Holme beim Herausziehen in die Fahrbahn hineinragen würden, was gefährlich wäre. Die Protokollbemerkung bringt keinen neuen Vorschlag. Auf eine nochmalige Prüfung der gleichen Idee kann man gut verzichten.

**Urs Zimmermann:** Auch die SVP-Fraktion wird die Protokollbemerkung ablehnen. Im Konzept wurde geprüft, ob dort doppelstöckige Anlagen geeignet sind oder nicht. Der Stadtrat hat ausgeführt, dass es gewisse Bedenken gibt, einerseits städtebaulich, andererseits aufgrund des vorgelagerten Platzes, der nötig ist. Die SVP-Fraktion hat auch Vorbehalte, dass gewisse Leute ihr Velo gar nicht in einer doppelstöckigen Anlage parkieren könnten, denn es braucht auch ein bisschen Kraft dazu. Aus diesem Grund ist die Fraktion der Meinung, dass eine nochmalige Überprüfung dieses Sachverhalts nichts nützt, und lehnt die Protokollbemerkung ab.

**UVS-Direktor Adrian Borgula:** Der Stadtrat hat gewisse Bedenken bezüglich der vorgeschlagenen Standorte. An der Zentralstrasse ist es tatsächlich sehr eng, und an der Morgartenstrasse müssten die Holme in die Fahrbahn hinausgezogen werden. Selbstverständlich lässt sich der Stadtrat kein Denkverbot auferlegen, wenn er sieht, dass doppelstöckige Anlagen an einer Stelle zweckmässig und auch aus städtebaulichen Gründen durchaus zulässig wären, oder es an der Zentralstrasse plötzlich mehr Platz hätte. Der Stadtrat lässt sich das Denken auch nicht verbieten, falls die Protokollbemerkung abgelehnt wird, und wenn sie angenommen wird, muss er ihr ja sowieso nachkommen.

Urs Zimmermann kann der Sprechende versichern, dass es bei diesen Anlagen erstens auch eine untere Ebene gibt, und dass zweitens die Velofahrerinnen und Velofahrer in der Regel genug kräftig sind, um ein Velo auf die obere Etage zu heben. Das zeichnet die sogenannten bequemen Velofahrerinnen und Velofahrer eben auch aus.

#### **Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung der SP/JUSO-Fraktion**

**Bei Bedarf wird die Installation von doppelstöckigen Veloabstellplätzen an der Zentral- und Morgartenstrasse geprüft.**

mit 22 : 21 Stimmen.

*Seite 33 ff. 8.1 Zufahrt Velostation/Velotunnel*

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** In der Baukommission wurde folgende Protokollbemerkung mit 7 : 2 : 0 Stimmen überwiesen:

**Die Schieberinne für Velos beim Treppenabgang Zentralstrasse wird wenn immer möglich installiert.**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Der Stadtrat lehnt diese Protokollbemerkung ab.

**UVS-Direktor Adrian Borgula:** Der Stadtrat hat seine Gründe im StB 49 dargelegt. Er hat natürlich Sympathie für diesen Antrag, denn er hat ja selber abklären lassen, ob eine solche Schieberinne möglich wäre. Er hat lange diskutiert, ob er die Protokollbemerkung übernehmen soll oder nicht. Er möchte aber den Mitgliedern des Grossen Stadtrates einfach keine falschen Hoffnungen machen, dass man da zu einem anderen Resultat kommen würde. Das Bundesamt für Verkehr und die SBB sind dagegen. Der Stadtrat kann es schon noch einmal versuchen, aber man wird in diesem Punkt kaum weiterkommen. Selbstverständlich wird aber bei der Planung des Zugangs zum Posttunnel die Frage der Zugänglichkeit zur Unterführung wieder diskutiert.

#### **Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung**

**Die Schieberinne für Velos beim Treppenabgang Zentralstrasse wird wenn immer möglich installiert.**

*Seite 36 f. 9 Weiterführende Planungen*

**Urs Zimmermann** hat in seinem Eintretensvotum schon angetönt, dass die SVP-Fraktion hier eine Protokollbemerkung beantragen wird. Es geht um die weiterführende Planung für den Posttunnel. Die Situation ist im B+A gut aufgezeichnet: die Nutzung des Posttunnels ist mit dem Tiefbahnhof nicht kompatibel. Es kann doch nicht sein, dass man jetzt Planungskosten generiert oder ein Projekt weiter forciert, das in Konflikt zum Tiefbahnhof steht. Es geht ja nicht um 2'000 oder 3'000 Franken, sondern dann um Millionenbeträge. Die SVP-Fraktion ist gegen den Ausbau des Velotunnels, aus dem einzigen Grund, weil er in Konflikt zum Tiefbahnhof steht. Die Fraktion steht hinter dem Tiefbahnhof, sie will, dass er gebaut wird. Aus diesem Grund beantragt sie folgende Protokollbemerkung:

**Auf die Planung zur Realisierung eines Velotunnels (z. B. durch Erweiterung Posttunnel oder Neubau Treppenaufgang) wird verzichtet. Insbesondere werden jegliche Planungen eingestellt, bei welchen heute schon ersichtlich ist, dass deren Realisierung in Konflikt zum Bau eines Tief-/Durchgangsbahnhofs steht.**

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Diese Protokollbemerkung wurde auch in der Baukommission beantragt und mit 1 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Nico van der Heiden** bittet die Kolleginnen und Kollegen im Grossen Stadtrat, die Protokollbemerkung abzulehnen. Er widerspricht Urs Zimmermann vehement: Wenn man die Pläne hinten im Anhang des Berichts und Antrags anschaut, sieht man, dass der Posttunnel mit dem heutigen Stand, den man vom Tiefbahnhof hat, absolut kompatibel ist, einfach nicht als Veloverbindung, sondern als Fussgänger Verbindung. Aber es ist überhaupt nicht so, dass man von dieser Fussgängerunterführung irgendetwas abreißen würde, sondern sie bleibt bestehen. Daher ist das, was vom Stadtrat angedacht ist, absolut aufwärtskompatibel mit dem Tiefbahnhof. Wenn die Stadt jetzt für 20 Jahre etwas für die Velofahrerinnen und Velofahrer macht und diesen Abgang von der Habsburgerstrasse her installiert, hat das noch den extrem positiven Nebeneffekt, dass dann gerade auch noch für das Jahr 2035 der Zugang der Fussgängerinnen und Fussgänger zum Tiefbahnhof gelöst wäre. Was will man denn noch mehr?

**Urs Zimmermann** hält fest, dass die SVP-Fraktion ernsthaft daran denkt, sogar das Referendum gegen einen solchen Ausführungskredit zu ergreifen.

**Nico van der Heiden** hält fürs Protokoll fest, dass es hier um einen Planungskredit geht und der Ausführungskredit nächstes Jahr in einem separaten B+A beantragt wird. Dann kann die SVP-Fraktion das Referendum dagegen ergreifen, wenn sie will.

**Urs Zimmermann** dankt Nico van der Heiden für diesen Hinweis; selbstverständlich hat der Sprechende das so gemeint.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Auf die Planung zur Realisierung eines Velotunnels (z. B. durch Erweiterung Posttunnel oder Neubau Treppenaufgang) wird verzichtet. Insbesondere werden jegliche Planungen eingestellt, bei welchen heute schon ersichtlich ist, dass deren Realisierung in Konflikt zum Bau eines Tief-/Durchgangsbahnhofs steht.**

wird abgelehnt.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Die Baukommission hat zum Kapitel 9 noch folgende Protokollbemerkung mit 5 : 4 Stimmen überwiesen:

**Im hinteren Teil des ehemaligen Posttunnels, welcher heute als Verbindung zwischen Velostation und SBB-Unterführung dient, werden Veloabstellplätze erstellt. Eine entsprechende Vereinbarung mit der SBB wird getroffen.**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Der Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab.

**Rieska Dommann:** Auch die FDP-Fraktion stellt den Antrag auf Ablehnung dieser Protokollbemerkung. Erst vor ein paar Minuten wurde eine Protokollbemerkung überwiesen mit dem Ziel, die Auslastung der Velostation zu erhöhen. Wenn der Grosse Stadtrat jetzt dieser Protokollbemerkung zustimmt, erreicht er genau das Gegenteil. Die neu geschaffenen Abstellplätze würden in direkter Konkurrenz zu den Abstellplätzen der Velostation stehen. Das will die FDP-Fraktion nicht. Wenn dann die Velostation irgendeinmal gut ausgelastet ist und ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, kann der Grosse Stadtrat gern wieder über eine solche Massnahme diskutieren.

Hinzu kommt noch, dass im Bereich des Bahnhofs diese Veloparkplätze in der Nacht ja nicht zugänglich wären und sie darum auch nicht gleich gut nutzbar sind.

**Urs Zimmermann** dankt Rieska Dommann für dieses Votum, dem sich die SVP-Fraktion anschliesst und die Protokollbemerkung ablehnt.

**Korintha Bärtsch:** Die G/JG-Fraktion stimmt der Protokollbemerkung zu. Die Sprechende muss ein bisschen darüber schmunzeln, dass man von Konkurrenz von Veloparkplätzen am Bahnhof spricht. Im Moment ist es doch so, dass es dort zu wenig Veloparkplätze hat und nicht von einer Konkurrenz gesprochen werden kann, insbesondere wenn man sich überlegt, von welchen Seiten her diese Leute kommen. Wenn an der Zentralstrasse die Treppe mit einer Schieberinne ausgerüstet würde, könnte man direkt von der Zentralstrasse her hinunter und das Velo in diesem SBB-Räumchen hinstellen. Es braucht dort keine grosse Ausrüstung; es ist ein Platz, der leer steht. Für die Velostation erfolgt die Zufahrt von der anderen Seite, also von der Rösslimatt, vom Inseli her. Die Zugänge für diese beiden Veloabstellplätze sind komplett verschieden.

**Mario Stübi:** Da sieht man, dass es der FDP-Fraktion nicht unbedingt um die Lösung des Problems geht, dass es rund um den Bahnhof zu wenig Veloparkplätze hat, und zwar auch solche, die eben gratis sind. Markus Mächler hat es vorhin richtig gesagt: Die Velostation bietet einen Komfort, einen Mehrwert, Sicherheit, Service, und das soll auch etwas kosten. Aber nicht alle Velofahrer wollen diesen Service beanspruchen, sondern wollen einfach einen Abstellplatz, wo sie das Velo hinstellen und auf den Zug gehen können. Genau um das geht es.

Die Situation ist vor allem an der Zentralstrasse prekär, aber auf der anderen Seite, nämlich im hinteren Teil des Posttunnels, hat es Platz zur Genüge für solche Veloabstellplätze. Dort müsste man die SBB in die Pflicht nehmen, denn der Tunnel gehört ihr. Die SBB in die Pflicht nehmen möchte die SP/JUSO-Fraktion mit dieser Protokollbemerkung, indem man so öffentlichen Druck aufbaut und zeigt, dass es das Parlament sehr wichtig und richtig finden würde, wenn dort hinten ebenfalls Veloparkplätze erstellt werden könnten, und zwar solche, die kostenlos und 24 Stunden erreichbar sind. Apropos Zugänglichkeit: Es bräuchte, wie der Sprechende glaubt, ein Tor, das man herunterlassen müsste, damit der Zugang zur Personenunterführung der SBB im hinteren Bereich des Bahnhofs in den Nachtstunden geschlossen werden könnte. Damit wäre die Sache geregelt. Der Sprechende glaubt, dass man auch die Velofahrer ein Stück weit erziehen und ihnen beibringen kann, doch schnell um den Bahnhof herumzufahren statt ihr Velo irgendwo an der Zentralstrasse hineinzudrücken. Das würde sich aufgrund des Zeitgewinns, den man auf der anderen Seite hat, allemal lohnen, denn dort hat es

Platz und man kann direkt aufs Gleis hinauf. Die SP/JUSO-Fraktion bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, der Protokollbemerkung zuzustimmen und die SBB mit ins Boot zu holen.

#### **Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung**

**Im hinteren Teil des ehemaligen Posttunnels, welcher heute als Verbindung zwischen Velostation und SBB-Unterführung dient, werden Veloabstellplätze erstellt. Eine entsprechende Vereinbarung mit der SBB wird getroffen.**

**mit 21 : 22 Stimmen ab.**

**Mario Stübi:** Schade, dass diese Protokollbemerkung keine Mehrheit fand, aber die SP/JUSO-Fraktion hat einen Plan B, und der ist sogar noch günstiger als der gerade abgelehnte Vorschlag. Es gibt nämlich noch eine weitere Lösung. Links von der Velostation hat es im Bereich hinter der Universität bereits Veloabstellplätze, die kaum benützt werden, und zwar nicht, weil sie nicht zugänglich wären, sondern die Leute wissen es einfach zu wenig. Diese Abstellplätze sind für die Universität gedacht; der Sprechende benützt sie immer, wenn er mit dem Velo an den Bahnhof fährt, und es hat immer Platz zur Genüge. Es gibt nur ein Problem: Das Gittertor dort wird in der Nacht geschlossen. Dadurch sinkt die Attraktivität dieser Veloabstellplätze, denn wenn jemand z. B. einmal länger im Büro arbeitet und erst dann mit dem Zug nach Luzern zurückpendelt, kann er sein Velo dort nach 22 Uhr nicht mehr holen. Das ist dem Sprechenden schon ein paar Mal passiert, er musste dann heimlaufen. Er würde es toll finden, wenn man der Universität sagen könnte, sie solle doch das Tor dort hinten offen lassen. Auf einen Schlag hätte man etwa 60 oder 70 neue Veloparkplätze, und das kostenlos. Allenfalls wird das Gegenargument vorgebracht werden, dort hinten würden sich am Abend ab und zu Leute aufhalten und eins trinken und vielleicht Abfall liegen lassen. Das würde vielleicht eine kleine Erhöhung des Reinigungsetats nötig machen, aber weiter nichts. Es ist also eine pragmatische und kostengünstige Lösung. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, der Protokollbemerkung zuzustimmen, die wie folgt lautet:

**Die Stadt Luzern führt mit der Universität Luzern Verhandlungen, ihre Veloabstellplätze hinter dem Hauptgebäude dauerhaft öffentlich zugänglich zu machen.**

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Diese Protokollbemerkung wurde auch in der Baukommission beantragt und mit 3 : 5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

**Rieska Dommann:** Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Der Hof hinter der Universität wird ja nicht einfach so ab 22 Uhr geschlossen, sondern weil die Universität negative Erfahrungen gemacht hat. Es sind also Sicherheitsgründe, die die Universität zu diesem Schritt gezwungen haben. Im Übrigen stehen ja diese Parkplätze, wie Mario Stübi sagte, jeweils bis um 22 Uhr zur Verfügung. Wer sein Fahrrad länger abstellen will oder muss, kann die Velostation nehmen, die sich gerade nebenan befindet.

**Marcel Lingg** spricht anstelle von Urs Zimmermann, weil er schon länger im Parlament ist und sich erinnern kann, dass man hier drin auch schon einmal darüber diskutierte, die Veloabstellplätze bei der Universität sollten öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Das war zu der Zeit, als die Universität gebaut wurde. Der Sprechende erinnert sich, dass vor allem die Universität ganz klar dagegen war, und zwar auch mit der Argumentation, wenn diese Plätze

öffentlich würden, stünden sie nicht mehr für die eigenen Bedürfnisse der Universität zur Verfügung, also für die Studenten und die Lehrerschaft. Die Universität wird, wenn man sie erneut anfragen würde, vermutlich immer noch der gleichen Meinung sein, dass sie diese Plätze für den eigenen Bedarf weiterhin für sich behalten und nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen möchte.

**Mario Stübi** gibt zu bedenken, dass UVS-Direktor Adrian Borgula heute sagte, es würden auf der Seite Zentralstrasse Lösungen mit Privaten gesucht, z. B. Erdgeschossnutzungen. Die Universität ist ein öffentlicher Betrieb, sie steht insofern auch in der Pflicht. Nach Ansicht des Sprechenden ist es viel einfacher und effizienter, wenn man auf die Universität zugeht und mit ihr über diese Lösung verhandelt, als wenn man mit Anstrengung Privatraum akquirieren muss.

**Korintha Bärtsch:** Die G/JG-Fraktion wird die Protokollbemerkung unterstützen. Vom Sprecher der CVP-Fraktion wurde vorhin gesagt, der Boden sei knapp. Wenn ein Gut knapp ist, muss man schauen, wie man trotzdem am günstigsten mit ihm umgehen kann. Es wäre falsch, einfach zu sagen, die Universität wolle diese Veloparkplätze nicht zur Verfügung stellen, obwohl sie überhaupt nicht überbelegt sind. Die Kapazität dort sollte man wirklich nützen. Deshalb wäre es richtig, mit der Universität zu sprechen und eine gute Lösung zu finden.

#### **Die Protokollbemerkung der SP/JUSO-Fraktion**

**Die Stadt Luzern führt mit der Universität Luzern Verhandlungen, ihre Veloabstellplätze hinter dem Hauptgebäude dauerhaft öffentlich zugänglich zu machen.**

**wird abgelehnt.**

*Seite 37 f. 10 Kosten und Finanzierung*

**UVS-Direktor Adrian Borgula** will ein Missverständnis ausräumen, das sich vorhin vielleicht eingeschlichen hat. Zufälligerweise kostet die Projektierungsplanung, um den Posttunnel zugänglich zu machen, gleich viel wie die Planungskosten für die Massnahmen der ersten Etappe, nämlich 180'000 Franken. Die hier im Kapitel 10 aufgeführten 180'000 Franken sind die Planungskosten für die Massnahmen, die der Stadtrat in diesem B+A vorschlägt. Die SVP-Fraktion kann also dem Antrag getrost zustimmen, denn das bedeutet noch keine Aussage dazu, ob der Posttunnel zugänglich gemacht werden soll.

*Seite 39 12 Parlamentarische Vorstösse*

**Baukommissionspräsident Reto Kessler** hat schon in seinem Eintretensbericht darauf hingewiesen, dass die Baukommission den Antrag stellt, das Postulat 301 nicht abzuschreiben. Das betrifft Ziffer IV im Beschlusstext. Dort wird der Sprechende den Antrag ganz konkret stellen.

*Anhang:* Keine Wortmeldung.

I.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Zu Ziffer I hat die SVP-Fraktion den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gestellt.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Dieser Antrag wurde in der Baukommission mit 8 : 1 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Der Grosse Stadtrat nimmt vom geplanten Vorgehen zur Optimierung der Veloparkierung in der Innenstadt von Luzern zustimmend Kenntnis.**

II. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Kredit von 1,63 Mio. Franken mit 42 : 1 : 1 Stimmen.

III. Die Motion 419 wird als erledigt abgeschrieben.

IV.

**Baukommissionspräsident Reto Kessler:** Die Baukommission stellt einstimmig (9 : 0 : 0) den Antrag, das Postulat 301 nicht abzuschreiben.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Der Stadtrat opponiert der Nicht-Abschreibung nicht. Gibt es anderslautende Anträge aus dem Rat?

**Aus dem Grossen Stadtrat opponiert niemand der Nicht-Abschreibung. Das Postulat 301 wird somit nicht abgeschrieben.**

V. Das Dringliche Postulat 224 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 35 vom 18. November 2015 betreffend

**Veloparkierungskonzept Innenstadt von Luzern  
Umsetzung erste Etappe,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 9. Februar 1999 sowie Art. 55i Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

- I. Vom geplanten Vorgehen zur Optimierung der Veloparkierung in der Innenstadt von Luzern wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Für die Optimierung der bestehenden Veloabstellplätze und für Neuanlagen in der Innenstadt von Luzern wird ein Kredit von 1,63 Mio. Franken bewilligt, welcher aus einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung Parkraum finanziert wird.
- III. Die Motion 419, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion vom 23. Juni 2008: „Velofreundliche Altstadt: Planungsbericht Veloparking für die Altstadt erstellen“, wird als erledigt abgeschlossen.
- IV. Das Postulat 301, Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 5. März 2012: „Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse“, wird als erledigt abgeschlossen nicht abgeschlossen.
- V. Das Dringliche Postulat 224, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 24. September 2014: „Kein Abbau von Veloabstellplätzen an der Zentralstrasse“, wird als erledigt abgeschlossen.
- VI. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum.

12.00–13.45 Uhr: Mittagspause

Die Sitzung am Nachmittag beginnt mit der **Verabschiedung von Dieter Haller**.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Dieter Haller wurde am 23. Oktober 2014 als Nachfolger von Adrian Wassmer vereidigt. Er war während seiner Zeit als Grossstadtrat Mitglied der Bildungskommission und seit September 2015 Stimmzähler. Sicher auch als Folge seines politischen Mandats im Grossen Stadtrat wurde er im letzten Jahr in den Kantonsrat gewählt. Darum reichte er per 31. Dezember 2015 seinen Rücktritt ein.

Die Sprechende dankt Dieter Haller für seinen Einsatz im Grossen Stadtrat. Sie wünscht im viel Erfolg beim Politisieren auf der anderen Seite der Reuss und hofft, dass er die Anliegen der Stadt spezifisch im Hinterkopf behält und bei seinen Haltungen und Abstimmungen weiterhin berücksichtigt. Als Geschenk erhält Dieter Haller einen gravierten Glasteller.

Die Anwesenden schliessen sich dem Dank und den Wünschen mit einem Applaus an.

**Dieter Haller** war nur kurze Zeit im Grossen Stadtrat, aber seine Mitarbeit hat ihm Spass gemacht. In den Kantonsrat wurde er als städtischer Vertreter gewählt, und er verspricht, dass er dort die städtischen Anliegen einbringen wird. Er wünscht den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Stadtrates einen guten Rest der Legislatur, und denjenigen, die zur Neuwahl antreten, viel Glück, wobei er auf eine gutbürgerliche Politik hofft.

**6. Bericht und Antrag 36/2015 vom 2. Dezember 2015:  
Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen.  
Verein Südpol Luzern. Stiftung Kleintheater Luzern**

**EINTRETEN**

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg:** Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 7. Januar 2016 den B+A 36/2015: „Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen“ beraten und verabschiedet. In der Kompetenz des Grossen Stadtrates liegt die Verlängerung der Verträge mit den beiden Institutionen Verein Südpol Luzern (Gebrauchtsleihe- und Subventionsvertrag 2016–2018) und Stiftung Kleintheater Luzern (Subventionsvertrag 2016–2018).

Nach einem Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung, der mit 2 : 5 : 2 Stimmen abgelehnt wurde, trat die Bildungskommission auf das Geschäft ein. Sie stellte fest, dass auch diese beiden Institutionen mit einer unterschiedlichen Ausrichtung einen wertvollen Beitrag zum Luzerner Kulturleben leisten, wobei das Kleintheater auf eine längere erfolgreiche Geschichte zurückblicken kann, während der Südpol sich noch im Etablierungsprozess befindet.

Mit der Erneuerung der beiden Subventionsverträge geht die Erhöhung der Beiträge einher. Eine Minderheit in der Kommission beurteilte die Erhöhung der Subvention für den Südpol kritisch. Es wurde die Meinung vertreten, die Erhöhung sei ganz zu streichen beziehungsweise solle direkt den Künstlerinnen und Künstlern zukommen. Die Erhöhung des Beitrages an das Kleintheater blieb unbestritten.

Die Bildungskommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat mehrheitlich, dem Gebrauchtsleihe- und Subventionsvertrag mit dem Verein Südpol zuzustimmen. Dem Vertrag mit der Stiftung Kleintheater wurde einstimmig zugestimmt.

**Sandra Felder-Estermann:** Die FDP-Fraktion sieht die Notwendigkeit für neue Subventionsverträge absolut, denn seit 2011 werden die Beiträge an diese Institutionen jeweils mit Stadtratsbeschluss Jahr für Jahr verlängert. Das bringt diesen so wichtigen Kulturstätten alles andere als Planungssicherheit. Die Verträge, welche in der Kompetenz des Stadtrates sind, werden fast ausschliesslich aus den Fonds finanziert, was die FDP-Fraktion natürlich sehr begrüsst. Der B+A und das Hearing in der Bildungskommission hatten klärende Wirkung und zeigten die riesigen Unterschiede zwischen den Betrieben Südpol und Kleintheater. So hat das Kleintheater personell aufgestockt, um die Vermietung an Firmen beziehungsweise an Nicht-Künstler und somit die kommerzielle Nutzung der Räumlichkeiten zu fördern. Die zusätzlichen Einnahmen werden gerne genommen und helfen dem ganzen Betrieb des Kleintheaters und somit auch der Kultur. Das Kleintheater ist weit über die Stadtgrenze hinaus bekannt

und lockt mit einem gewollt breiten Programm ein grosses und breites Publikum an. Dort erhalten sowohl unbekannte als auch bekannte Künstler eine Auftrittsmöglichkeit. Die Auslastung und der entsprechende Eigenfinanzierungsgrad lassen sich sehen: Er ist mit 65 % sehr hoch. Ein grosses Kompliment vonseiten der FDP-Fraktion an die verantwortlichen Kräfte des Kleintheaters! Fazit: Ein Kulturhaus für kommerzielle Anlässe zu öffnen lohnt sich; das verschafft Zugang zu neuem Publikum und ist wohltuend für die Finanzen: Win-win für alle. Und ausgerechnet das will der Südpol mit dieser neuen finanziellen Spritze nicht, sondern erhofft sich, weniger rein kommerzielle Anlässe haben zu müssen. Für die FDP-Fraktion ist das nicht nachvollziehbar. Die Fraktion verlangt, dass der Vertrag angepasst und diesen Bereichen mehr Rechnung getragen wird. Sie wünscht, dass der Südpol einerseits Kulturförderer ist, sich aber andererseits mit kommerzieller Nutzung der vorhandenen Räume und auch durch eine andere Programmierung besser positioniert. Es soll ein Haus für alle sein und nicht nur für wenige. Die Besucheranzahl, wie sie da dargestellt wurde, muss besser dargestellt werden. Klar ist auch Kochen Kunst und bringt Esskultur, aber die Gastrobesucher gehören definitiv nicht zu den Kulturkonsumenten. Dass das Restaurant des Südpols kostenneutral sein soll, erachtet die FDP-Fraktion als selbstverständlich. Denn der ganze Südpol ist ein grosser Betrieb und alle Dienstleistungen in diesem Haus sollen Publikum anziehen. Das Restaurant darf auch Gewinn abwerfen und die vorhandenen Räume sollen möglichst gut genutzt werden, auch kommerziell. Ein allfälliger Gewinn aus diesen Bereichen könnte nämlich direkt wieder in Kultur reinvestiert werden. So soll der Südpol nachhaltig und sicher auf gesunden Beinen stehen. Dazu gehört nun mal ein höherer Eigenfinanzierungsgrad, und den erreicht man nicht durch noch mehr Geld von der Stadt. Bereits bei der Behandlung der Kultur-Agenda im Herbst 2014 war die FDP-Fraktion gegen eine derart grosse Aufstockung der Subventionen von vorher 600'000 Franken auf neu über 1 Mio. Franken. Auch wenn nun 250'000 Franken aus dem Fonds fliessen sollen, ist die Aufstockung für die FDP-Fraktion definitiv zu gross. Ebenfalls fordert sie eine jährliche Berichterstattung des Südpols an die Bildungskommission. Für einen solchen Betrag sollte das verlangt werden dürfen. Die Fraktion will nämlich dort direkt erfahren, wie es läuft, und klärende Fragen stellen können, und zwar nicht erst wieder in drei Jahren.

Die Sprechende hat jetzt mehrere Gründe aufgezählt, die für eine Rückweisung wären. Aber die FDP-Fraktion stellt keinen Rückweisungsantrag. Denn sie will klare Verhältnisse für das Kleintheater. Lediglich der Vertrag mit dem Südpol ist in mehreren Punkten sehr verbesserungsfähig. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein, lehnt jedoch die Gebrauchsleihe und den Subventionsvertrag mit dem Verein Südpol Luzern in dieser Art beziehungsweise in diesem Ausmass ab (Ziffer I). Die Fraktion stimmt dem Subventionsvertrag mit der Stiftung Kleintheater Luzern zu (Ziffer II) und ist damit einverstanden, dass der Stadtrat diesen Vertrag unterzeichnet (Ziffer III).

**Mirjam Fries:** Im September 2014 hat der Grosse Stadtrat von der Kultur-Agenda zustimmend Kenntnis genommen. Im September 2015 hat er als Folge davon Ja gesagt zur Erweiterung des Zweckverbandes Grosse Kulturbetriebe. Neu werden auch das Lucerne Festival und das Verkehrshaus via Zweckverband gemeinsam mit dem Kanton finanziert.

Der vorliegende B+A ist eine weitere Folge der Kultur-Agenda. Die CVP-Fraktion hat Ja gesagt zur Kultur-Agenda und sagt konsequenterweise auch Ja zu den Subventionsverträgen mit dem Verein Südpol und mit dem Kleintheater. Der Vertrag mit dem Kleintheater ist un-

umstritten. Das Kleintheater hat eine lange Tradition und geniesst in der Bevölkerung grosse Sympathien. Was den Südpol betrifft, so hofft die CVP-Fraktion, dass er mit dem höheren Budget nun wirklich zum Fliegen kommt. Neben den höheren Beiträgen der Stadt sollte auch der Bau der Musikhochschule neue Impulse geben. Der Standort wird mit dem Veloweg, der auf dem Trasse der Zentralbahn entsteht, und generell durch die Entwicklung, die in Luzern Süd geplant ist, aufgewertet. Die Chance müsste jetzt gepackt werden. Im Gegensatz zur G/JG-Fraktion – deren Ansicht wird der Grosse Stadtrat ja noch zu hören bekommen – ist die CVP-Fraktion auch damit einverstanden, dass der Südpol rund 300'000 Franken zweckgebunden für Produktionen der freien Szene erhalten soll. So profitiert die freie Szene indirekt, und der Standort Südpol wird gestärkt.

Trotzdem ist die CVP-Fraktion nicht nur glücklich mit dem B+A. Wenn man ihn als Ganzes anschaut, sieht man, dass die Kultur in einer aktuell schwierigen finanziellen Situation der Stadt vom Spardruck verschont bleibt. Auch beim Sport werden die Beiträge erhöht, aber da geschieht es vor allem wegen steigender Sicherheitskosten.

Der B+A basiert zwar auf der Kultur-Agenda, welche mit dem Kanton abgestimmt ist. Trotzdem wäre es sicher nicht falsch gewesen, wenn man den Versuch unternommen hätte, ein bisschen zu sparen. Auch die Tatsache, dass gewisse Sparmassnahmen aus dem Sparpaket 2011 durch den Stadtrat wieder rückgängig gemacht wurden, weckt ein leicht unguutes Gefühl.

Finanziert werden die Institutionen nicht nur über die Beiträge aus der Laufenden Rechnung, dem Fonds Kultur und Sport und allenfalls dem FUKA-Fonds. Sie profitieren auch in unterschiedlicher Weise von der Infrastruktur der Stadt. Da wäre es allenfalls interessant, einmal eine Gesamtsicht zu haben, was sie eigentlich an öffentlichen Geldern erhalten.

Noch ein Wort zu den Leistungsvereinbarungen: Die Definition der Ziele mittels Balanced Scorecard findet die CVP-Fraktion sinnvoll, auch wenn die Ziele im Bereich Kultur teilweise nicht so einfach zu definieren sind, besonders was die qualitativen Ziele betrifft. In den aktuellen Leistungsvereinbarungen hat man eine Art Minimum-Ziele definiert. Das scheint der CVP-Fraktion nicht sehr ambitiös zu sein. Aber es gilt jetzt einmal, gewisse Erfahrungen zu sammeln und allenfalls die Ziele später wieder anzupassen.

Trotz gewisser Kritikpunkte steht die CVP-Fraktion zur Kultur-Agenda und zu diesem B+A. Sie tritt auf das Geschäft ein und wird den Subventionsverträgen zustimmen.

**Marcel Lingg:** In diesem B+A stimmt der Grosse Stadtrat formell über zwei verschiedene Anträge separat ab, einerseits über den Subventionsvertrag mit dem Kleintheater, andererseits über jenen mit dem Südpol. Der Grosse Stadtrat kann sich theoretisch auch noch zu anderen Subventionsverträgen, die in der Kompetenz des Stadtrates liegen, äussern, wenn auch nur mit Protokollbemerkungen. Der Sprechende erwähnt das bewusst, denn die SVP-Fraktion hat ganz spezielle Ansichten zum einen wie auch zum anderen Subventionsvertrag. Sie unterstützt vorbehaltlos die Weiterführung des Subventionsvertrags mit dem Kleintheater. Die Vertreter des Kleintheaters waren auch in der Bildungskommission, und aus Sicht der SVP-Fraktion gibt es keinen Grund, dem Kleintheater irgendwie einen anderen Vertrag aufzudrängen oder ihm sogar mit Kürzungen das Leben schwer zu machen.

Mehr Mühe hat die SVP-Fraktion mit dem Subventionsvertrag zum Südpol. In Kapitel 4.2 wird das neue Bewertungssystem Balanced Scorecard beschrieben. Diese Bewertung geht in die Richtung, welche die Fraktion möchte und auch immer schon verlangte. Wenn die SVP-Frak-

tion beurteilt, wie weit und wie lange eine Subvention für eine Organisation sinnvoll ist, dann macht sie sich auch Gedanken darüber, was für eine Wertschöpfung diese Institution einerseits für die Wirtschaft und somit letztlich auch für das Steuersubstrat einer Gemeinde bringt, und was sie andererseits für das allgemeine, für das grössere Publikum bringt. Wenn die Fraktion diese Berechnungen macht, kommt sie zum Schluss, dass es im Moment nicht zeitgemäss ist, dem Südpol jetzt eine solche zusätzliche Finanzspritze zu gewähren. Dazu kommt, dass sich die Stadt Luzern zurzeit sowieso in einer finanziell schwierigen Situation befindet. Man musste ein Sparprogramm umsetzen, gegen das Budget wurde das Referendum ergriffen, man weiss also nicht genau, wie die Stadt finanziell dasteht. Es ist falsch, in dieser Situation bei der Kultur quasi beide Augen zuzudrücken und noch zusätzliche Gelder zu sprechen. Für die SVP-Fraktion ist auch nicht akzeptabel, dass der Kanton die Stadt quasi zwingt, weiterhin die entsprechenden Mittel in die Kultur einfliessen zu lassen. So wurde es ja bei der Behandlung der Kultur-Agenda 2020 begründet. Deshalb stellt die SVP-Fraktion wie bereits in der Bildungskommission einen **Rückweisungsantrag**, und zwar in dem Sinn, dass man ausschliesslich den Subventionsvertrag mit dem Südpol neu verhandelt und dann dem Parlament noch einmal vorlegt. Man könnte also auch von einer Teilrückweisung sprechen. Natürlich wäre auch der Weg, den die FDP-Fraktion eingeschlagen hat, ein gangbarer Weg: auf den B+A einzutreten und dann in der Schlussabstimmung den Vertrag mit dem Südpol abzulehnen. Der Sprechende weiss nicht, was eine solche Ablehnung eines Vertrags letztlich für Konsequenzen hätte. Sie würde rein formell effektiv bedeuten, dass es gar keinen Vertrag mehr gibt und keine Neuverhandlung. Aus diesem formellen Grund bleibt die SVP-Fraktion bei ihrem Rückweisungsantrag, mit dem klaren Auftrag, ausschliesslich den Vertrag mit dem Südpol neu zu verhandeln.

**Martina Akermann** dankt im Namen der SP/JUSO-Fraktion dem Stadtrat und der Abteilung Kultur und Sport für die Ausarbeitung des sehr umfassenden Berichts und Antrags. Die SP/JUSO-Fraktion findet den Grundgedanken richtig und wichtig, den Südpol und das Kleintheater, aber auch die anderen Kultur- und Sportinstitutionen und -vereine mit mehrjährigen Subventionsverträgen zu stützen, womit auch ein Stück Planungssicherheit geschaffen wird, und die Institutionen, wo es dann nötig ist, mit Beitragsanpassungen zu stärken. Die Fraktion steht nach wie vor hinter den Beschlüssen der Kultur-Agenda. Die beiden Anträge des Berichts und Antrags waren ja damals schon eingeplant.

Dass jetzt gerade die Beitragserhöhung für den Südpol so zu reden gibt, überrascht die Fraktion wenig. Das hat sich bei der Kultur-Agenda schon angebahnt. Die einen wollen möglichst wenig in diejenige Kultur investieren, die man früher als alternativ bezeichnete, und begründen das mit dem scheinheiligen Deckmäntelchen, auch die Kultur müsse ihren Sparbeitrag leisten, ohne dass sie aber bei den Grossen und vor allem Kommerziellen anfangen. Die andern trauern vielleicht den alten, möglichst selbstverwalteten Boa-Zeiten nach und möchten das Rad der Zeit auch für den Südpol zurückdrehen. Die SP/JUSO-Fraktion trauert der alten Boa ebenfalls nach, aber für sie ist auch klar, dass der Südpol – leider – kein Ersatz der Boa ist, dass er aber ein neues, überraschendes und zeitgemässes Potenzial entwickelt hat, und das, obwohl er bisher finanziell völlig unterdotiert war und deshalb vor allem am Anfang Schwierigkeiten hatte, sich zu etablieren. Er hat sich aber trotz dieser Schwierigkeiten einen sehr guten Ruf in der Szene erarbeitet, und das Publikum reist mittlerweile von weit her an. Inzwischen produzieren sogar ehemalige Boa-Aktivistinnen Performances im Südpol, und Musikerin-

nen und Musiker, die damals in der Boa auftraten, wie Sophie Hunger und Howe Gelb, treten jetzt auch im Südpol auf. Der Südpol, so kann man konstatieren, ist endlich im Luzerner Kulturleben angekommen, und die SP/JUSO-Fraktion möchte ihm mit diesen Beitragserhöhungen Gelegenheit geben, endlich richtig durchzustarten. Die vorgeschlagenen Massnahmen kann die Fraktion nur unterstützen: Mit den beantragten Geldern für die Produktionsförderung, den 250'000 Franken, sollen ja verstärkt vor allem junge, professionelle Kulturschaffende beim Aufbau ihrer Karriere in der – wie man sagen könnte – „freien Laufbahn“ unterstützt werden. Aber auch sogenannte „alte Hasen“ können ihr Know-how auffrischen, wenn sie das nötig haben, und nach Bedarf auf das breite Netzwerk zurückgreifen. Der Südpol entwickelt sich damit zu einem Förder- und Kompetenzzentrum vor allem für die junge freie Szene. Die SP/JUSO-Fraktion sieht darin ein grosses Potenzial für die Zukunft, auch ein Wagnis, das sie sicher kritisch mitverfolgen wird, aber vor allem die Chance, das lokale Kulturschaffen in den „Performing Arts“ auf einem guten Niveau zu halten, jungen Talenten den Einstieg zu ermöglichen, über die Region hinaus zu wachsen und sich zu vernetzen, und schliesslich auch die Innovation zu fördern.

Abgesehen davon denkt die Fraktion jetzt auch schon daran, dass der Südpol im künftigen Theaterwerk TWL/NTI eine wichtige Rolle spielen wird und dort noch mehr zum Kulturhaus der sogenannten freien Theaterszene werden soll. Das rechtfertigt für die Fraktion zusätzlich die Beitragserhöhung für den Betrieb.

Mit diesen Beitragserhöhungen wird der Südpol hoffentlich endlich dem gerecht, zu dem die Stimmbevölkerung ursprünglich auch zugestimmt hat, nämlich zu einem innovativen, belebten Kulturhaus und nicht zu einem netten Cateringlokal für Firmenanlässe.

Auch hinter der kleinen, aber sehr wichtigen Beitragserhöhung für das Kleintheater steht die SP/JUSO-Fraktion voll und ganz. Es ist wahrscheinlich eines der untersubventioniertesten Kleinkunsthäuser der Schweiz, und wenn man bedenkt, was für ein Renommee das Kleintheater hat, dann ist es gewaltig, was das Haus mit diesen wenigen Geldern überhaupt leistet. An seinem Beispiel zeigt sich aber auch, dass im Raum Luzern ein guter Ruf, eine bekannte Gründerpersönlichkeit wie Emil und ein breit ansprechendes Programm mit grosser Ausstrahlung nicht dazu führen, dass Sponsorengelder einfach so fliessen, sondern dass das in Luzern ein sehr harziges Geschäft ist.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

**András Özvegyi:** Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den B+A und der Abteilung Kultur für die geleistete Arbeit. Im September 2014 hat der Grosse Stadtrat mit der Zustimmung zur Kultur-Agenda 2020 die Richtung vorgegeben. Ein Bestandteil davon waren die Abmachungen mit dem Kanton, in welchen die Stadt um 1 Mio. Franken entlastet wurde. Im Gegenzug, so war die Abmachung, muss die Stadt die freie Szene allein unterstützen und fördern. In diesem Segment findet die Hälfte aller kulturellen Veranstaltungen der Stadt Luzern statt. Es ist eigentlich der Nährboden unserer Kulturlandschaft.

Bei diesem B+A geht es jetzt darum, die Subventionsverträge, die ausgelaufen sind, wieder neu zu regeln. Das Spezielle daran ist, dass sie nur für drei Jahre gelten, weil dann mit dem neuen Rechnungsmodell HRM2 die Kompetenzen des Stadtrates in diesem Bereich geändert werden sollen. Der Grosse Stadtrat wird dann also wieder über diese Subventionsbeiträge diskutieren.

Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Mittel für das Kleintheater und insbesondere auch für den Südpol absolut gerechtfertigt sind. Nur der Südpol scheint ja jetzt ein Thema zu sein. Der Südpol ist ein wesentlicher Bestandteil des sogenannten Kulturkompromisses. Zudem hängt er, wie Martina Akermann sagte, ideell und inhaltlich mit der neuen Theaterinfrastruktur zusammen, denn er ist heute schon in der Zentralschweiz das grösste und wichtigste Produktionszentrum der freien Theaterszene. Man kann also nicht nur das eine stärken und das andere schwächen. Aus diesem Grund ist die GLP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung. Der Sprechende will gleich noch auf ein paar Argumente der SVP-Fraktion eingehen. Man hört nur immer, es seien höhere Subventionen, aber dabei wird ausgeblendet, dass die Kultur in den letzten Jahren sehr viel gespart hat. Bei den Beiträgen für die freie Szene wurde schon gespart, denn gemäss der Abmachung zwischen Stadt und Kanton, welche der Sprechende erwähnt hat, erhält die Stadt vom Kanton zwar 1 Mio. Franken mehr, aber sie verteilt das nicht alles an die Kultur, sondern 200'000 Franken weniger. Da ergab sich also bereits ein Spareffekt.

Ein weiterer Punkt ist die Bibliothek Ruopigen, die 2013/2014 Bestandteil eines Sparpakets war. Da gab es dann aber einen Aufschrei, woraufhin sich das Parlament, genau die Leute, die jetzt zulasten der Kultur sparen wollen, wieder von dieser Sparmassnahme zurückgezogen hat, sodass die Bibliothek weiterfinanziert wurde. Das Spezielle daran ist, dass die 150'000 Franken, die für die Bibliothek aufgewendet werden, zulasten der Kultur gehen. Das ist also ein Sparbeitrag, den man der Kultur weggenommen hat. Das darf man einfach nicht vergessen. Der Sprechende bittet die SVP-Fraktion, die technischen Zahlen, die Eintritte, die Benutzung usw. überall gleich konsequent anzuschauen und nicht nur bei denjenigen Institutionen, zu welchen sie selber den Zugang nicht so findet. Als Beispiel könnte man neben der Bibliothek Ruopigen auf nationaler Ebene vielleicht die Subventionen für den Bauernstand anschauen; der Sprechende weiss nicht, ob die SVP da auch so scharf hinsieht.

Er will noch auf einen dritten Punkt hinweisen. Wenn der Grosse Stadtrat jetzt einfach nicht auf den B+A eintritt oder ihm nicht zustimmt, kündigt er eine Abmachung mit dem Kanton auf. Dann ist aus Sicht des Sprechenden das Schlamassel perfekt, denn der Kanton muss ja auch sparen und würde vielleicht im Gegenzug seinen Verpflichtungen im Kulturbereich auch nicht mehr ganz nachkommen. Wie würde es als Folge davon um die Kultur in der Stadt Luzern stehen? Das würde dem Ruf der Stadt Luzern schaden, es würde auch der Wirtschaft schaden, und der grosse Verwaltungsaufwand für diese Verhandlungen wäre für die Katz gewesen, man müsste zurück auf Feld 1. Das wäre aus Sicht des Sprechenden pure Verwaltungsbeschäftigung, ausgelöst durch ein Nicht-Eintreten der SVP-Fraktion.

Dies gesagt, ist die GLP-Fraktion unbedingt für Eintreten und Zustimmung.

**Christian Hochstrasser:** „Wer Luzern sagt, denkt an Kultur.“ Das ist eine Aussage von Regierungsrat Reto Wyss, die er anlässlich der Kultur-Agenda 2020 machte und die von der G/JG-Fraktion in diesem Saal bei der Beratung der Kultur-Agenda aufgenommen wurde. Kultur hat für die G/JG-Fraktion einen sehr hohen Stellenwert. Bei der Frage, welche Kultur wie gefördert werden soll, kann es natürlich Diskussionen geben. Der Sprechende ist aber schon erstaunt, dass es seinen Vorrednerinnen und Vorrednern mit einer Ausnahme mindestens gleichberechtigt zur Kultur ums Geld ging. Die FDP-Fraktion hat gefordert, man solle im Südpol mehr kommerzielle Anlässe durchführen, die Gewinn abwerfen. Die CVP-Fraktion hat

bemängelt, die Vorlage enthalte zu wenig Sparmassnahmen und der Spardruck komme nicht zum Ausdruck. Die SVP-Fraktion sagt, es sei finanziell schwierig, und die GLP-Fraktion hat aufgezählt, wo man überall bei der Kultur schon gespart hat. Aber eigentlich, so will der Sprechende betonen, ginge es ja um Kultur.

Die Stossrichtungen, welche mit der Kultur-Agenda definiert wurden, unterstützt die G/JG-Fraktion aus Überzeugung, gemeinsam übrigens mit dem Kanton und mit der Mehrheit dieses Parlaments, welche die Kultur-Agenda zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Kernpunkte aus der Kultur-Agenda sind – der Sprechende zitiert:

- „Die freien Szenen brauchen mehr und bessere Förderung. Darum soll die Entlastung durch den Kanton Luzern vor allem auch gezielt eingesetzt werden, um die Förderung der freien Szenen zu stärken.“
- „Die Stadt entwickelt den Kulturstandort weiter und investiert in den dynamisch verstandenen Kulturkompromiss“ (etablierte versus alternative Kultur).

Beim Vertrag mit dem Südpol kommen nun zwei Komponenten zusammen: einerseits der Beitrag zur Deckung des strukturellen Defizits, der dazu führen soll, dass der Südpol als Haus, als Kulturstätte funktionieren kann, und andererseits der Produktionsbeitrag für die Förderung der freien Szene.

Beim Ersten geht es um die Infrastruktur, um betriebliche Abläufe. Für die G/JG-Fraktion ist unbestritten und klar, dass der Südpol als Kulturort gestärkt werden soll, damit er bestehen kann und weiterhin erfolgreich – der Sprechende betont: weiterhin erfolgreich – für Publikum und Kulturschaffende ein spannendes, hochwertiges und manchmal auch kontroverses Programm anbieten kann. Das ist für das Selbstverständnis von Luzern als Kulturstadt essenziell.

Als Zweites geht es aber um 250'000 Franken, welche gemäss der Kultur-Agenda und der Abmachung mit dem Kanton konkret zur Förderung der freien Szene verwendet werden sollen. Die freie Szene von Theater- und Tanzschaffenden kann so definiert werden, dass diese professionell und auf hohem Niveau arbeiten, aber explizit nicht an eine Produktionsstätte gebunden sind, also frei sind.

Mit diesem Geld sollen aufgrund der Analyse in der Kultur-Agenda also Produktionen der freien Szene unterstützt werden, weil das bis jetzt zu wenig passierte. Das ergibt sich aus der Kultur-Agenda.

Für die G/JG-Fraktion stellen sich hier ein paar Fragen, welche sie vor gut anderthalb Jahren schon bei der Behandlung der Kultur-Agenda angebracht hat. Der Sprechende zitiert aus dem damaligen Eintretensvotum der G/JG-Fraktion:

„Können wir damit (gemeint ist die Subvention an den Südpol) die freie Szene direkt stärken, oder stärken wir einfach die Institution Südpol? Wäre es keine Alternative, mit den zusätzlichen Mitteln für den Südpol Kunst- und Kulturschaffende und Veranstalter aus Luzern direkt zu unterstützen? Sollte nicht jeder selber entscheiden können, wo er oder sie seine Konzerte vorträgt, seine Theater aufführen will? Das kann er oder sie im Südpol machen, muss es aber nicht.“

Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es schwierig, wenn die Institution Südpol, die sich inzwischen stark so ausrichtet, dass sie ein Haus mit Intendanz ist, also mit kuratierender programmatischer Leitung, auswählt und bestimmt, welche Produktion gefördert werden kann und welche nicht. Die Stadt lagert mit diesem Vorgehen die Aufgabe der Förderung der freien Szene an eine Produktionsstätte aus. Die freie Szene soll also über eine Stätte gefördert werden.

Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist das ein Widerspruch. Es geht ja beim einen um das Haus und beim anderen um die Produktionen.

Für die Fraktion stellt sich also die Frage, wie man die Gelder für die freie Szene, diese 250'000 Franken, möglichst effizient und effektiv einsetzen kann, das heisst, wie am Schluss für das Geld am meisten Kultur herauskommt. Das wurde offenbar nie ernsthaft diskutiert, denn eine Alternative zum vorliegenden Modell gab es nicht. Darum stellt die G/JG-Fraktion einen **Rückweisungsantrag zur Überarbeitung**. Die Überarbeitung muss beinhalten, dass die beantragten 250'000 Franken für Produktionsförderung statt vom Südpol direkt von der Stadt an die Produktionen der freien Szene vergeben werden. Den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion lehnt die G/JG-Fraktion ab. Die SVP-Fraktion fordert ja, wenn der Sprechende es richtig verstanden hat, dass im Vergleich zu 2015 keine Erhöhung des Beitrags vorgesehen wird. Da ist die G/JG-Fraktion anderer Meinung, denn die 150'000 Franken für die strukturellen, betrieblichen Aspekte sind für sie unbestritten.

Die G/JG-Fraktion stellt sich vor, dass zur Umsetzung ihres Rückweisungsantrags die Mittel allenfalls über den FUKA-Fonds laufen könnten. Dort gibt es heute schon Beiträge für ähnliche Produktionen. Das bedeutet, dass dort auch die Kompetenz und ebenfalls eine gewisse Unabhängigkeit vorhanden sind. Wie es optimal umgesetzt werden könnte, müsste die Stadtverwaltung sicher prüfen. Wichtig ist der G/JG-Fraktion einfach, dass diese 250'000 Franken gemäss Kultur-Agenda für die freie Szene eingesetzt werden.

Zum Schluss betont der Sprechende nochmals, dass diese kritische Grundhaltung zum vorliegenden Subventionsvertrag nichts mit dem Südpol als einem wichtigen und nicht mehr aus Luzern wegzudenkenden Kulturort zu tun hat, sondern allein mit der Frage, wie man diese 250'000 Franken für die freie Szene möglichst gut einsetzen kann.

**Noëlle Bucher** vertritt innerhalb der G/JG-Fraktion eine abweichende Meinung. Als sie sich im Herbst 2014 hier im Rat zur Kultur-Agenda 2020 äusserte, hat sie die Stossrichtung der zukünftigen städtischen Kulturpolitik unterstützt. Das tut sie auch heute noch.

Mit der Kultur-Agenda wurde aufgezeigt, wie sich die Kultur in der Stadt Luzern in den nächsten Jahren weiterentwickeln soll. Damals und auch heute ist das Wichtigste das Bekenntnis der Stadt zur freien Kulturszene, ganz im Sinne des Kulturkompromisses.

Wie Christian Hochstrasser schon sagte, hat sich die G/JG-Fraktion bereits bei der Beratung der Kultur-Agenda die Frage gestellt, ob der richtige Weg eingeschlagen wird, indem man dem Südpol so viel mehr Gelder zuspricht. Die Sprechende ist der Meinung, dass der Weg, den der Stadtrat mit dem vorliegenden B+A präsentiert, eingeschlagen werden soll. Der Grosse Stadtrat soll heute dem Südpol sein Vertrauen aussprechen und den Subventionsverträgen zustimmen. Die Sprechende traut dem Südpol zu, dass über ihn die freie Kulturszene optimal gefördert werden kann. Er hat jetzt drei Jahre Zeit, sich zu beweisen und die Gelder, die heute gesprochen werden sollen, optimal produktionsgebunden zugunsten der freien Szene einzusetzen. Die Arbeit des Südpols wird, unter anderem auch unterstützt durch das Modell der Balanced Scorecard, evaluiert, der Südpol muss Bericht erstatten und es ist auch ein Controlling vorgesehen. Das Parlament hat die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen, sollte es sehen, dass der Südpol seine Leistungen nicht wie vereinbart erbringt. Die Sprechende wird sich dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Mittel vom Südpol produktionsbezogen verwendet werden und dass sich die freie Szene im Südpol optimal entfalten kann. Übrigens ist die Sprechende auch der Meinung, dass nichts dagegen spricht, weitere Subventionsverträge mit an-

deren Produktionsstätten als dem Südpol zu prüfen, Produktionsstätten, wo heute schon die freie Theaterszene, z. B. das Voralpentheater, gefördert werden kann. Die Sprechende wird auf den B+A eintreten und beide Rückweisungsanträge ablehnen.

**András Özvegyi** reagiert auf den Rückweisungsantrag der G/JG-Fraktion. Christian Hochstrasser hat in den letzten Sätzen gesagt, die G/JG-Fraktion würde es offenlassen, wie man das umsetzen soll. Das zeigt eben gerade die Unsicherheit, die in diesem Antrag liegt. Der Sprechende fragt Christian Hochstrasser: Wenn man dem Rückweisungsantrag jetzt stattgeben würde, wie soll denn das laufen? Wer verteilt dann dieses Geld, nach welchen Kriterien wird es verteilt und an wen? Auch dann wird es Leute geben, die nicht zufrieden sind, nämlich diejenigen, die das Geld nicht erhalten. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass eine solche Änderung gut vorbereitet sein müsste. Man könnte sie ja auch mit einem Vorstoss behutsam herbeiführen. Der Sprechende hält es für eine Zwängerei, das jetzt so kurzfristig einfach mit einer Ablehnung zu klären. Denn bis es geklärt ist und alle zufrieden sind, vergehen ein oder zwei Jahre. Dann sind diese Subventionsverträge schon bald wieder zur Überarbeitung fällig. Das wäre dann der richtige Weg.

Wenn der Rückweisungsantrag durchkommen würde, hätte die freie Szene, bis geklärt ist, was passiert, im Moment auch kein Geld. Wie alle wissen, ist die Kulturszene jetzt schon wegen des Budgetreferendums in einem Zwischenzustand, wo sie sich Kredit beschaffen muss. Der Rückweisungsantrag ist also ein Schuss hinten hinaus, und deshalb wird die GLP-Fraktion ihn ablehnen.

**Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst:** Die Situation ist in dem Sinn ein bisschen aussergewöhnlich, dass der Stadtrat, wie man dem B+A entnehmen kann, in Verzug ist, da die Subventionsverträge ausgelaufen sind. Da könnte man mit dem Stadtrat schimpfen, dass er sie nicht schon früher erneuert hat. Der Stadtrat hat sie jetzt erneuert, und zwar bewusst nur bis Ende 2018, weil sich ab 2019 mit der Einführung des harmonisierten Rechnungsmodells wirklich eine neue Situation ergibt. Ob dann der Stadtrat noch weiterhin in den Bereichen entscheiden kann, in welchen er es heute tut, und wie es mit diesen Verträgen weitergeht, weiss die Sprechende noch nicht genau. Jetzt geht es darum, eine Lücke zu schliessen; das steht im Moment im Zentrum. Es geht um zwei Subventionsverträge. In Bezug auf das Kleintheater sind, wie es die Sprechende wahrgenommen hat, alle gleicher Meinung. Unterschiedliche Meinungen und kritische Bemerkungen gibt es zum Südpol, aber aus unterschiedlichen Haltungen heraus. Den einen geht es darum, dass man die Gelder für die freie Szene nicht auch noch dem Südpol gibt, die anderen stehen dem Südpol grundsätzlich eher kritisch gegenüber. Bei der grundsätzlichen Kritik geht es darum, wie das Kulturzentrum Südpol funktionieren und wie stark es selber dafür sorgen soll, dass es finanziell auf besseren Füßen steht. Die Sprechende betont immer wieder, dass Kultur und Kunst etwas kosten. Würde man die Rechnung des KKL mit jener des Südpols vergleichen, so käme man wahrscheinlich zum Schluss, dass das KKL genauso wenig für die öffentliche Hand rentiert. Auch das Luzerner Theater rentiert nicht. Der Kostendeckungsgrad beim Südpol ist immerhin etwa doppelt so hoch wie derjenige des Luzerner Theaters. Das soll keine Kritik am Luzerner Theater sein, denn dieses hat auch ganz andere Herausforderungen. Die Sprechende will mit diesen Aussagen nur belegen, dass Kultur und Kunst kosten. Soll man dem Südpol nun vorschreiben, er müsse mehr Veranstaltungen bieten, die Geld einbringen? Der Südpol macht das schon, für den Ge-

schmack der Sprechenden manchmal schon fast zu viel. Ein öffentlich subventioniertes Unternehmen sollte nicht eine Konkurrenz zu anderen Partyveranstaltern werden, die auf eigenen Beinen stehen. Für die Sprechende ist der Südpol zusammen mit der Musikschule ein unerhört spannendes Projekt. Jetzt kommt dann noch die Hochschule Musik dazu. Den Grundsatz der FDP-Fraktion teilt der Stadtrat nicht, er möchte dort das strukturelle Defizit wirklich auffüllen. Von der G/JG-Fraktion wird kritisiert, dass die 250'000 Franken an den Südpol gehen. Der Kanton Luzern hat die Stadt im Rahmen der Kultur-Agenda um 1 Mio. Franken entlastet. Der Kanton gibt in der regionalen Kulturförderung nicht mehr für einzelne Produktionen etwas, sondern nur noch den Spitzen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates können ihre Parteikolleginnen und -kollegen im Kantonsrat einmal dazu bewegen, nachzufragen, wie viel Geld zur Verfügung steht, um die Spitzen zu fördern und zu finanzieren. Daneben gibt es die Ebene der Region, die Regionalkonferenz Kultur. Bei der Kultur-Agenda hat der Stadtrat gesagt, es wäre wichtig, einen Teil dem Südpol zu geben. Die Sprechende hat damals aber auch versichert, dass der Grosse Stadtrat darüber entscheiden kann, denn die FDP-Fraktion reklamierte schon damals. Die Sprechende persönlich macht keine so scharfe Trennung zwischen der Institution Südpol und dem, was dort kulturell stattfindet. Das hat doch irgendwie miteinander zu tun. Man stellt dem Südpol ja nicht einfach eine Infrastruktur zur Verfügung, die er dann irgendwie betreiben kann, sondern man erwartet von ihm, dass er dort die freie Szene – und da meint die Sprechende jetzt insbesondere das professionelle freie Theater – unterstützt. Natürlich kann der Grosse Stadtrat es ablehnen, dass diese 250'000 Franken an den Südpol gehen. Aber wenn er das ablehnt, dann wäre die Sprechende sehr froh, wenn sie einen möglichst klaren Auftrag erhält. Man könnte eine Kommission verlangen, welche über diese 250'000 Franken bestimmt. Die Sprechende weiss, dass ACT, der Berufsverband der freien Theaterschaffenden, nicht unbedingt scharf darauf ist, dieses Geld selber verteilen zu müssen. Der Stadtrat war der Ansicht, dass diese Aufgabe beim Südpol, wenn man ihn als Ganzes anschaut, gut Platz haben würde.

Die Beiträge für den Südpol wurden erhöht. Die Sprechende respektiert, dass ein paar Parlamentarierinnen und Parlamentarier das überhaupt nicht wollen; das ist ihr Recht. Der Stadtrat war aber der Ansicht, dass er 100'000 Franken für eine jährliche Einlage in den Erneuerungsfonds geben will, wenn es dem Ziel der ausgeglichenen Betriebsrechnung nicht zuwiderläuft. 255'300 Franken sind für lokale und nationale Produktionen und Co-Produktionen, und 50'000 Franken für den Bereich Personal bei Produktionen und Co-Produktionen. Ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen kann die Sprechende berichten, dass sich die Bildungskommission erkundigt hat, was die Leute im Südpol verdienen. Die Saläre bewegen sich im Rahmen des Lohns einer gut ausgebildeten Assistentin oder eines Assistenten einer Direktion in der Stadtverwaltung.

Martina Akermann hat aufgezeigt, um was es im Südpol geht: Es ist ein Gesamtpaket. Die Sprechende denkt, man muss zum Betrieb aber auch etwas zum Leben dazugeben; das ist der Sinn der Erhöhung des Beitrags. Es wäre sehr schade, wenn man den Beitrag prinzipiell nicht erhöhen wollte. Die Sprechende ist froh, wenn der Grosse Stadtrat heute diese Subventionsverträge ausmehren könnte. Beim Kleintheater ist es klar. Wenn man das aber näher anschaut, ist es genau das Gleiche: Es ist ein Betrieb, der auch entscheidet, wo er investiert; er hat einzelne Produktionen, die er fördern will, und daneben auch Veranstaltungen, die bereits etabliert sind. So ergibt sich ein guter Mix.

Wenn eine Mehrheit des Grossen Stadtrates den Beitrag an den Südpol ablehnt, wäre die Sprechende froh, es würde möglichst bald ein dringlicher Vorstoss eingereicht, damit der Stadtrat weiss, was er wirklich machen muss. Aber es geht ja jetzt nur um drei Jahre, und nachher wird das System sowieso völlig neu sein. Die Sprechende appelliert an die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dem Südpol diese Chance zu geben und den Subventionsverträgen mit den Leistungsvereinbarungen zuzustimmen.

**Stefan Sägesser** will sich nur kurz äussern, wobei er sich der doch recht speziellen Situation bewusst ist, dass er jetzt für die Stadt spricht und vor allem für die Kultur der Stadt, und nicht vonseiten des Kantons. Es geht ihm um zwei, drei Punkte, die ihm ein wesentliches Anliegen sind. Der Grosse Stadtrat hat 2014 nicht nur der Kultur-Agenda 2020 zugestimmt, sondern auch dem Budget, in welchem für den Südpol im Jahr 2015 1 Mio. Franken vorgesehen waren, notabene ohne Einschränkungen. Die G/JG-Fraktion will jetzt die freie Szene und den Südpol inhaltlich auseinanderdividieren. Das geht nach Ansicht des Sprechenden nicht, denn der Südpol hat eine Leistungsvereinbarung, die das lokale und regionale Schaffen bevorzugt, nämlich mit einem Betrag von 250'000 Franken für die Performing Arts. Das ist ein deutlicher Mehrwert. Das hatte die freie Szene bis jetzt nicht, sie wird nämlich im gleichen Umfang wie bis anhin gestützt. Als ehemaliger Leiter eines Theaters kann der Sprechende deutlich festhalten, dass kein Haus auf dieser Welt sich von der Politik vorschreiben lässt, was bis ins Detail der Inhalt sein muss. Jedes Haus wird intendantisch arbeiten; das Kleintheater macht es so, das Luzerner Theater macht es so, das KKL macht es so, der Südpol macht es so. Und das gibt dem Südpol auch das Profil. Der Sprechende findet es toll, dass sich Christian Hochstrasser mit den Worten von Regierungsrat Wyss schmückt und auf die Kultur stolz ist, aber dann muss man auch die Vergleichszahlen anschauen und feststellen, dass vergleichbare Häuser in der Schweiz zwei- bis dreimal so viel kosten. Man muss sich bewusst sein, in welchem Rang der Südpol mit seinen Mitteln national mitspielen muss. Es mag sein, dass nicht alle in der freien Szene es gleich gern haben, dass der Südpol auswählt, wer dort auftritt und wer nicht. Aber das hat er bis anhin so gemacht und wird es weiterhin machen. Der Punkt ist jedoch der, dass diejenigen, die dort auftreten, deutlich bessere Bedingungen haben und sich auch national damit Präsenz verschaffen können. Das ist ein grosser Vorteil. Die Verknüpfung, die jetzt in der Leistungsvereinbarung gemacht wird, ist für die freie Szene keine Verschlechterung, sondern im Gegenteil insgesamt eine Verbesserung.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Es liegen zwei Anträge auf Nicht-Eintreten vor: Die SVP-Fraktion beantragt Rückweisung zur Neuaushandlung, und zwar ohne zusätzliche Beiträge; die G/JG-Fraktion will mit ihrem Rückweisungsantrag, dass die 250'000 Franken direkt an Produktionen der freien Szene gehen.

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg:** Der Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wurde in der Bildungskommission mit 2 : 5 : 2 Stimmen abgelehnt. Der erwähnte Antrag der G/JG-Fraktion, die Gelder der freien Szene zur Verfügung zu stellen, wurde in der Bildungskommission nicht explizit gestellt. Über diesen Punkt wurde lediglich diskutiert.

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:** Wie Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst vorhin sagte, wäre es gut, der Stadtrat wüsste, falls der Grosse Stadtrat nicht auf den B+A eintritt, in welche Richtung er dann verhandeln müsste. Aus diesem Grund wird die Sprechende die beiden Rückweisungsanträge in einer ersten Abstimmung einander gegenüberstellen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag auf Eintreten gegenübergestellt.

**In der Gegenüberstellung des Rückweisungsantrags der SVP-Fraktion (keine zusätzlichen Beiträge an den Südpol) mit dem Rückweisungsantrag der G/JG-Fraktion (250'000 Franken direkt der freien Szene zu sprechen) obsiegt der Rückweisungsantrag der G/JG-Fraktion.**

**In der Gegenüberstellung des Rückweisungsantrags der G/JG-Fraktion mit dem Antrag auf Eintreten obsiegt der Antrag auf Eintreten.**

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 36/2015: „Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen. Verein Südpol Luzern. Stiftung Kleintheater Luzern“ eingetreten.**

DETAIL

Keine Wortmeldung.

*Anhang:* Keine Wortmeldung.

*Seite 32 Antrag*

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Gebrauchsleihe und Subventionsvertrag mit dem Verein Südpol Luzern mit 31 : 15 : 0 Stimmen zu.**
- II. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Subventionsvertrag mit der Stiftung Kleintheater Luzern zu.**
- III. Der Grosse Stadtrat stimmt der Ermächtigung des Stadtrates, die Verträge zu unterzeichnen, zu.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 36 vom 2. Dezember 2015 betreffend

**Kultur und Sport: Subventionsverträge mit Leistungsvereinbarungen**

- **Verein Südpol Luzern**
- **Stiftung Kleintheater Luzern,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 2, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1, Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Dem Gebrauchsleihe- und Subventionsvertrag mit dem Verein Südpol Luzern wird zugestimmt.
- II. Dem Subventionsvertrag, inklusive Erhöhung des Beitrags aus dem Fonds Kultur und Sport, Kulturteil, mit der Stiftung Kleintheater Luzern wird zugestimmt.
- III. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Verträge zu unterzeichnen.
- IV. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

## **7. Bericht und Antrag 37/2015 vom 2. Dezember 2015: Evaluation Frühe Förderung**

EINTRETEN

**Sozialkommissionspräsidentin Theres Vinatzer:** Die Sozialkommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 7. Januar 2016 den B+A 37/2015: „Evaluation Frühe Förderung“ beraten. Mit Zustimmung zum B+A 16/2011 erteilte der Grosse Stadtrat dem Stadtrat den Auftrag zur Umsetzung der fünf Massnahmen im Bereich Frühe Förderung gemäss B+A sowie deren Überprüfung nach vier Jahren. Sowohl beim B+A „Frühe Förderung“ als auch beim vorliegenden B+A „Evaluation Frühe Förderung“ wurden nur die Massnahmen 1–4 behandelt. Die Massnahme 5, „Quartierarbeit in allen Stadtteilen“, gehört zwar ebenfalls zur Strategie Frühe Förderung, wurde aber in einem separaten B+A beantragt, und der Evaluationsbericht wurde Ende 2015 von diesem Rat zur Kenntnis genommen.

Die Evaluation der Massnahmen 1–4 wurde der Hochschule Luzern Soziale Arbeit übertragen und umfasste folgende Themen:

- **Netzwerkbildung und Steuerung**
- **Sprachförderung**
- **Mütter- und Väterberatung mit interkultureller Vermittlung**
- **Hausbesuche durch interkulturelle Vermittlerinnen.**

Der Evaluationsbericht zeigt, dass es gelungen ist, in kurzer Zeit wirksame Massnahmen der Frühen Förderung zu etablieren und eine Vereinfachung und Verbesserung von Abläufen und Übergängen zwischen Institutionen zu fördern. Im Vergleich mit anderen Programmen in vergleichbaren städtischen Kontexten ist es der Stadt Luzern gelungen, ein pragmatisches, kostengünstiges und wirksames Programm auf die Beine zu stellen.

Dies war – das zeigt das Evaluationsergebnis deutlich – nur dank eines ausserordentlichen Engagements der Programmleitung, der Mütter- und Väterberaterinnen, der Spielgruppenleiterinnen sowie der interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittler möglich. Ihnen allen möchte die Sprechende an dieser Stelle im Namen der Sozialkommission ganz herzlich danken!

Die Hochschule Luzern Soziale Arbeit gibt mit ihrem Bericht auch Empfehlungen ab, die vom Stadtrat teilweise bereits aufgenommen wurden. So hat er in die Gesamtplanung 2016–2020 das folgende neue Fünfjahresziel aufgenommen: „Der Zugang für Kinder und Familien mit anderer Muttersprache zu den Massnahmen der Frühen Förderung ist gewährleistet. Die Erreichbarkeit von sozial benachteiligten Eltern und deren Kindern ist merklich erhöht.“

Die Mitglieder der Sozialkommission haben sich zum Evaluationsbericht, den Massnahmen der Frühen Förderung und deren Wirkung grossmehrheitlich positiv geäussert. Insbesondere wurde begrüsst, dass sich mit diesen Massnahmen die Startchancen der Kinder in der Stadt Luzern angleichen, dass sie die Integration der Kinder und ihrer Familien beschleunigen und den Schuleintritt erleichtern. Die Massnahmen werden als Investition in die Zukunft verstanden.

Gewürdigt wurde auch die Vorreiterrolle, welche die Dienststelle Kinder Jugend Familie in diesem Bereich übernommen hatte. So wurde die Frühe Förderung ins kantonale Integrationsprogramm 2014–2017 aufgenommen. Auch haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Städten und Gemeinden bei den Verantwortlichen nach dem Konzept Frühe Förderung und den Erfahrungen damit erkundigt.

Verschiedentlich wurde von den Kommissionsmitgliedern kritisch geäussert, dass das Evaluationszeitfenster zu klein gewesen sei, um aussagekräftige Schlüsse zu ziehen, und dass die Wirkung der Massnahmen erst in einer Langzeitbetrachtung ausgewertet werden könne. Eine kleine Minderheit ist nach wie vor überzeugt, dass die Frühe Förderung zum Scheitern verurteilt und die Kosten eine Verschwendung von öffentlichen Geldern sei.

In der Detailberatung wurden die gestellten Fragen von den anwesenden Fachpersonen kompetent beantwortet.

Die Sozialkommission ist einstimmig auf den B+A eingetreten und hat ihn mit 8 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

**Judith Dörflinger Muff:** Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und allen an dieser intensiven Arbeit Beteiligten für die Erstellung des informativen, interessanten Berichtes zur Evaluation der Projekts „Frühe Förderung“ in der Stadt Luzern. Einmal mehr hat die Abteilung Kinder Jugend Familie mit ihrer kreativen Innovationslust eine Vorreiterrolle im Kanton übernommen. Die Stadt fing nämlich mit der Erarbeitung dieses Projekts schon an, als die Frühe Förderung Einzug in das kantonale Integrationsprogramm 2014–2017 hielt.

Die Zielgruppe aller dieser Massnahmen sind Familien mit Kindern im Vorschulalter, die unter erschwerten Bedingungen leben. Erschwert sind die Bedingungen durch die Tatsache, dass die Eltern sozial isoliert sind, die Umgangssprache nicht oder nicht genügend sprechen oder durch krankheitsbedingte Umstände ihren Kindern die Erlebnisräume, die für ihre Entwicklung so nötig wären, nur in geringem Mass zugänglich machen können.

Die Stärkung der in den Systemen vorhanden Ressourcen, die Vernetzung der Familien in ihrem sozialen Umfeld und die gezielte Förderung der deutschen Sprache stehen im Zentrum des Projekts. Der Ansatz zeigt, dass das Projekt sehr langfristig angelegt ist. Es ist eine Investi-

tion in die Zukunft der nächsten Generation. Wenn es gelingt, die Familien früh mit Unterstützungsmassnahmen zu erreichen, wird sich das in den kommenden Jahren um ein Mehrfaches auszahlen, unter anderem auch mit einer Entlastung im Schulsystem.

Eine Evaluation nach vier Jahren kann also nicht in erster Linie den Anspruch haben, ein konkretes Resultat in Bezug auf gelingende Integration auszuweisen, sondern die Massnahmen zu reflektieren und bei Bedarf anzupassen.

Dass der Fokus bei dieser Evaluation auf die beiden Massnahmen 2 und 4 gelegt wurde, ist verständlich erklärt und erscheint der SP/JUSO-Fraktion richtig.

Der Bericht zeigt wichtige Erkenntnisse auf und macht konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit der Frühen Förderung. Explizit erwähnt ist unter anderem auch der Ausbau der directionsübergreifenden Kooperation, wo bildungs-, sozial- oder beschäftigungspolitisch Lösungen erforderlich sind. Leider bleibt der Stadtrat im Fazit und im Ausblick etwas vage. Er sei sich der Herausforderungen bewusst und werde sie im Rahmen der neuen Fünfjahresziele angehen, heisst es. Es wird interessant sein zu sehen, was das dann konkret bedeutet. Gerne erwarten die Mitglieder der Sozialkommission, über den weiteren Verlauf informiert zu werden.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird den Bericht genehmigen.

**Ali R. Celik:** Der Bericht und Antrag „Evaluation Frühe Förderung“ ist sehr ausführlich, aber gut strukturiert und nachvollziehbar aufgebaut. Es steht viel Arbeit dahinter. Die G/JG-Fraktion bedankt sich bei den Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Die G/JG-Fraktion sieht die Frühe Förderung der Kinder als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Es geht um die Zukunft der Kinder und um Eltern, welche selber nicht über genügend Ressourcen verfügen. Die Einführung der vier Massnahmen für Frühe Förderung ist ein sehr erfreulicher und wichtiger gesellschaftspolitischer Schritt für die künftigen Generationen beziehungsweise für die gesellschaftliche Entwicklung. Der Votant hat von vier Massnahmen gesprochen, weil nur diese im Bericht sind. Zuerst möchte er zwei wichtige Hinweise dazu erläutern:

1. Frühe Förderung der Kinder beziehungsweise der Sprache stärkt die Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft. Kinder lernen in ihren ersten Lebensjahren sehr viel. Es kann negative Auswirkungen auf das ganze Leben haben, wenn in dieser wichtigen Zeit die Entwicklung beeinträchtigt wird, sei es, weil vielleicht ein Kind gesundheitliche Probleme hat oder die Familie es nicht genügend unterstützen kann. Es ist jedoch für die ganze Gesellschaft von Interesse, wenn der Start ins Leben beziehungsweise für die soziale und berufliche Integration möglichst gut gelingt.
2. Wir leben in einem sehr reichen Land. Es gibt aber trotzdem viele benachteiligte Familien, Mütter und Väter, die nicht über genügend Ressourcen und Zeit verfügen, um ihre Aufgaben für die Förderung ihrer Kinder optimal wahrzunehmen. Den Fokus auf Kinder aus sozial benachteiligten Kontexten zu richten, findet die G/JG-Fraktion richtig und sehr wichtig. Die zentrale Frage dabei ist: Inwiefern werden die betroffenen Familien und ihre Kinder durch die vorgesehenen Angebote tatsächlich erreicht und unterstützt?

Jetzt zu den Erkenntnissen aus dem Evaluationsbericht: Die Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht zeigen klar auf, dass die gesetzten Ziele durch die eingeleiteten Massnahmen zur Frühen Förderung der Kinder mehrheitlich erreicht werden konnten, z. B. in den Bereichen

- Vernetzung und Kooperation mit Netzwerkakteuren beziehungsweise Erleichterung im Arbeitsalltag;
- Verbesserung der Sprache der Kinder in der Fördergruppe in den Sprachbereichen Sprachverstehen, Sprachgedächtnis und Sprachproduktion;
- Auch die Mütter- und Väterberatung zeigte positive Wirkungen.

Noch wichtiger findet die G/JG-Fraktion im Evaluationsbericht die Erkenntnisse der Empfehlungsergebnisse. In allen Massnahmenbereichen werden diverse Verbesserungsvorschläge beziehungsweise Optimierungsmassnahmen empfohlen. Davon möchte der Sprechende einige wichtige Punkte erwähnen:

- Ausdehnung der Weiterbildungsangebote auf Kindertagesstätten,
- Verbesserung der Angebote bei Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache durch Optimierungsmassnahmen,
- sowie Unterstützungsmassnahmen zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Lernerfolge für die Spielgruppenleiterinnen für die kommenden fünf Jahre.
- Auch den Mütter- und Väterberaterinnen mit interkultureller Vermittlung fehlen oft Ressourcen für die Bewältigung des Alltags (Anhang 1, Seite 5). Empfohlen werden zusätzliche Ressourcen für die Begleitung von mittlerbelasteten Familien, die Erweiterung der Mütter- und Väterberatung und der Unterstützung der interkulturellen Vermittlerinnen.

Aus dem Evaluationsbericht lassen sich zwei unterschiedliche Haltungen des Stadtrates zur Kenntnis nehmen. Einerseits nimmt der Stadtrat die Erkenntnisse aus den Massnahmen und die daraus folgenden Aufgabenstellungen für die Weiterentwicklung der Frühen Förderung der Kinder zur Kenntnis und vertritt erfreulicherweise die Haltung, Bestehendes zu stärken und auf Bestehendem aufzubauen. In diesem Zusammenhang legt der Stadtrat den Fokus insbesondere auf die bessere Erreichbarkeit der Familien aus bildungsfernen beziehungsweise sozial benachteiligten Verhältnissen und weist darauf hin, dass er das im Rahmen des Fünfjahreszieles angehen möchte. Andererseits ist das Vorgehen des Stadtrates bei den anderen Verbesserungsvorschlägen leider nicht klar. Anders gesagt, der Stadtrat äussert sich nicht dazu, ob und inwiefern er verschiedene Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht aufnehmen und Verbesserungen anstreben möchte.

Die Verbesserungsempfehlungen des Evaluationsberichtes benötigen nach Ansicht der G/JG-Fraktion einen Handlungsplan, konkrete Zielsetzungen beziehungsweise Optimierungsmassnahmen.

Trotz dieser offenen Fragen tritt die G/JG-Fraktion auf den B+A ein und nimmt ihn zur Kenntnis, weil er wichtige Erkenntnisse zu den Wirkungen der Massnahmen, aber auch Verbesserungsvorschläge für die Frühe Förderung der Kinder aufzeigt.

**Fabian Reinhard** will sich ein bisschen weniger in den Details verlieren als sein Vorredner. Chancengleichheit ist ein sehr liberales Prinzip, wahrscheinlich eines der liberalsten Prinzipien. Es geht um die Chancengleichheit am Anfang des Lebensweges. Geburt ist keine Leistung, sondern schlicht und einfach Zufall. Es ist Zufall, oder man könnte auch sagen ein Lottogewinn, wenn man in einer intakten Familie in der Schweiz geboren ist. Man könnte also sagen, Frühe Förderung sei so etwas wie eine Investition in die Zukunft. Oder man könnte sagen, sie sei so etwas wie Prävention. Der Sprechende sagt aber: Wenn es um Chancengleichheit geht und wenn es um liberale Chancengleichheit geht, dann ist Frühe Förderung viel mehr als das, dann ist sie nämlich sogar ein emanzipatorisches Projekt.

Zur linken Ratsseite bemerkt der Votant, dass er da von Chancengleichheit spricht und eben nicht von Ergebnisgleichheit.

Zu den Massnahmen: Konkret wurde aufgezeigt, dass die Massnahmen funktionieren, dass sie einen Effekt haben. Das hat die FDP-Fraktion nicht bei allen Massnahmen gleich überzeugt. Bei einer Massnahme aber hat es sie ganz speziell überzeugt, nämlich bei der Sprachförderung über die Spielgruppen. Da wurde gezeigt, dass eine Investition in sehr jungen Jahren den grössten Effekt hat.

Der Sprechende will positiv hervorheben, was der FDP-Fraktion an dieser Evaluation ganz speziell gefallen hat: man hat dafür einen standardisierten Test angewendet; man hat so etwas wie Experimentalgruppe und Kontrollgruppe gemacht; man hat einen statistischen Test gemacht; die Ergebnisse waren nachher auch statistisch signifikant. So überzeugt es die FDP-Fraktion! Es überzeugt sie nicht nur methodisch, sondern auch ganz grundsätzlich, weil man da nicht einfach nur den Input, sondern wirklich den Output gemessen hat. Oftmals ist es so, dass man bei solchen Evaluationen den Input misst, das heisst, wie viel Mittel hineingebuttert werden, und nicht in erster Linie, was dabei herauskommt. Die FDP-Fraktion ist dafür, dass man viel mehr den Output messen soll, also genau wie man es da gemacht hat. Dann ist die FDP-Fraktion nämlich sehr wohl zu überzeugen.

Man muss sich die Frage stellen, ob denn auch die Familien erreicht werden, die es wirklich nötig haben. Zu dieser Fragestellung hat der Bericht die Fraktion methodisch weniger überzeugt. Sie hatte auch kritische Fragen zu den Mitteln, die für die Projektbegleitung und für die Evaluation der Massnahmen eingesetzt wurden. Dazu konnten aber in der Kommission überzeugende Antworten gegeben werden.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird den Bericht genehmigen.

**Agnes Keller-Bucher:** Die CVP-Fraktion dankt den Verantwortlichen für den ausführlichen Bericht. Er zeigt auf, was in den letzten Jahren in der Frühen Förderung unternommen wurde. Die vier Massnahmen, die detailliert behandelt werden, sind wichtige Pfeiler für das Programm Frühe Förderung. Da die Frühe Förderung auch als Fünfjahresziel in die Gesamtplanung aufgenommen wurde, nahm man die Umsetzung in Angriff. Vor allem die Massnahme 2, in welcher die Deutschkenntnisse gefördert werden, ist für die CVP-Fraktion von grosser Bedeutung. Richtigerweise dient die Sprache ja dazu, sich schneller zu integrieren, und noch wichtiger ist, dass der Einschulungsprozess besser abgewickelt werden kann. Die bereits seit längerem bestehende Mütter- und Väterberatung wurde weiterentwickelt. Der Einsatz der interkulturellen Vermittler zeigte Wirkung, indem die fremdsprachigen Eltern besser erreicht wurden. Für die CVP-Fraktion stellt sich aber die Frage, wie gesichert werden kann, dass genau die Familien erreicht werden, welche diese Angebote am dringendsten benötigen. Denn diese Beratung ist ja nicht obligatorisch. Mehrheitlich werden im Bericht positive Auswirkungen aufgezeigt, nur selten sind kritische Erfahrungen geschildert. Für die CVP-Fraktion ist es immer noch nicht ganz nachvollziehbar, wie die Vergleiche zustande kamen. Denn es gibt ja nicht einen Eins-zu-eins-Vergleich zwischen diesen Familien, und der Zeitraum von weniger als fünf Jahren erscheint der Fraktion relativ kurz, um genaue Resultate eruieren zu können. Die wirklichen Erfolge der Massnahmen der Frühen Förderung können nach Ansicht der Fraktion erst nach mehreren Jahren beurteilt werden.

Ein Widerspruch zeigt sich nach Ansicht der CVP-Fraktion bei der Finanzierung. Die Stadt spart z. B. bei DaZ, aber bei der Frühen Förderung wird für den Deutschunterricht dann wie-

der mehr investiert. Für die Fraktion ist es wichtig, dass man auch den finanziellen Aspekt im Auge behält. Ganz zentral ist für die Fraktion auch allgemein die Frage der Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers dieser Stadt. Das richtige Augenmass sollte nicht verloren gehen. Trotz dieser kritischen Punkte steht die CVP-Fraktion hinter der Frühen Förderung und sieht sich auch in der Verantwortung, Menschen in einem schwierigen Umfeld zu unterstützen. Sie tritt auf den B+A ein und wird ihn genehmigen.

**Laura Kopp:** Der Grosse Stadtrat könnte jetzt ein liberales Seminar durchführen und einmal über Gesellschafts- beziehungsweise Gerechtigkeitstheorie diskutieren. Fabian Reinhard hat es angetönt: es geht um den „Schleier des Nichtwissens“ von John Rawls. Der Grosse Stadtrat könnte auch einmal ein Methodenseminar durchführen, in welchem er darüber diskutiert, was Sinn und Zweck einer Evaluation ist. Geht es darum, eine Wirkung aufzuzeigen, oder geht es darum, zu schauen, dass Massnahmen gut und auch angepasst umgesetzt werden können? Grundsätzlich ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass die soziale Herkunft den Lebensweg eines Kindes beeinflussen kann. Der Eintritt in den Kindergarten oder in die Primarschule ist für Kinder aus sozialökonomisch schwachen oder sogenannten bildungsfernen Familien nachweislich schwieriger. Sie bringen teilweise sprachliche Mängel mit, und zum Teil haben sie daheim auch andere Umgangsformen mitbekommen. Sie starten also – und da ist die Sprechende beim „Schleier des Nichtwissens“ – unter erschwerten Bedingungen ins Schulleben. Das kann weitreichende negative Folgen haben, für das Kind selber, für die Familie des Kindes, aber auch für die Gesellschaft. Die Frühe Förderung gibt da Gegensteuer. Sie kann, wie es auch im B+A erwähnt wird, als Prävention, und zwar als sehr kostengünstige Prävention betrachtet werden. Sie sorgt dafür, dass die Kinder unter möglichst gleichen Voraussetzungen ins Leben starten können und damit ihre Chancengleichheit verbessert wird. Aus Sicht der GLP-Fraktion zeigt der vorliegende B+A, dass die Verantwortlichen der Stadt Luzern für die Frühe Förderung ein ausgesprochen durchdachtes Vorgehen, ein Vorgehen mit Augenmass gewählt haben, sowohl bei der Einführung der einzelnen Massnahmen, als auch beim Aufgleisen der Evaluation. Anstatt nach vier Jahren einfach einen Bericht z. B. über die Anzahl der Hausbesuche und über die möglichen Wirkungen vorzulegen, hatte die Evaluation zum Ziel, die Einführung dieser Massnahmen zu begleiten. Das ermöglicht es, die Massnahmen auch auf die Bedürfnisse oder auf veränderte Situationen anzupassen und damit das Beste daraus herauszuholen.

Im Gegensatz zur Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik, welche der Grosse Stadtrat vor Kurzem behandelt hat, enthält dieser B+A auch konkrete Empfehlungen. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion ein unerlässliches und wichtiges Element für eine gute, effektive Evaluation. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass die Stadt in Sachen Frühe Förderung auf dem richtigen Weg ist, eben auf einem Weg mit Augenmass, einem Weg der kleinen Schritte. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

**Jörg Krähenbühl:** Es handelt sich formell bei diesem B+A um einen Rechenschaftsbericht nach Art. 53 des Geschäftsreglements, der nur, ohne Wertung, genehmigt oder nicht genehmigt werden kann. Inhaltlich hätte die SVP-Fraktion lieber nach Art. 52 abgestimmt, um so auch eine Wertung abgeben zu können, z. B. neutrale statt zustimmende Kenntnisnahme. Obwohl der Bericht eine ausführliche Begründung gibt, ist es für die SVP-Fraktion immer noch nicht nachvollziehbar, ob alle Massnahmen wirklich im angebotenen Umfang notwendig sind. Die

SVP-Fraktion kann diesen Bericht so weder als falsch – Abstimmung auf Nicht-genehmigen – noch als korrekt – Abstimmung auf Genehmigen – beurteilen und wird sich somit der Stimme enthalten, im Sinn einer neutralen Kenntnisnahme bei Abstimmung nach Art. 52.

**Sozialdirektor Martin Merki** dankt für die grundsätzlichen, differenzierten, teilweise kritischen, insgesamt aber insbesondere auch für das Vorgehen wohlwollenden Äusserungen der einzelnen Fraktionen. Es wurde gesagt, dass die Stadt Luzern eine Vorreiterrolle übernommen habe. Es heisst zwar Frühe Förderung, aber als die Stadt Luzern im Jahr 2011 das Ja dazu gab, war es doch eher eine späte Förderung, denn andere Städte waren da ganz klar schon weiter, natürlich unterschiedlich weit, weil sie mit der Frühen Förderung auch unterschiedlich angesetzt hatten. Die zuständige Leiterin dieses Bereichs in der Stadt Zürich sagte einmal, weil ja sehr viele Leute nicht wissen, was Frühe Förderung überhaupt ist: Mit der Frühen Förderung wird erreicht, dass die Kinder die Schuhe binden können, dass sie den Purzelbaum schlagen können, oder dass sie im Kindergarten ohne Windeln aufs WC können. Das ist aber nur der grobmotorische und der feinmotorische Bereich. Die Stadt Luzern als Spätstarterin hat auch noch die Sprachförderung und andere Aspekte dazugenommen. Die Bildungsdirektorin hat dem Sprechenden vorhin einen Zettel zugesteckt, auf welchem steht, was die Jacobs Foundation im Bereich Bildungslandschaften alles fördert: formale, non-formale und informale Lernwelten. Es geht darum, dass Kinder nachmachen, was die Eltern vormachen; es geht darum, auf dem Spielplatz mit den Gspänli zusammen zu lernen, auch das gehört zur Frühen Förderung. Die Mütter- und Väterberaterinnen, die vor allem Familienberaterinnen sind, gehen in die Familien – zurzeit beteiligen sich 20 Familien am Programm – und sagen ihnen, vor allem jenen mit Migrationshintergrund, wo der Spielplatz ist, und begleiten sie dorthin. Dort machen die Kinder tolle Fortschritte. Später dann, im formalen Rahmen, ist es das Lernen in der Schule: Rechnen, Lesen, Schreiben.

Die Stadt ist mit der Frühen Förderung spät gestartet, andere Städte waren schneller. Junge Leute sind schneller als alte, aber ein chinesisches Sprichwort sagt, dass die Alten dafür manchmal den Umweg kennen. Die Stadt Luzern konnte von den Erfahrungen anderer Städte lernen. Sie hat die Frühe Förderung so angepasst, dass sie dort, wo sie schon stark war, ansetzen konnte. Sie hat also bei der Mütter- und Väterberatung angesetzt, sie hat bei den Hausbesuchen angesetzt, die sie schon machte. Auch dort hat die Stadt ganz tolle Erfolge. Die Stadt hat die Sprachförderung dadurch vorangetrieben, dass man Spielgruppenleiterinnen die Möglichkeit bot, in Basel eine zweijährige Ausbildung zu machen. Den Erfolg konnte man messen, indem die Kinder in zwei Gruppen aufgeteilt wurden: die eine Gruppe wurde von Leiterinnen betreut, die die Sprachförderungsausbildung absolviert hatten, die andere von anderen Leiterinnen. Die Unterschiede sind sehr stark. Die Kinder, die von der speziellen zusätzlichen Ausbildung der Leiterinnen profitieren konnten, haben den breiteren Wortschatz, sie können sich mehr merken, sie sprechen differenzierter und können sich besser verständigen und ausdrücken. Es ist auch das Ziel der Frühen Förderung, dass die Kinder, wenn sie nachher in die Schule kommen, weiter sind, ganz nach dem Motto, was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, oder was Hannchen nicht lernt, lernt Hanna nimmermehr.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 37/2015: „Evaluation Frühe Förderung“ eingetreten.**

DETAIL

Keine Wortmeldung.

*Anhang:* Keine Wortmeldung.

*Seite 35 Antrag*

**Der Grosse Stadtrat genehmigt den Bericht.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 37 vom 2. Dezember 2015 betreffend

**Evaluation Frühe Förderung,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. b der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 und Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

Der Bericht „Evaluation Frühe Förderung“ wird genehmigt.

- 8. Bericht und Antrag 38/2015 vom 9. Dezember 2015:  
Verträge Plakatierung auf öffentlichem Grund und Grundstücken der Stadt  
Luzern. Ausschreibungsverfahren. Ermächtigung des Stadtrates zur Unter-  
zeichnung der Plakatverträge**

EINTRETEN

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die GPK hat den B+A 38/2015 an der Sitzung vom 7. Januar 2016 beraten und verabschiedet. Dabei bewertete sie das Ausschreibungsverfahren betreffend öffentliche Plakataushänge als vorbildlich. Sie hätte es sich sehr gewünscht, wenn ein solches Vorgehen ebenso beim Aushandeln des CKW-Vertrags angewendet worden wäre – dies als Nebenbemerkung. Insbesondere erschien den Mitgliedern der GPK die Ausschreibung als sehr transparent, ebenso wie die Unterteilung in mehrere Lose. Das ermöglichte die Be-

werbung verschiedener Interessenten. Sodann fanden die Kommissionsmitglieder es positiv, dass sich die heutige wie die künftige Konzessionsnehmerin zur Übergabe beziehungsweise Übernahme der Infrastruktur zu einem durch einen Sachverständigen definierten Zeitwert verpflichteten. Auch dies wäre beispielsweise bei der CKW sehr zu empfehlen gewesen. Am Ende des Verfahrens wurde mittels einer anfechtbaren Verfügung ein neuer Anbieter ausgewählt, der einen attraktiveren Preis offerierte, was für die Stadtkasse ebenfalls sehr willkommen ist. Berücksichtigt wird neu die Firma Clear Channel. Es wird sich zeigen, ob sie die Aufgaben ebenso gut erfüllt wie die APG, mit der die Stadt stets sehr zufrieden war. Zu Diskussionen Anlass gab in der GPK die Grundsatzfrage, wie viel Werbung es auf öffentlichem Grund wirklich braucht und ob neue Werbemethoden wie digitale Panels sinnvoll und ökologisch sind. Am Ende hat die GPK den B+A gutgeheissen und den Beschlusstext durch eine kleine Präzisierung mit dem Wort „Konzession“ ergänzt.

**René Peter:** „Freude herrscht!“ Endlich wieder einmal eine Vorlage, die ein bisschen Geld in die Kasse bringt, statt Geld aus der Kasse zu beantragen. Das Resultat zeigt, dass es richtig war, die Plakatierung auszuschreiben. Gerade in der heutigen angespannten finanziellen Lage der Stadt Luzern ist ein Mehrertrag von rund 700'000–800'000 Franken sehr willkommen. Bitter ist es natürlich für die APG, die einen Grossauftrag verliert, aber das ist eben der Markt. Dafür hat die APG die Ausschreibung in Zürich gewonnen. Erfreulich ist auch, dass mit dem neuen Plakatvertrag gerade im Stadtteil Littau die veralteten Ortspläne durch neue beleuchtete Stadtpläne ersetzt werden. Die FDP-Fraktion dankt der Stadtverwaltung für die Ausschreibung, sie wird auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

**Stefan Sägesser** ist wie GPK-Präsidentin Luzia Vetterli und René Peter voll des Lobes. Das hat der Stadtrat gut gemacht. Littau ist gut erschlossen, es gibt mehr Geld für die Stadtkasse, – was will man mehr. Der Wermutstropfen liegt im Ausscheiden der APG. Die APG hat in jahrelanger Zusammenarbeit mit der Stadt toll gearbeitet, auch mit den hier im Rat vertretenen Parteien bei den Wahlkämpfen. Früher hat sie auch Anlässe durchgeführt zum Thema Weltformat Plakat. Da geht jetzt eine Ära zu Ende, was der Sprechende persönlich bedauert. Auf der anderen Seite kann man unter finanziellem Aspekt sehr froh sein, dass der freie Markt tatsächlich spielt.

Die GLP-Fraktion hat keine Vorbehalte gegenüber digitalen Plakatstellen und ist gespannt auf die Evaluation, die es dazu geben soll. Die Fraktion tritt auf den B+A ein.

**Joseph Schärli:** Die Verträge, die neu abgeschlossen werden, sollen auf acht Jahre Gültigkeit haben. Die Ausschreibung fand für vier Lose statt, was die SVP-Fraktion begrüsst. Neu dabei sind jetzt auch Littau und Reussbühl. Es ist nicht etwa so, wie es vorhin angetönt wurde, dass man die jetzt endlich auch auf den neuen Stand bringt. Die Verträge dort wurden zur damaligen Zeit einfach unbefristet abgeschlossen. Die Gemeinde Littau war sehr froh, dass die APG ihr da entgegenkam, denn sonst hätte sie die Buswartehallen finanziell nicht machen können. Diesen Hintergrund muss man kennen.

Von den Losen, die ausgeschrieben wurden, sind jetzt drei an eine Firma in Hünenberg vergeben. Das vierte Los ist noch offen. Wie der GPK erklärt wurde, ist es ein kleines Los, das man zum gegebenen Zeitpunkt ebenfalls zu vergeben versucht. Dieses Los ist nicht in der Kompetenz des Grossen Stadtrates, sondern in der Kompetenz des Stadtrates.

Auch die SVP-Fraktion hat Freude am finanziellen Ergebnis. Statt 1,3 Mio. Franken, wie es der Stadtrat vorgesehen hatte, sind es gut 2 Mio. Franken. Das ist positiv, der Sprechende kann sich den Lobreden anschliessen.

Die Fragen, welche die SVP-Fraktion hatte, wurden fast alle in der GPK beantwortet. Offen blieb einzig noch, was mit den Telefonkabinen passiert, wo die APG jetzt noch die Plakatierung vornimmt. Dazu wurde gesagt, dass man darüber noch mit der APG verhandelt, und dass entweder letztlich diese Telefonkabinen wegkommen oder dass man dort schliesslich mit der APG noch eine gute Lösung findet.

Die SVP-Fraktion stimmt den Verträgen zu und dankt für die guten Verhandlungen.

**Katharina Hubacher:** Zu diesem B+A gibt es noch ein paar andere Aspekte. Die G/JG-Fraktion hat sich überlegt, wie es wäre, wenn die Stadt Luzern auf öffentlichem Grund nur noch für Sport und Kultur, für öffentliche Anlässe, für Wahlen und Abstimmungen werben würde. Diese Diskussion hat der Stadtrat nicht geführt, zumindest nicht mit dem Parlament. Er hat die Plakatierung wieder ausgeschrieben, und ein anderer Konzern wird sie nun übernehmen. Die Stadt wird dadurch mehr Geld einnehmen. Aber diese Mehreinnahmen werden die Konsumentinnen und Konsumenten über höhere Preise bei den Produkten bezahlen. So läuft die Marktwirtschaft; ob das sinnvoll ist oder nicht, darüber lässt sich wohl heute hier nicht diskutieren.

Die G/JG-Fraktion ist froh, dass das Reglement der Stadt Einschränkungen zum Inhalt der Plakate auf öffentlichem Grund enthält: Es darf auf öffentlichem Grund weder für Tabak noch für Alkohol noch für Konsumkredite geworben werden. Die Fraktion ist auch froh, dass die Werbefläche nicht wesentlich zunimmt; die Veränderung der Fläche ergibt sich dadurch, dass das Gemeindegebiet von Littau dazugekommen ist, aber sonst wird nicht mehr plakatiert. Die Fraktion ist auch froh, dass die Rabatte für die Parteien und politischen Organisationen so verhandelt wurden. Aber auch die politischen Aushänge werden in Zukunft teurer sein; das müssen dann die Parteien mittragen.

Die G/JG-Fraktion hätte es gern gesehen, wenn die Infrastruktur, welche die APG jetzt noch besitzt, von der Stadt gekauft und an die neue Werbefirma vermietet worden wäre. So hätte die Stadt bei einer nächsten Vertragsverhandlung eine bessere Position gehabt, denn es wäre dann viel einfacher gewesen, dass die neue Plakatfirma auch die Infrastruktur übernimmt. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass diese Übernahme jedes Mal wirklich gut funktioniert. Den Mitgliedern der GPK wurde versichert, dass die Verhandlungen dazu dieses Mal auf gutem Weg seien und bis im Juni abgeschlossen würden. Nach Ansicht der G/JG-Fraktion hätte die Stadt dort auch Einnahmen generieren können, wenn sie nämlich die Infrastruktur weitervermieten würde. Klar müsste man aber zuerst eine Investition tätigen.

Noch ein paar Überlegungen zu den digitalen Plakaten, welche den Grossen Stadtrat, wie die Sprechende annimmt, in Zukunft noch ab und zu beschäftigen werden. Der G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass der Wechsel der Bilder in einem ruhigen Rhythmus stattfindet, denn in einer hektischen Stadt ein hektischer Bilderwechsel auf diesen digitalen Plakaten bringt noch mehr Hektik in die Stadt und in das Strassenbild. Das ist nicht das, was die G/JG-Fraktion möchte. Zudem erstellen andere Städte, z. B. Zürich, eine Ökobilanz zu den digitalen Plakaten. Der Stadtrat hat von der Plakatfirma ein Monitoring zu den beiden Standorten verlangt. Das Kriterium der Ökobilanz wurde dabei jedoch nicht aufgenommen. Die G/JG-Fraktion möchte,

dass der Stadtrat die Resultate der Erhebung in Zürich oder auch von anderen Studien einbezieht, wenn er eine Entscheidung über die Weiterführung der digitalen Plakatstellen trifft. Er denkt ja daran, dass sich die digitalen Plakatstellen noch vermehren werden. Darum wird die G/JG-Fraktion beim Punkt 2.6 auf Seite 14 eine entsprechende Protokollbemerkung anbringen.

Im Übrigen wird die G/JG-Fraktion dem B+A – nicht gerade mit Begeisterung – zustimmen.

**Thomas Gmür:** Der B+A war im Vorfeld unbestritten, auch in der GPK. Die Ausschreibung erfolgte sorgfältig und wurde professionell durchgeführt. Angefangen von der Bestandaufnahme über die Definition der Kriterien und Lose bis hin zur Modernisierung der Plakatierungsinfrastruktur sieht die CVP-Fraktion keine negativen Punkte. Ausserdem ergibt sich für die Stadtkasse ein Mehrertrag. Unter diesen Aspekten möchte der Sprechende Katharina Hubacher im 21. Jahrhundert begrüßen.

**Simon Roth:** Auch die SP/JUSO-Fraktion begrüsst das Vorgehen des Stadtrates und freut sich natürlich, dass der Ertrag höher ausfällt, als man annahm. Erste publizierte Preise von Clear Channel zeigen, dass vermutlich für den Kunden das Plakatieren teurer wird, aber es ist relativ schwierig, genau zu vergleichen, was das dann effektiv bedeutet. Die Diskussion um plakatfreie Städte hätte auch die SP/JUSO-Fraktion gern geführt. Das ist jetzt im Rahmen dieses Berichts und Antrags nicht mehr möglich, aber vielleicht kann man bei anderer Gelegenheit einmal darüber diskutieren, Baubewilligungen für Plakate auf privatem Grund in Zukunft allenfalls restriktiver zu handhaben.

Auch die SP/JUSO-Fraktion bedauert, dass die Stadt die Infrastruktur nicht übernommen hat. Damit hätte sie in einem zukünftigen Fall die Eintrittshürde für eine neue Firma, die sich bewerben möchte, senken können. Man hätte am Schluss eine Win-win-Situation für die Stadt, aber auch für die Firmen, die Interesse daran haben, in der Stadt zu plakatieren. Was jetzt neu ist, ist die Problematik, dass man im Raum Luzern zwei verschiedene Anbieter von Plakatwerbung hat: Auf dem öffentlichen Grund ist es Clear Channel, auf privatem Grund wird es immer noch zur Hauptsache die APG sein. Das Verhältnis ist etwa 50 zu 50. Für den Kunden ist die Situation nicht einfach, er wird die beiden Preise vergleichen und sich überlegen müssen, was effektiv wo Sinn macht, und mit diesen beiden Firmen entsprechende Verhandlungen führen. Wichtig scheint der Fraktion, dass Clear Channel jetzt schnell auf die zukünftigen Kunden zugeht und für sie Klarheit schafft, denn der Zeitpunkt wird ja relativ bald da sein, dass Clear Channel zu plakatieren beginnt. Es wurde bereits angesprochen, dass die APG verschiedene Veranstaltungen unterstützt hat, so z. B. das Weltformat Plakatfestival, das auf den APG-Wänden gratis Plakate aufhängen konnte. Es wäre natürlich schön, wenn auch Clear Channel ein solches Engagement an den Tag legen würde.

Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat bereit ist, einen Versuch zu machen, so dass die Parteien bereits vor Inkrafttreten dieses Vertrags auf öffentlichem Grund gratis politische Plakate aufstellen können, wie es der vom Grossen Stadtrat überwiesenen Motion entspricht.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

**Baudirektorin Manuela Jost** dankt für die durchwegs positive Aufnahme des Berichts und Antrags. Der Ausschreibungsprozess war gut, er war auch wichtig, nicht nur, weil die Stadt so

zu Mehreinnahmen von rund 800'000 Franken kommt, sondern weil sie damit auch der Empfehlung des Preisüberwachers folgen konnte. Die Stadt hat gute Offerten erhalten, und bei den Losen 1–3 war es eben die gleiche Firma, welche die Ausschreibung gewonnen hat. In diesem Zusammenhang will die Sprechende ebenfalls, wie es einzelne Votanten bereits getan haben, die Zusammenarbeit mit der APG explizit herausstreichen: Diese Zusammenarbeit war sehr gut und wird in der einen oder anderen Form sicher auch in Zukunft stattfinden. Weiter geht die Sprechende auf einige Punkte ein, die in den Eintretensvoten erwähnt wurden:

Auf dem Bahnhofplatz und dem Löwenplatz werden zwei Pilotversuche mit digitalen Cityplanstellen durchgeführt. Der Stadtrat hat gefordert, dass dazu ein Monitoring stattfindet und eine Auswertung gemacht wird. Wichtige Kriterien diesbezüglich sind die Akzeptanz der digitalen Werbung bei der Bevölkerung, die Bedienerfreundlichkeit, die Integration der digitalen Werbung ins Stadtbild und selbstverständlich die Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit. Der Stadtrat kann sich auch vorstellen, dass gewisse bestehende Auswertungen im Nachhaltigkeitsbereich, die aus anderen Städten vorliegen, ebenfalls einfließen können. Wenn die Pilotversuche als erfolgreich beurteilt werden, ist vorgesehen, auf neun weiteren Standorten solche digitale Cityplanstellen zu realisieren.

Mit der Ausschreibung der Plakatverträge hat der Stadtrat noch ein anderes Ziel verfolgt, nämlich die Strategie der Gleichbehandlung. Das heisst, dass alle Werbeformen, sowohl auf öffentlichem Grund wie auch auf den Grundstücken der Stadt Luzern, in Zukunft abgabepflichtig sein sollen. Bis jetzt fehlte eine konkrete Übersicht über alle Plakatstellen, die aufzeigt, wie die Auslastung dieser Plakatstellen aussieht. Mit dem neuen Vertrag ist die Plakatifirma Clear Channel verpflichtet, die Auslastung der einzelnen Plakatstellen auszuweisen und zu deklarieren. Basierend auf diesem Monitoring wird die Stadt Luzern bei der nächsten Ausschreibung, also 2024, entscheiden, ob allenfalls Standorte aufgehoben werden müssen oder nicht.

Verschiedentlich wurde erwähnt, man hätte lieber gehabt, die Infrastruktur der Plakatstellen wäre ins Eigentum der Stadt übergegangen. Der Stadtrat hat geprüft, ob es sinnvoll wäre, dass die Stadt Luzern diese Infrastruktur übernimmt. Verschiedene Gründe brachten ihn jedoch zu einer negativen Entscheidung. Für den Unterhalt der Plakatstellen braucht es ein spezifisches Know-how, das in der Stadt nicht vorhanden ist und zuerst aufgebaut werden müsste. Die Stadt müsste einen Übernahmepreis von gut 1 Mio. Franken bezahlen, was für sie im Moment nicht gerade so einfach finanzierbar ist. Dazu kommen noch die Vandalenschäden an den Plakatstellen, die von den Firmen viel effizienter behoben werden können.

Um der überwiesenen Motion 289 zu entsprechen, hat der Stadtrat ein pragmatisches Vorgehen gewählt. Im Stadtteil Littau und auch in anderen Quartieren werden rund 15–20 temporäre Standorte evaluiert, die Platz für etwa 60–80 F4-Plakate bieten. Die Standorte werden stadtintern von den Dienstabteilungen STAV (Stadtraum und Veranstaltungen) und STIL (Strasseninspektorat) geprüft, damit sie auf die nächsten Wahlen hin zur Verfügung stehen. Die Sprechende geht davon aus, dass der Betrieb der temporären Plakatstellen ab dem 21. März laufen kann, was bedeutet, dass die verschiedenen Parteien ihre Plakate ungefähr eine Woche vorher abgeben müssen. Das wird vom Strasseninspektorat organisiert und überwacht.

Zum Los 4 waren die Offerten einer lokalen Firma effektiv ungenügend. Diesbezüglich finden noch Gespräche statt. Es geht um einen kleinen Betrag, 800 bis 1'000 Franken, und somit liegt

die Vergabe in der Kompetenz der Baudirektion. Das Los 4 wird also nicht mehr vor den Grosse Stadtrat kommen.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 38/2015: „Verträge Plakatierung auf öffentlichem Grund und Grundstücken der Stadt Luzern“ eingetreten.**

DETAIL

*Seite 14 2.6 Prozesse zur Qualitätssicherung*

**Katharina Hubacher** beantragt hier die Protokollbemerkung, die sie in ihrem Eintretensvotum angekündigt hat. In einer ähnlichen Formulierung hat sie sie auch schon in der GPK eingebracht und aufgrund der Diskussion, die dort stattfand, jetzt noch angepasst:

**Der Stadtrat bezieht die vorhandenen Resultate von Ökobilanzen bei digitalen Werbeplakaten in seine Entscheidungsgrundlage für die zukünftigen Bewilligungen der digitalen Werbung in der Stadt Luzern mit ein.**

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Diese Protokollbemerkung wurde in einer ähnlichen Formulierung schon in der GPK beantragt und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

**Simon Roth:** Die SP/JUSO-Fraktion wird die Protokollbemerkung unterstützen, denn es scheint ihr selbstverständlich, dass man bei dieser Evaluation auch ökologische Aspekte berücksichtigt, vor allem auch darum, weil sie ohne Mehraufwand zur Verfügung stehen.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion:**

**Der Stadtrat bezieht die vorhandenen Resultate von Ökobilanzen bei digitalen Werbeplakaten in seine Entscheidungsgrundlage für die zukünftigen Bewilligungen der digitalen Werbung in der Stadt Luzern mit ein.**

*Seite 21 Antrag*

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die GPK beantragt im Beschlusstext eine kleine Änderung, nämlich bei den drei Ziffern I. 1.–3. das Wort „Konzession“ zu ergänzen, sodass es jeweils heisst: „Vertrag über die Plakatierung an Plakatstellen auf öffentlichem Grund (Konzession) und Grundstücken (Verwaltungs-und Finanzvermögen) der Stadt Luzern, ...“ Soweit die Sprechende sieht, gibt es da keine Opposition vonseiten des Stadtrates.

**Auch aus dem Grosse Stadtrat gibt es keinen anderslautenden Antrag. Die Abstimmung erfolgt also über die ergänzte Fassung.**

**I. Der Grosse Stadtrat stimmt mit 44 : 0 : 0 Stimmen zu.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 38 vom 9. Dezember 2015 betreffend

**Verträge Plakatierung auf öffentlichem Grund und Grundstücken der Stadt Luzern**

- **Ausschreibungsverfahren**
- **Ermächtigung des Stadtrates zur Unterzeichnung der Plakatverträge,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 6 und Art. 69 lit. b Ziff. 14 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Der Stadtrat wird zum Abschluss der folgenden Verträge mit der Plakatifirma Clear Channel Schweiz AG ermächtigt:
  1. Vertrag über die Plakatierung an Plakatstellen auf öffentlichem Grund (Konzession) und Grundstücken (Verwaltungs- und Finanzvermögen) der Stadt Luzern, Los 1
  2. Vertrag über die Plakatierung an Plakatstellen auf öffentlichem Grund (Konzession) und Grundstücken (Verwaltungs- und Finanzvermögen) der Stadt Luzern, Los 2
  3. Vertrag über die Plakatierung an Plakatstellen auf öffentlichem Grund (Konzession) und Grundstücken (Verwaltungs- und Finanzvermögen) der Stadt Luzern, Los 3
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**9. Bericht und Antrag der Geschäftsleitung vom 11. Dezember 2015:  
Vorberatung der Wahlen in die Einbürgerungskommission.  
Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates und des Reglements über die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern**

**Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann** bittet Katharina Hubacher als Vizepräsidentin des Grossen Stadtrates und Vertreterin der Geschäftsleitung nach vorne. Die Geschäftsleitung hat bei diesem B+A ja quasi als vorberatende Kommission geamtet.

**EINTRETEN**

**Ratsvizepräsidentin Katharina Hubacher:** Verschiedene Parteivertretungen haben nach der letzten Wahl eines Mitglieds in die Bürgerrechtskommission das Anliegen an die Geschäftsleitung getragen, dass man das Wahlverfahren überdenken und Anpassungen vornehmen soll. Die Stadtkanzlei hat entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und der Geschäftsleitung vor-

gelegt. Die Geschäftsleitung hat dann, was ganz selten ist, einen B+A beraten und verabschiedet. Die neue Regelung schreibt fest, dass sich Kandidierende für die Bürgerrechtskommission zukünftig in der Regel bei der Geschäftsleitung persönlich vorstellen sollen. Die Mitglieder der Bürgerrechtskommission tragen eine hohe Verantwortung und ihre Entscheidungen sind auf der Stufe Stadt abschliessend. Darum scheint es den Mitgliedern der Geschäftsleitung angebracht, dass man Kandidierende für diese Kommission persönlich kennenlernt und dann auch mit gutem Gewissen wählen kann. Der B+A für die Wahlen in die Bürgerrechtskommission wird zukünftig nach der Verabschiedung durch den Stadtrat also nicht mehr direkt dem Grossen Stadtrat zugestellt, sondern der Geschäftsleitung, und dort vorberaten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch noch Anpassungen in der Geschäftsordnung vorgenommen, die eher redaktioneller Art sind. Der Stadtrat hat auf eine Stellungnahme zu diesem B+A verzichtet. Die Geschäftsleitung stellt dem Parlament den Antrag, diesen B+A zu genehmigen.

**Christian Hochstrasser:** Die G/JG-Fraktion ist mit dem B+A einverstanden und nimmt diese Änderung des Geschäftsreglements und des Reglements über die Einbürgerungskommission an. Für die Fraktion ist ganz zentral, dass diejenigen, die einbürgern, also die Mitglieder der Einbürgerungskommission, die gleichen Bedingungen erfüllen müssen wie diejenigen, die eingebürgert werden. Das war bis jetzt nicht der Fall. Die Aufgabe in der Einbürgerungskommission ist mit einer grossen Verantwortung verbunden. Eine Entscheidung über eine Einbürgerung kann grosse Folgen haben. Der Sprechende hofft jetzt vorausblickend auf die nächsten paar Wochen, dass diese Folgen nicht grösser werden. Die G/JG-Fraktion findet also diese Anpassung und auch die Vorstellung der Kandidierenden in der Geschäftsleitung richtig und sinnvoll, und ist auch mit den weiteren Änderungen einverstanden. Sie tritt auf den B+A ein und wird den beiden Reglementsänderungen zustimmen.

**András Özvegyi:** Vor sechs, sieben Jahren wurde die GLP in den Rat gewählt und der Sprechende wurde gleich in die Einbürgerungskommission delegiert. Er wunderte sich damals, wie schnell das geht: Plötzlich hat er als ehemaliges Flüchtlingskind ein Jahr lang Leute eingebürgert. Es ging gut, es war eine schöne Zeit. Bei den letzten paar Malen, als der Grosse Stadtrat jeweils neue Mitglieder in die Einbürgerungskommission wählte, kam es dem Sprechenden komisch vor: das waren ja nicht gewählte Personen; auf einem Zettel stand da einfach ein Name. Man hat dann diese Personen jeweils bestätigt und gewählt, aber der Sprechende glaubt, auch andere Mitglieder des Grossen Stadtrates hatten manchmal ein ungutes Gefühl. Deshalb hält es die GLP-Fraktion für gut, dass die Personen, die in die Einbürgerungskommission nachrücken, auch selber eine kleine „Einbürgerung“ durchmachen müssen, quasi eine Einbürgerung in die Einbürgerungskommission. Das ist der richtige Weg, und die Geschäftsleitung wird das sicher unkompliziert machen.

**Roger Sonderegger:** Das Geschäft ist in der CVP-Fraktion unbestritten. Die Situation, dass ein Personalentscheid im Grossen Stadtrat in aller Öffentlichkeit diskutiert und dann gefällt wird, ist nicht gut. Die Verantwortung für die Menschen, die eingebürgert werden wollen, ist gross, da kann der Grosse Stadtrat bei der Wahl der Mitglieder in diese Kommission nicht einfach schlank durch. Die CVP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und der Änderung zustimmen.

**Nico van der Heiden:** Die SP/JUSO-Fraktion dankt für die Anregung, Kandidierende für die Einbürgerungskommission vorgängig anzuhören. Das macht absolut Sinn. Das Amt in der Einbürgerungskommission ist ein wichtiges, und darum soll auch die Auswahl der Kandidierenden sorgfältig vorgenommen werden. Wenn man diesen B+A früher verabschiedet hätte, wäre es vielleicht möglich gewesen, die unschöne Diskussion um die Fast-Nicht-Wiederwahl eines SP-Mitglieds vor rund dreieinhalb Jahren sachlicher und abgeklärter zu führen. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst es darum explizit, dass auch bisherige Mitglieder der Einbürgerungskommission angehört werden können. Das ist nicht zuletzt im Sinn der Oberaufsicht, die dem Grosse Stadtrat obliegt und die er ernst nehmen soll. Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

**Sonja Döbeli Stirnemann:** Für die FDP-Fraktion ist das ein unbestrittener B+A, sie tritt auf ihn ein und stimmt ihm zu. Damit wird ein guter Schritt gemacht. Es geht um eine sehr wichtige Kommission, da sie abschliessend entscheidet. Darum ist auch die sorgfältige Auswahl der Mitglieder sehr relevant.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A der Geschäftsleitung: „Vorberatung der Wahlen in die Einbürgerungskommission“ eingetreten.**

DETAIL

Keine Wortmeldung.

*Seite 8 f. Antrag*

**I. Der Grosse Stadtrat beschliesst die Änderungen mit 43 : 0 : 1 Stimmen.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates vom 11. Dezember 2015 betreffend

**Vorberatung der Wahlen in die Einbürgerungskommission  
Änderung**

- **des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates**
- **des Reglements über die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1, Art. 20 und Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. 1. Das Geschäftsreglement des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000 wird wie folgt geändert:

**Art. 7 Aufgaben**

<sup>1</sup> Der Geschäftsleitung stehen unter Vorbehalt abweichender Beschlüsse des Rates namentlich folgende Aufgaben zu:

a.–f. (bleiben unverändert)

g. Vorberatung der Wahl von Mitgliedern der Einbürgerungskommission, sofern nicht ausnahmsweise auf eine Vorstellung der Kandidierenden und eine Vorberatung verzichtet wird.

<sup>2-3</sup> (bleiben unverändert)

**Art. 68 Geschäftsprüfungskommission**

<sup>1</sup> (bleibt unverändert)

<sup>2</sup> Die Geschäftsprüfungskommission hat weiter folgende Aufgaben und Befugnisse:

a.–b. (bleiben unverändert)

c. Überprüfung der Geschäftsführung von Stadtrat und Verwaltung im Rahmen der Oberaufsicht des Grossen Stadtrates. Die Befugnisse der andern ständigen Kommissionen (Baukommission, Art. 66 Abs. 2, Bildungskommission, Art. 67 Abs. 3 und Sozialkommission, Art. 69 Abs. 2) bleiben vorbehalten;

d. (bleibt unverändert)

**Art. 69 Sozialkommission**

<sup>1</sup> Der Sozialkommission obliegt die Vorberatung der Geschäfte, über die der Grosse Stadtrat im Rahmen der Erfüllung der Sozial- und Gesundheitsaufgaben zu befinden hat. Darunter fallen insbesondere Vorlagen aus den Bereichen wirtschaftliche und persönliche Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz, Sozialversicherungen, Kinder- und Jugendbetreuung, inkl. Beratung, Soziokultur, inkl. Integration, Gesundheit (Prävention, Schulung u.a.), ambulante und stationäre Alterseinrichtungen.

<sup>2</sup> (bleibt unverändert)

2. Das Reglement über die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern vom 28. Oktober 2010 wird wie folgt geändert:

**Art. 3 Zusammensetzung und Wahl**

<sup>1</sup> Die Einbürgerungskommission besteht aus sieben in der Stadt Luzern stimmberechtigten Mitgliedern. Die Stärke der Parteien soll angemessen vertreten sein. Städtische Angestellte können der Einbürgerungskommission nicht angehören.

<sup>2</sup> Der Grosse Stadtrat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten und die frei wählbaren Mitglieder auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Diese stimmt mit jener des Grossen Stadtrates überein.

<sup>3</sup> Bei Wegfall einer Wählbarkeitsvoraussetzung gemäss Abs. 1 oder Ausscheiden aus der Kommission während der Amtsperiode wählt der Grosse Stadtrat ein neues Mitglied für den Rest der Amtsperiode.

<sup>4</sup> Kandidierende haben sich in der Regel bei der Geschäftsleitung des Rates im Rahmen der Vorberatung des Wahlgeschäfts (Ersatz- oder Gesamterneuerungswahl) vorzustellen.

### **Art. 3a Konstituierung und Entschädigung**

<sup>1</sup> Die Einbürgerungskommission konstituiert sich selbst. Sie wählt eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Sie kann der Präsidentin oder dem Präsidenten oder anderen Mitgliedern Aufgaben übertragen und regelt die Arbeit in ihrer Geschäftsordnung.

<sup>2</sup> Die Entschädigung für die Präsidentin oder den Präsidenten und für die übrigen Mitglieder der Einbürgerungskommission richtet sich nach den Art. 2–5 der Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen der Mitglieder des Grossen Stadtrates.

3. Diese Änderungen treten am 1. Mai 2016 in Kraft. Sie sind zu veröffentlichen.

II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

## **10. Postulat 284, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, vom 13. August 2015: Lesehilfe für Sekundarschulzeugnisse**

**Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.**

Aus dem Grossen Stadtrat wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

**Der Grosse Stadtrat hat das Postulat somit überwiesen.**

**Der Stadtrat beantragt gleichzeitig, das Postulat abzuschreiben.**

**Sandra Felder-Estermann:** Die FDP-Fraktion stellt den **Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben**. Die Fraktion dankt dem Stadtrat aber für die Entgegennahme des Postulats. Auch wenn die Schulzeugnisse Sache des Kantons sind, sollten die entsprechenden Dienststellen ihre Hausaufgaben doch noch besser machen. In vielen Punkten will die Stadt ja Vorbild sein, wieso also nicht auch bei den Erläuterungen zu den Schulzeugnissen der städtischen Sekundarschulen? Zumal ab Schuljahr 2016/2017 das integrierte Sekundarschulmodell in der Stadt ab der 1. Sekundarschulklasse eingeführt wird. Das bringt eine neue Dynamik auch in die Schulzeugnisse. Diese Dynamik soll man aufnehmen und die Zeugnisse entsprechend besser machen. Das neue Modell hat nämlich effektiv Auswirkung auch auf die Zeugnisse. Andere

Schulen im In- und Ausland führen bereits ähnliche Systeme, haben aber ihre Zeugnisse lesbarer und auch vergleichbarer gemacht. Die Stadt Luzern muss das Rad also nicht neu erfinden, nur dafür sorgen, dass es besser rollt.

Dass die Zeugnisse zu wenig lesbar sind, zeigen auch die Berichterstattung der NLZ vom 6. Januar 2016 mit dem Titel „Vertrauen in Noten hat gelitten“ und der Folgebericht vom 13. Januar 2016, dass mit diesen Schulzeugnissen immer ein Eignungstest notwendig sei. Das hält die FDP-Fraktion für ein Armutszeugnis, denn schliesslich dient die Sekundarschule zur Vorbereitung auf die Berufswelt. Die Stadt ist es den Ausbildungsbetrieben und auch dem Gewerbe schuldig, dass die Sekundarschulzeugnisse besser lesbar gemacht werden. Beim Kanton ist das Problem ebenfalls bekannt, und die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass man gemeinsam schneller an ein besseres Ziel kommt.

Eignungstests sind ja okay, sie sind aber tagesformabhängig. Sie können zum Teil auf Gesuch hin ein zweites Mal gemacht werden, aber sie kosten. Ist das dann wirklich noch Chancengleichheit? Nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht. In der Sprache der Schule ausgedrückt: „Bitte, lieber Stadtrat, mach deine Hausaufgaben noch ein bisschen besser!“ Das neue System hat noch gar nicht begonnen, aber die Lesbarkeit der Zeugnisse hat definitiv noch Verbesserungspotenzial. Deshalb stellt die FDP-Fraktion den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben.

**Noëlle Bucher:** In der Stellungnahme zum Postulat steht, dass das „Merkblatt zum Zeugnis Sekundarschule“, das von der Dienststelle Volksschulbildung des Kantons erstellt wurde, verbindlich zum Zeugnis dazugehört. Die Sprechende ist der Meinung, dass das ausreichend ist, um das Postulat abschreiben zu können. Sie ist auch der Meinung, dass mit diesem Merkblatt ein Sekundarschulzeugnis gelesen werden kann. Wenn ein Betrieb nicht fähig ist, ein Sekundarschulzeugnis mit Unterstützung dieses Merkblattes zu lesen, zu interpretieren und richtig einzuschätzen, dann glaubt die Sprechende auch nicht, dass er fähig ist, Lernende auszubilden.

**Lisa Zanolla-Kronenberg:** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und Entgegennahme des Postulats. Sie ist jedoch auch dagegen, dass das Postulat bereits abgeschrieben wird, obwohl eigentlich alle Forderungen erfüllt sind. Die Schulzeugnisse sind Sache des Kantons, das ist richtig. Dann muss die entsprechende Dienststelle über die Bücher und die Zeugnisse, damit sie einfacher zu lesen sind, neu machen. Es enttäuscht die SVP-Fraktion, dass die Schule den Schulabgängern nach elf Jahren Schulpflicht nicht eine Beurteilung in Form eines Zeugnisses abliefern, das von den Arbeitgebern als Entscheidungsgrundlage für ihre Lehrstellen eingesetzt werden kann, da es meistens nicht nachvollziehbar und unlesbar ist. Es stellt sich die Frage, warum ein Multicheck oder das Stellwerk eine bessere Bewertung ermöglichen sollen, obwohl sie, im Gegensatz zur Schule, mehr von der Tagesform der Lernenden abhängig sind.

Dass die Zeugnisse zu wenig gut lesbar sind, zeigen auch etliche Berichte, die in der NLZ zu lesen waren. Auch für viele Bürgerinnen und Bürger ist es unmöglich, ein solches Zeugnis klar zu beurteilen. Das ist sehr schade, denn schliesslich dient die Sekundarschule der Vorbereitung auf die Berufswelt. Es ist zwingend und dringend wichtig, dass für die Ausbildungsplätze und Stellen die Sekundarschulzeugnisse besser lesbar gemacht werden. Darum unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion, das Postulat nicht abzuschreiben.

**René Meier** hat das Merkblatt vor sich, er weiss nicht, was man da noch anders machen kann. Die Fächer sind drin, die Niveaus sind drin, die Noten sind drin, es gibt eine Erklärung dazu, wie man das liest. Was könnte man da noch besser machen? Nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion ist das Anliegen des Postulats ganz klar erfüllt, sodass man es abschreiben kann. Der Sprechende denkt, es ginge mehr darum, den Leuten wieder einmal zu sagen, dass es dieses Merkblatt mit den Erklärungen gibt. Für die Notengebung wüsste der Sprechende nicht, was man da noch machen müsste. Sonst müsste die FDP-Fraktion vielleicht einmal einen Entwurf einreichen, was denn in diesem Merkblatt stehen sollte.

**Sandra Felder-Estermann:** Die Notengebung ist das eine, aber die Noten müssen auch gelesen werden, und sie müssen nun einmal von den Gewerblern gelesen werden. Die Mitglieder der FDP-Fraktion sprechen mit den Gewerblern und haben gemerkt, dass sehr viele unzufrieden sind. Auf diese muss man auch hören und ihnen Gehör verschaffen. Für diese muss man die Schulzeugnisse so machen, dass sie damit wirklich zufrieden sein können. Es geht nicht, dass vonseiten der G/JG-Fraktion allen Betrieben, die diese Schulzeugnisse sehr kompliziert und nicht lesbar finden, gesagt wird, dann seien sie auch nicht fähig, Lehrlinge auszubilden. Wäre das so, hätte man ein grobes Problem. Die FDP-Fraktion will etwas für das Gewerbe tun, und deshalb sollen diese Zeugnisse besser lesbar werden, denn es ist wirklich kompliziert mit den verschiedenen Niveaus in einer Klasse. Was kann man jetzt von den Schülern erwarten, was ist jetzt dort eine schlechte Note und was eine gute Note? Da sollte die Stadt auf das Gewerbe schauen und auf diese Leute hören und nicht auf die Lehrer, denn diese verstehen die Zeugnisse natürlich schon.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion hält das Zeugnis für gut lesbar, und auch das Merkblatt ist gut. Schwieriger ist ganz sicher die Interpretation der Noten, aber dieses Thema hatte man schon länger. Einen Systemwechsel, welche Fächer man anbietet, was es für Noten gibt, müsste man beim Kanton oder gesamtschweizerisch regeln. Aber das, was das Postulat in seiner ursprünglichen Form wollte, ist nach Ansicht der GLP-Fraktion erfüllt. Darum ist die Fraktion dafür, das Postulat abzuschreiben.

**Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst:** Der Stadtrat hat sich überlegt, ob er die Abschreibung dieses Vorstosses schon beantragen soll; er wusste, dass das zu einer Diskussion führt. Diese Diskussion erlaubt es jedoch auch, etwas zum Inhalt zu sagen. Die Sprechende hat jetzt festgestellt, dass man nicht ganz zufrieden ist. Zu Sandra Felder-Estermann bemerkt sie, dass der Stadtrat die Anliegen der Gewerblerinnen und Gewerbler ernst nimmt, aber da ist natürlich auch das Bauchgefühl wichtig. René Meier hat darauf hingewiesen, dass die Erklärungen recht breit sind. Vielleicht ist aber ein Zeugnis auch nicht alles und sagt auch nicht alles aus über die Karriere und Zukunft von irgendjemandem. Diese Aussage macht jetzt eine ehemals mittelmässige Sekschülerin, die nicht überall in den entscheidenden Fächern genügend war, sondern in der Mathematik immer unter einer 4. Aber sie wurde trotzdem Stadträtin. In ihrem Erstklasszeugnis hiess es: „Gibt sich Mühe, ist fleissig, aber ein Plauderi.“ Wahrscheinlich die beste Voraussetzung, um Politikerin zu werden!  
Der Stadtrat nimmt das Anliegen des Postulats und die Aspekte des Gewerbes wirklich ernst. Warum beantragt er aber schon die Abschreibung? Weil er tatsächlich nicht noch etwas anderes machen kann. Er müsste die Abschreibung sowieso gleich mit dem nächsten B+A zur Ab-

schreibung von Motionen und Postulaten beantragen. Deshalb hat er sich nach langen Diskussionen durchgerungen, wieder einmal gleichzeitig mit der Entgegennahme Abschreibung zu beantragen.

**Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 284 ab.**

**11. Interpellation 277, Theres Vinatzer und René Meier namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Juni 2015:  
Wie weit ist der Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich?**

Theres Vinatzer beantragt Diskussion.

**Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.**

Theres Vinatzer dankt dem Stadtrat für die ausführliche und aussagekräftige Antwort und die transparente Darstellung der aktuellen und zukünftigen Situation des Betreuungsbedarfs und des Betreuungsangebots in der Stadt Luzern im Kindergarten und Schulalter. Die Antwort zeigt, dass das Betreuungsangebot gemäss der Midi-Variante im B+A 30/2012: „Tagesstrukturen in der Volksschule: Entwicklungen und Konsequenzen“ sanft ausgebaut wurde und im Sommer 2017 abgeschlossen werden soll. Die Antwort zeigt aber auch, dass die Midi-Variante nicht genügt hat und die Stadt den gesetzlichen Anforderungen für bedarfsgerechte Betreuung nach wie vor hinterherhinkt, und dass der angestrebte Endausbau mit einer Abdeckung von 30 % nicht genügen wird.

Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat diesem Umstand Rechnung trägt, und begrüsst den angekündigten B+A, der dem Grossen Stadtrat noch in diesem Jahr vorgelegt werden soll.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wesentlicher Standortfaktor für eine Gemeinde oder für eine Stadt und im Hinblick auf den Fachkräftemangel für Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar.

Wenn man berücksichtigt, dass 2014 32 % der Kinder im Vorschulalter ein familienergänzendes Betreuungsangebot besuchten, und man davon ausgeht, dass der Betreuungsbedarf mit dem Eintritt in den Kindergarten zunimmt, und wenn man dann noch die Entwicklung in anderen Schweizer Städten in die Überlegungen mit einbezieht – in Basel und Zürich nutzen 60 % ein Betreuungsangebot –, dann wird klar, dass die Stadt Luzern in diesem Bereich einen Effort leisten muss.

Die Gesellschaft hat sich verändert. Heute sind nur noch 20 % der Mütter nicht berufstätig und die Wirtschaft braucht die Frauen. Diesem Umstand muss die Politik Rechnung tragen. Die SP/JUSO-Fraktion bittet daher den Stadtrat, im B+A die Planung für ein bedarfsgerechtes Angebot aufzuzeigen. Das im Sinn einer notwendigen Investition in die Zukunft.

**Noëlle Bucher:** Auch die G/JG-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Antwort auf die Interpellation. Die Fraktion hat 2012 bei der Behandlung des B+A „Tagesstrukturen in der Volksschule: Entwicklungen und Konsequenzen“ der Optimal-Variante zugestimmt.

Von einem Grossteil der hier anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier wurde sie jedoch nicht ernst genommen. Die Variante „Optimal“ entsprach damals dem prognostizierten Versorgungsgrad von rund 30 %, der aus Sicht der G/JG-Fraktion dort schon zu tief angesetzt war. Das hat sich jetzt bewahrheitet. Eine Mehrheit hat der Midi-Variante zugestimmt, und was ist die Folge? Das Angebot an additiven Tagesstrukturen in der Stadt Luzern deckt den Bedarf nicht. Im aktuellen Schuljahr konnten fast 100 Familien ihre Kinder nicht wie gewünscht betreuen lassen – das sind 100 Familien zu viel. Die Stadt hat ihre vom Kanton auferlegten Hausaufgaben nicht gemacht und muss jetzt nachbessern.

Die G/JG-Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat den Handlungsbedarf erkannt hat und bis 2020 ein adäquates Tagesstrukturangebot in der Volksschule bereitstellen will. Adäquat heisst für die Sprechende, dass jeder, der einen Platz braucht, seinen Platz erhält, sei es am Montagmorgen, am Dienstagmittag oder am Mittwochnachmittag. Die Fraktion wird nicht akzeptieren, dass der Ausbau von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt abhängig gemacht wird. Diese Hintertüre will die Fraktion geschlossen haben. Die Stadt muss einem gesetzlichen Auftrag nachkommen – da gibt es kein Wenn und Aber.

Besonders erfreut ist die Fraktion, dass ihr Anliegen, in den Sekundarschulen ein altersadäquates Mittagsangebot zu realisieren, endlich aufgenommen wird. Auf den entsprechenden B+A, der dem Grossen Stadtrat noch dieses Jahr vorgelegt wird, freut sie sich.

**Lisa Zanolla-Kronenberg:** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, kann aber seinen Ausführungen nicht in allen Punkten folgen. Sie ist der Ansicht, dass sowohl von den Eltern als auch von den Schülern – die Sprechende bezieht sich explizit auf die Oberstufenschüler – Eigenverantwortung zu erwarten ist. Man muss verlangen können, dass sich Schüler und Schülerinnen ab zwölf Jahren über den Mittag, wenn ihre Eltern nicht abkömmlich sind, alleine verpflegen können, ohne dass der Staat die Infrastruktur dazu bereitstellt oder bereitstellen muss. Vonseiten der SVP-Fraktion gibt es keine Ausdehnung für ein neues Betreuungsangebot in der Oberstufe.

Die Notwendigkeit eines bedarfsgerechten, nachfrageorientierten Ausbaus für die Unterstufe wird die SVP-Fraktion prüfen, sobald der entsprechende B+A vorliegt. Sie wird einer Ausweitung auf die Oberstufe jedoch ablehnend gegenüberstehen. Es ist für die Entwicklung der Jugendlichen absolut nicht förderlich, wenn man sie quasi rund um die Uhr staatlich betreut. In diesem Fall zweifelt die SVP-Fraktion daran, ob das bedarfsgerecht ist und ob es das wirklich braucht.

**Sandra Felder-Estermann:** Die FDP-Fraktion erstaunen die Antworten nicht. Eine weitere Zunahme der Betreuungsplätze war bereits im Herbst 2012 voraussehbar. Das hat sogar die FDP-Fraktion gesehen, welche der Midi-Variante zustimmte. Die Midi-Variante hat nur bewirkt, dass man nicht so schnell ausbauen musste. Aber das Endziel war das gleiche. Die abgebildeten Zahlen zeigen aber auch, dass eine Tagesschule zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Thema ist. Sie soll und muss jedoch im Auge behalten werden, Bedürfnisse können sich ja bekanntlich auch ändern.

Natürlich ist es ein Wermutstropfen, dass es noch keine Betreuungsangebote in den Sekundarschulhäusern gibt. Aber die Schulhäuser haben sich da zum Teil selber zu helfen gewusst und stellen den entsprechenden Platz für die Kids zur Verfügung.

Zum bevorstehenden B+A hat die FDP-Fraktion an die zuständige Dienststelle eine Aufforderung: An einzelnen Mittagen und in einzelnen Schulen fehlen Betreuungsplätze. Die Stadt soll doch Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Sie soll Privatpersonen zusammenführen, was für die Kinder eine Bereicherung und für die Warteliste und die entsprechenden Eltern eine Entlastung ist. Das entspricht ebenfalls einem bedarfsgerechten Angebot und wird zum Teil auf dem Land genau so angeboten.

**András Özvegyi:** Auch die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antworten und guten Übersichten zum Thema Betreuungsplätze. Die Zunahme der Anzahl von Familien, die Standortattraktivität der Stadt Luzern, der Trend, ausgebildete Mütter und Väter infolge des Fachkräftemangels als Wirtschaftskraft zu nutzen: all das kann schon sehr bald einen noch viel höheren Bedarf an Betreuungsplätzen zur Folge haben. Die GLP-Fraktion hat schon damals bei der Diskussion des Berichts und Antrags gesagt, der Bedarf werde das Angebot immer übersteigen, ganz gleich, wie viele Plätze man bereitstellt. Sehr wahrscheinlich wird man auch in Zukunft mit dieser Tatsache leben müssen. Auf jeden Fall bestätigt der Stadtrat in der Antwort auf die Frage 6, dass der Endausbau aus heutiger Sicht definitiv nicht bedarfsgerecht sein wird. Man plant, weitere 150 Ganztagesplätze zu erstellen; Kosten: rund 2 Mio. Franken. Die GLP-Fraktion ist auf den neuen B+A gespannt. Sie möchte dazu noch zwei Aspekte mitgeben, die in der Antwort nicht thematisiert wurden. Beim einen geht es eigentlich um eine Selbstverständlichkeit: Wenn man neue Schulhäuser plant, soll man vorausschauend die Betreuung schon einplanen und berücksichtigen. Das zweite Thema, das die GLP-Fraktion im neuen B+A gern behandelt haben möchte, ist das Thema Mehrfachnutzung dieser Plätze. Der Sprechende glaubt nicht, dass das heute schon so ist, aber wenn man einen Blick nach Zürich wirft, wo ja eine extreme Platznot herrscht, so findet Zürich jetzt schon in der Not Lösungen, dass man eben gewisse Plätze mehrfach benutzen kann. Das ist ein innovativer Aspekt, den die Stadt Luzern mindestens zur Spitzenabdeckung auch ins Auge fassen muss.

**Katharina Hubacher** will den Quervergleich mit der Frühen Förderung machen, die der Grosse Stadtrat heute ein bisschen früher beraten hat. Da wurde gesagt, es sei wichtig zu investieren, damit eine Chancengleichheit für alle Kinder gewährleistet oder auf jeden Fall gefördert werden könne. Wenn man nachher diesen Faden nicht weiterspinnt, wenn man nachher in der weiteren Laufbahn der Kinder nicht genug Betreuungsplätze zur Verfügung hat, sind genau diese Kinder die Leidtragenden. Darum ist die Sprechende enorm froh, wenn die Stadt jetzt wirklich vorwärtsmacht und diese Betreuungsplätze zur Verfügung stellt, und zwar bis hinauf in die Oberstufe. Auch dort – dies bemerkt die Sprechende zu Ratskollegin Sandra Felder-Estermann – ist es eben zum Teil enorm wichtig, dass Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, weil das soziale Umfeld die Kinder zu wenig trägt und ihnen nicht genügend Unterstützung bietet, dass sie es schaffen, in den freien Zeiten alles allein zu organisieren. Daher ist es letztlich für alle ein Gewinn, wenn dieses Angebot gut und adäquat bereitgestellt wird.

**Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst:** Früher hatte man die Schulsuppe, heute geht es um ein individualisiertes, bedarfsgerechtes, lösungsorientiertes und nachhaltiges Verpflegungsangebot. Die Sprechende ist nach wie vor sehr dankbar, dass der Grosse Stadtrat 2012 mindestens der Midi-Variante zugestimmt hat. Diese erwies sich dann als eine schnellere Variante, als man ursprünglich dachte. Die Stadt hat einen Nachholbedarf, das ist so, das weiss die

Sprechende auch vonseiten des Kantons. Der Kanton verlangt, dass das Angebot bedarfsgerecht ist, und der Kanton hat der Stadt Luzern zu verstehen gegeben, dass ihr Angebot im Moment nicht bedarfsgerecht ist. Wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates wissen, ist es für die Sprechende selbstverständlich, dass die Vorgaben des Kantons erfüllt werden müssen. Es wurde gesagt, man dürfe den Ausbau nicht von den Finanzen abhängig machen. Dem hält die Sprechende entgegen, dass man ihn selbstverständlich von den Finanzen abhängig machen muss. Die Stadt muss das, was sie zur Verfügung hat, investieren. Die Sprechende schlägt den Bogen zum Projekt Haushalt im Gleichgewicht: Die Stadt hat beschlossen, dieses Sparprogramm umzusetzen. Ein Teil daraus ist für Strukturveränderungen gedacht, die man heute schon ahnt, über welche man aber noch nicht alles sicher weiss. Jetzt geht es genau um einen solchen Teil. Der Stadtrat will nicht in kurzer Zeit wieder kommen und sagen, die Stadt müsse erneut irgendwo einsparen, damit sie diese 2 Mio. Franken zusammenbringt, sondern das Projekt HIG kann dann eben ein Teil der Lösung sein. Das ist für die Sprechende sehr wichtig. Lisa Zanolla-Kronenberg hat von Eigenverantwortung gesprochen. Was ist Eigenverantwortung? Eigenverantwortung kann auch sein, dass man sagt, die Väter und Mütter, diese Frauen und Männer sind gut ausgebildet und können ihre Arbeitskraft z. B. als Leiterin eines Pflegedienstes, als Primarlehrerin, als Buchhalterin einbringen, oder die Männer in den ihnen entsprechenden Berufen. Die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass diese Leute ihre Arbeitskraft, das, wofür sie ausgebildet wurden, einsetzen. Auch das ist Eigenverantwortung. Und wenn man dann auf die Kinder und Jugendlichen schaut, dann ist klar, dass es für die Kindergärtler und Primarschüler Betreuungsplätze braucht. Wie ist es aber mit den Sekundarschülerinnen und -schülern? Wer je Sek-Teenies in der Familie hatte, weiss, was für eine strenge Zeit das für die Jugendlichen ist. Sie sind am Morgen in der Schule, sie sind am Nachmittag in der Schule, sie haben ihre Lektionen, das absolvieren sie nicht einfach so locker. Und dann am Mittag auch noch heimgehen und für sich eine Mahlzeit kreieren und dabei darauf achten, dass man gesund ernährt ist – die Sprechende möchte einfach auch zum Respekt vor diesen Teenagern auffordern, die in der Oberstufe sind. Sie leisten nämlich eine strenge Arbeit in der Schule. Der B+A wird kreative Lösungen vorlegen, und die Sprechende ist sicher, dass auch die SVP-Fraktion wird zustimmen können.

Es wurde gefragt, weshalb die Jugendlichen den Mittag nicht auch bei Privaten verbringen könnten oder weshalb man nicht etwas organisiere, wo sie selber ihren Beitrag leisten. – Es geht ja nicht darum, die Jugendlichen zu verknurren, Griesssuppe und Wienerli zu essen, sondern es geht darum, auch für die Oberstufe eine kreative, gute Lösung zu haben. Dazu bietet sich jetzt eine Chance, die man packen muss.

Zürich wurde genannt: die Sprechende weiss, dass Zürich diesbezüglich im Schnellzugtempo unterwegs ist. In Zürich wird jetzt ein kreatives Pilotprojekt mit diesen Tagesschulen durchgeführt. Die Stadt Luzern wird da abkupfern, man muss ja nicht immer alles neu erfinden.

Zu András Özvegyi bemerkt die Sprechende, dass in den neuen Schulhäusern die Aspekte der Betreuung selbstverständlich berücksichtigt werden, das gehört einfach zum State of the Art. Auch die Mehrfachnutzung der Plätze wird geprüft. Die Organisation ist nicht einfach: am Dienstag und am Donnerstag müssen alle kommen. Am Montag, Mittwoch und Freitag ist es nicht so. Es ist aber nicht möglich, die Plätze nur auf die Spitzenzeiten auszurichten. Da muss man eben auch mit den Eltern verhandeln. Persönlich ist die Sprechende auch der Meinung, dass man manchmal auch etwas in der Nachbarschaft lösen kann. Es gibt sehr viele Familien, die abwechselnd das Kochen übernehmen, dass die eine am Dienstag kocht, die andere am

Donnerstag. Man muss sich aber bewusst sein, dass nicht alle Familien so privilegiert sind wie die Familien der Personen, die hier in diesem Saal sitzen. Es gibt Leute, die Schicht arbeiten, die Mutter acht Stunden, der Vater acht Stunden. Es gehört auch zur sozialen Integration, dass die Jugendlichen aus diesen Familien über Mittag eine gesunde Mahlzeit einnehmen können. Der Stadtrat wird dem Grossen Stadtrat diesen B+A vorlegen, die Sprechende macht intern Druck, damit man möglichst schnell vorwärtskommt. Der Stadtrat wird sich im März noch einmal ganz intensiv mit der Betreuung befassen, und die Sprechende hofft, dass das für sie dann der letzte Streich sein wird.

**Damit ist die Interpellation 277 erledigt.**

**12. Interpellation 281, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 9. Juli 2015:  
Planungsrechtliche Voraussetzungen für die Bewilligungsfähigkeit des Parkhauses Musegg**

**Jules Gut:** Die GLP-Fraktion freut sich auf die angesagten Infoveranstaltungen und die Mitwirkung der Bevölkerung beim vorliegenden Projekt. Sie begrüsst es sehr, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung öffentlicher Bestandteil des Nutzungsplanverfahrens wird. Sie dankt dem Stadtrat bestens für die Antworten.

**Die Interpellation 281 ist erledigt.**

Schluss der Sitzung: 16.50 Uhr

Luzern, 1. März 2016

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Toni Göpfert  
Stadtschreiber



Daniel Egli  
Stadtschreiber-Stv.